

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

61. Jahrgang · 27/2011 · 4. Juli 2011



## 11. September 2001

*Markus Kaim*

Internationale Sicherheitspolitik nach dem 11. September

*Marwan Abou-Taam*

Folgen für die deutschen Sicherheitsgesetze

*Martin Kahl · Johann Schmid · Patricia Schneider*

Zur Bekämpfung von Terrorakteuren und Aufständischen

*Jana Puglierin · Christoph Schwarz*

Ende der amerikanischen Supermacht?

*Marcel Hartwig*

Der 11. September im nationalen Bewusstsein der USA

*D. K. Gamino · M. de los Reyes García Márkina ·*

*A. Suliman · G. Pörzgen*

Der 11. September als globale Zäsur?

*Geert J. Somsen*

Arabischer Frühling und die „Antithese des 11. September“

## Editorial

Vor zehn Jahren läuteten die Terroranschläge in den USA den Beginn einer neuen Ära in den internationalen Beziehungen ein. Die Bilder der „brennenden Zwillingstürme“ in Manhattan am 11. September 2001 haben sich weltweit ins kollektive Gedächtnis gebrannt. Bei den Anschlägen in New York und Washington starben fast 3000 Menschen. In den darauffolgenden Jahren dominierte der Terrorismus die Bedrohungswahrnehmung vieler Menschen.

Die „Nachbeben“ von „9/11“ waren auf verschiedenen Ebenen spürbar. Im Rahmen des „Krieges gegen den Terrorismus“ wurden sicherheitspolitische Strategien überdacht und enorme Investitionen in Militärtechnologien getätigt – oftmals auf Kosten anderer gesellschaftlich wichtiger Bereiche. Parallel dazu kam es zu einer „Versicherheitlichung“ von Politikbereichen, in deren Folge versucht wurde, „zivile“ Konflikte zunehmend mit militärischen Mitteln lösen zu wollen. Politisch setzte sich die Einsicht durch, nationale wie internationale Bestrebungen stärker koordinieren und multilaterale Kooperationen institutionalisieren zu müssen, obgleich über die gesellschaftlich verträgliche Ausgestaltung von Antiterrormaßnahmen heftig diskutiert wurde.

Schließlich ist deutlich worden, dass die Bekämpfung von Terrorakteuren nicht nur eine Frage der technischen Ausstattung und politischen Legitimation von Kampftruppen ist, sondern die Fundamente moderner Gesellschaften gefährden kann: Im Spannungsverhältnis zwischen individueller Freiheit und kollektiver Sicherheit kristallisieren sich die Grenzen offener Gesellschaften heraus. Bei der Einhegung des globalen Terrorismus dürfen weder Risiken und Missstände beschönigt noch Gefahren als Legitimation dafür genutzt werden, Errungenschaften des modernen Rechtsstaates zurückzudrängen.

*Asiye Öztürk*

Markus Kaim

# Internationale Sicherheitspolitik nach dem 11. September

Nichts wird mehr so sein, wie es war.“ Das war die unmittelbare Reaktion zahlreicher Beobachter auf die Anschläge in

**Markus Kaim**

PD Dr. habil., geb. 1968; Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ludwigkirchplatz 3–4, 10719 Berlin. markus.kaim@swp-berlin.org

New York und Washington am 11. September 2001. Diese spontane Einordnung in den ersten Tagen und Wochen nach den Attentaten folgte weniger einer differenzierten sicherheitspolitischen Analyse der Wirkung der Anschläge auf die internationale Politik, der Bedrohung durch den transnationalen, islamistischen Terrorismus und der Möglichkeiten nationaler und internationaler Akteure, diesen einzuhegen.

Vielmehr reflektierte die verbreitete Einschätzung die Einzigartigkeit dieser Anschläge, ihre unvergleichliche Bildgewalt und den daraus resultierenden medialen Wiederhall: Beim 11. September 2001 handele es sich unter vielfältigen Gesichtspunkten um eine historische Wegscheide; er markiere einen Paradigmen- oder Epochenwechsel; er stehe für einen Strukturbruch des internationalen Systems; er symbolisiere die neuen, asymmetrischen Konflikte, mit denen der Westen zukünftig konfrontiert sei; er illustriere einen Konflikt der Kulturen. Zahlreiche weitere, ähnlich gelagerte Einschätzungen aus dem Herbst vor zehn Jahren ließen sich anführen.

Je weiter die Anschläge zeitlich zurückliegen, umso deutlicher wird, dass viele der Charakterisierungen des Epochenbruchs so nicht zutreffen. Der 11. September 2001 hat viele bereits zuvor erkennbare Entwicklungstendenzen der internationalen Beziehungen befördert, stark beschleunigt und sie damit erst einer größeren Öffentlichkeit vor Augen geführt.<sup>1</sup> Damit soll die Wirkung dieser Anschläge auf die Wahr-

nehmung sicherheitspolitischer Herausforderungen, die Handlungsmöglichkeiten nationaler und internationaler Akteure und die Entwicklungslinien einzelner Politikfelder nicht klein geredet, sondern lediglich im wohlgemeinten Sinne relativiert und präzisiert werden. Im Folgenden werden die wichtigsten Auswirkungen auf die internationale Sicherheitspolitik in der gebotenen Kürze untersucht. Besonderes Augenmerk gilt dabei den veränderten Bedrohungswahrnehmungen in Europa und den USA.

## Wandel des Sicherheitsbegriffs

Bereits vor dem 11. September 2001 hatte in der sicherheitspolitischen Debatte eine starke Ausdifferenzierung zu der Frage eingesetzt, was denn das zu schützende Objekt sicherheitspolitischer Handeln sei: Nicht länger war traditionsgemäß der *Staat* das einzige Referenzobjekt, dessen territoriale Integrität und politische Souveränität zu schützen sei. Seit den 1970er Jahren war die *Ordnungsvorstellung gesellschaftlicher Sicherheit* daneben gerückt, in deren Mittelpunkt die Annahmestand, dass nicht die staatliche Sicherheit allein Ziel sicherheitspolitischer Handeln sei, sondern die Gesellschaft als eines Zusammenschlusses von Individuen, die in Frieden und Freiheit leben wollten. Schließlich war ab den 1990er Jahren die Dimension der *menschlichen Sicherheit* hinzugetreten, deren Verfechter darauf verwiesen, dass es Aufgabe von Sicherheitspolitik sei, Rahmenbedingungen sicherzustellen, die dem Individuum ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand ermöglichen.<sup>2</sup>

Bei näherer Betrachtung dieser drei Typen wird man feststellen, dass hier etwas stärker analytisch getrennt wird, als dies die politische Wirklichkeit zuließe oder gar nahelegte: Selbstverständlich ging es beim Schutz des Staates niemals nur um den Erhalt einer konstitutionellen oder institutionellen Form,

<sup>1</sup> Vgl. Michael Butter/Birte Christ/Patrick Keller, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), 9/11. Kein Tag, der die Welt veränderte, Paderborn u. a. 2011, S. 9.

<sup>2</sup> Vgl. Christopher Daase, Wandel der Sicherheitskultur, in: APuZ, (2010) 50, S. 10. Vgl. für eine kritische Diskussion des Konzeptes Michael Brzoska, Human Security – mehr als ein Schlagwort?, in: Institut für Entwicklung und Frieden et al. (Hrsg.), Friedensgutachten 2004, Münster u. a., S. 156–165.

## „Versicherheitlichung“ von Politikbereichen

sondern auch um die Menschen, die Träger einer staatlichen Ordnungsidee sind. Und auch der Schutz des Individuums lässt sich gar nicht ohne eine überwölbende gesellschaftliche Organisationsform denken.

Für die Wirkung der Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon ist aber eine andere Dimension bedeutsam: Die Bedrohung einer Gesellschaft beziehungsweise der in ihr verbundenen Individuen ist durch den 11. September 2001 zum nahezu ausschließlichen Paradigma sicherheitspolitischer Wahrnehmungen und Analysen geworden. Das Nicht-Funktionieren wirtschaftlicher Prozesse und die Erosion gesellschaftlicher Bindekräfte erscheinen vielen Menschen im Westen heute bedrohlicher als klassische sicherheitspolitische Themen wie etwa Fragen der zwischenstaatlichen Rüstung und Rüstungskontrolle oder ungelöster Territorialkonflikte. Zugespitzt formuliert: Fragen sozialer Sicherheit erscheinen in dieser Sicht bedeutsamer als die Bürgerkriege in der Peripherie Europas.

Diese „Entstaatlichung“ betrifft aber auch die Frage, von wem sicherheitspolitische Bedrohungen ausgehen: Bereits mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem sich anschließenden Transformationsprozess der internationalen Ordnung waren für weite Teile der Welt, vor allem in denjenigen Staaten, die politisch „dem Westen“ zugeordnet werden, die Möglichkeiten eines zwischenstaatlichen Konfliktes unwahrscheinlich geworden. Stattdessen begann eine Wahrnehmung zu dominieren, der zufolge die weit überwiegende Zahl von sicherheitspolitischen Bedrohungen von nichtstaatlichen Akteuren ausgehe, beziehungsweise es sich um Akteure handele, die nicht immer klar ersichtlich sind (wie schwache oder zerfallende Staaten, die Wirkung unkontrollierter Migration) oder es sich um Risiken handele, deren Genese territorial unbestimmt ist (wie Klimasicherheit, Cybersicherheit).

Die Anschläge des 11. September haben beide Tendenzen – die „Entstaatlichung“ sowohl in der Frage, was von der Sicherheitspolitik zu schützen sei, als auch in der, von welchen Akteuren die größten Bedrohungen ausgehen – nicht ausgelöst, aber diese bereits zuvor erkennbaren Entwicklungen enorm verstärkt.

Dabei ist Terrorismus kein sicherheitspolitisch isoliertes Phänomen. Er ist die Folge von bestimmten sicherheitspolitischen Herausforderungen und generiert weitere. So begünstigen bestimmte politische, soziale, ökonomische und demografische Rahmenbedingungen, die in weiter Lesart bereits selbst sicherheitspolitisch relevant sind, seine Entstehung. Schwache und zerfallene Staaten bieten terroristischen Gruppen einen Ort, um Personal zu rekrutieren, Geld zu akquirieren und ihre Anschläge vorzubereiten. Schließlich gehen terroristische Gruppen häufig Verbindungen mit „normalen“ Kriminellen ein, um die für ihre Aktivitäten notwendigen Ressourcen zu nutzen. Eine Allianz von Terrorismus und organisierter Kriminalität, bei der die Grenzen zwischen beiden Bereichen verschwimmen, ist ein häufig anzutreffendes Phänomen.<sup>1</sup>

Ohne dies an dieser Stelle weiter auszuführen, sei darauf verwiesen, dass diese Entwicklung auch erheblich zur „Versicherheitlichung“ von Politikbereichen beiträgt, die noch vor zehn Jahren nicht als originär sicherheitspolitisch wahrgenommen worden wären.<sup>2</sup> Dass Politiker heute mit großer Selbstverständlichkeit den Schmuggel von Drogen und Menschen, die Sicherheit von Computernetzwerken, eine gesicherte Energieversorgung oder den Klimawandel als sicherheitspolitische Herausforderungen definieren und ihren Wählerinnen und Wählern zu vermitteln suchen, hat auf den ersten Blick zwar nichts mit den Anschlägen von New York und Washington zu tun.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Douglas Farah, *Ungewöhnliche Bettgenossen. Warum Kriminelle und Terroristen zuweilen kooperieren*, in: *Internationale Politik*, (2010) 6, S. 32–37; John Rollins/Liana Sun Wyler, *International Terrorism and Transnational Crime. Security Threats, U.S. Policy, and Considerations for Congress*, Washington, D. C. 2010.

<sup>2</sup> Vgl. Thierry Balzacq (ed.), *Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve*, Oxford 2011.

<sup>3</sup> Vgl. beispielhaft für dieses Phänomen das neue strategische Konzept der NATO, das die Regierungen der Mitgliedstaaten im November 2010 unter dem Titel „Active Engagement, Modern Defence“ verabschiedet haben, insb. S. 3f., online: [www.nato.int/lisbon2010/strategic-concept-2010-eng.pdf](http://www.nato.int/lisbon2010/strategic-concept-2010-eng.pdf) (9.6.2011).

Die Bedrohung durch Al Qaida, einen nicht-staatlichen, territorial nicht lokalisierbaren Akteur, hat jedoch einen gewichtigen Beitrag dazu geleistet, in der öffentlichen Wahrnehmung das Spektrum derjenigen sicherheitspolitischen Herausforderungen drastisch zu erweitern, vor denen der Staat seine Bürger zu schützen habe.

Bei den Anschlägen des 11. September hat es sich um ein global rezipiertes Phänomen gehandelt, das trotz der Tatsache, dass die Anschläge gegen die Vereinigten Staaten gerichtet waren, globale Bedrohungsängste und sicherheitspolitische Veränderungen gezeitigt hat. Die Anschläge haben damit einer sicherheitspolitischen Globalisierung den Weg bereitet, als deren Folge Bürger, Gesellschaften und Regierungen sicherheitspolitische Bedrohungen endgültig nicht länger in nationalen oder regionalen Kategorien, sondern als globale Herausforderung wahrnehmen. Gleichviel, ob eine Entwicklung tausende Kilometer von der Bundesrepublik reale Folgen für die Sicherheit Deutschlands zeitigt, besteht seit dem 11. September 2001 eine grundsätzliche Bereitschaft, eine derartige Entwicklung in sicherheitspolitischen Kategorien zu lesen und eine Verbindung zur Sicherheit der Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung herzustellen.

## Wandel sicherheitspolitischer Instrumente und Institutionen

Dies hat eine zunehmende Differenzierung der sicherheitspolitischen Instrumente zur Folge, welche der Staat bereit halten muss. Für viele der heute als relevant erachteten sicherheitspolitischen Herausforderungen reichen traditionelle militärische Mittel allein nicht aus, sondern erfordern einen komplexen Mix unterschiedlicher Werkzeuge. Dieser Anforderung kann der demokratische Staat kaum ausweichen, da er der veränderten sicherheitspolitischen Erwartungshaltung seiner Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen hat, die sich seit dem 11. September in vielfacher Weise unsicherer fühlen als jemals zuvor.

Sicherheitspolitik ist also in veränderter Form auch nach den Anschlägen von New York und Washington eine Kernfunktion geblieben, über deren Gewährleistung sich der Staat gegenüber den Bürgerinnen und Bür-

gern zu legitimieren hat. Angesichts knapper finanzieller Ressourcen müssen Regierungen jedoch immer stärker priorisieren und laufen Gefahr, durch die erhöhten Erwartungen sicherheitspolitisch überfordert zu werden.

Die Anschläge haben auch auf internationale Organisationen einen wichtigen Effekt ausgeübt. Zahllose Institutionen haben sich nicht nur rhetorisch gegen den transnationalen Terrorismus ausgesprochen und sich zu dessen Bekämpfung verpflichtet, sondern sich dieser Bedrohung angepasst, indem sie neue Gremien geschaffen haben, in welchen die Mitgliedstaaten ihre Aktivitäten koordinieren und neue Instrumente entwickelt haben, um den islamistischen Terrorismus einzuhegen. Internationale und regionale Organisationen haben sich mit der Terrorismusbekämpfung in den unterschiedlichsten Spielarten beschäftigt, von der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) über die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bis zur Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).

Dabei sind auf der Ebene der internationalen Organisationen drei Typen dieser funktionalen Adaption festzustellen: Erstens gibt es „klassische“ sicherheitspolitische Organisationen wie die NATO oder die Vereinten Nationen (VN), die sich seit zehn Jahren mit spezifischen Programmen im Bereich der Terrorismusbekämpfung engagieren.<sup>16</sup> Zweitens gibt es eine Reihe von internationalen Organisationen, deren Hauptfunktionen zwar nicht oder nur marginal die Gewährleistung externer Sicherheit umfassen, wie beispielsweise die Europäische Union oder die Gruppe der acht größten Industrienationen der Welt (G8), die sich aber zunehmend mit den ihnen jeweils eigenen Instrumenten der Terrorismusbekämpfung gewidmet haben.<sup>17</sup>

<sup>16</sup> Vgl. Markus Kaim, Zehn Jahre auf der NATO-Agenda – Terrorismusbekämpfung durch die Nordatlantische Allianz, in: S+F Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, 27 (2009) 2, S. 107–112; Hanspeter Mattes, Terrorismusbekämpfung durch die UN: vielfältige Maßnahmen – wenig Erfolg, in: GIGA Focus Global, (2010) 7.

<sup>17</sup> Vgl. Rik Coolsaet, EU Counterterrorism Strategy. Value Added or Chimera?, in: International Affairs, 86 (2010) 4, S. 857–873; Ulrich Schneekener, G 8: Terrorismusbekämpfung in Form von „Club Governance“, in: ders. (Hrsg.), Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, SWP-Studie, Berlin 2007, S. 53–62.

Schließlich sind daneben neue Formen multilateraler Kooperation, die dem Bereich der Terrorismusbekämpfung zuzurechnen sind, hinzutreten, die sehr spezielle Einzelaspekte behandeln und nur rudimentär institutionell unterfüttert sind. Ein Beispiel dafür ist die Proliferation Security Initiative, die auf einen Vorschlag der USA zurückgeht.<sup>8</sup> Seit Juni 2003 kooperieren in diesem Rahmen mittlerweile 95 Staaten, um die Lieferung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.

Dabei unterliegt die multilaterale Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung in besonderer Weise der Gefahr, für andere Zwecke missbraucht zu werden, da die vom VN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1566 im Jahr 2004 vorgenommene Definition des Begriffs „Terrorismus“ bislang keine umfassende Anerkennung gefunden hat. Was eine terroristische Bedrohung oder Organisation ist, unterliegt damit in weiten Teilen der Definitionsmacht nationaler Regierungen. Internationale Organisationen mit einer Mehrheit von autoritär regierten Staaten (wie die SOZ) haben das genutzt, um innenpolitische Gegner als Terroristen zu stigmatisieren und diese zu verfolgen.<sup>9</sup> Paradoxerweise wird damit unter der Vorgabe, staatliche Sicherheit zu gewährleisten, menschliche und gesellschaftliche Unsicherheit erst generiert.

Die Vielzahl an Aktivitäten hat aber keine Erfolgsbilanz hervorgebracht, welche die internationalen Organisationen im Bereich der Terrorismusbekämpfung erfolgreicher erscheinen ließe als die Sicherheitsbehörden einzelner Staaten. So ist das Phänomen der funktionalen Diffusion festzustellen. Mit anderen Worten: Angesichts der Tatsache, dass diverse Organisationen Aktivitäten im Bereich der Terrorismusbekämpfung

entwickelt haben, fühlt sich keine von ihnen zwingend zuständig und letztlich unterbleiben die entsprechenden Schritte. Wenn diese erfolgen, überschneiden sie sich häufig mit Aktivitäten anderer Organisationen. Angesichts der durchwachsenen Erfolgsbilanz dürften sich diejenigen Beobachter bestätigt fühlen, die multilaterale Organisationen im Bereich der Terrorismusbekämpfung für ungeeignet halten und stattdessen für nationale Strategien und Instrumente plädieren.<sup>10</sup>

## Unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen

Der Effekt der Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon auf die nationalen Politiken ist trotz vieler Gemeinsamkeiten in der Bedrohungseinschätzung unterschiedlich. So ist die Wirkung beispielsweise in den USA ungleich größer gewesen als in Europa, wo nahezu alle europäischen Staaten bereits seit den 1970er Jahren mit unterschiedlichen Formen terroristischer Anschläge und Organisationen (wie die RAF in Deutschland, die ETA in Spanien, die IRA in Nordirland) konfrontiert waren. Politische Eliten betrachteten und verstehen diese bis heute vorwiegend als Herausforderung für die nationalstaatlichen Strafverfolgungsbehörden. Der Fokus westeuropäischer Staaten lag entsprechend auf der verbesserten Zusammenarbeit dieser und der Zuweisung zusätzlicher Befugnisse.

In den Vereinigten Staaten interpretierte hingegen die Regierung von Präsident George W. Bush die Anschläge als definierendes Moment nicht nur ihrer Amtszeit, sondern als neues Paradigma der amerikanischen Außenpolitik, das völlig neue Instrumente erforderte. Dadurch, dass sich die USA in den Jahren der Bush-Ära als im Krieg befindlich verstanden, stießen die drei wichtigsten Maßnahmen der Vereinigten Staaten zu Beginn auf vergleichsweise wenig Widerstand in der amerikanischen Bevölkerung: Dazu gehörten eine starke Betonung der militärischen Dimension der Terrorismusbekämpfung (die den Krieg in Afghanistan ebenso

<sup>8</sup> Vgl. zur Initiative die Webseite des Auswärtigen Amts: [www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Abriegelung/Nukleares/GremienPj-PSI\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Abriegelung/Nukleares/GremienPj-PSI_node.html) (9.6.2011).

<sup>9</sup> Vgl. Thomas Ambrosio, *Catching the „Shanghai Spirit“*. How the Shanghai Cooperation Organization Promotes Authoritarian Norms in Central Asia, in: *Europe-Asia Studies*, 60 (2008) 8, S. 1321–1344; Gudrun Wacker, *Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Wider die „drei üblen Kräfte“ von Terrorismus, Separatismus und Extremismus*, in: U. Schneckener (Anm. 7), S. 75–84.

<sup>10</sup> Vgl. beispielhaft Frank P. Harvey, *Smoke and Mirrors. Globalized Terrorism and the Illusion of Multilateral Security*, Toronto u. a. 2004.

umfasst wie in diversen Ländern die Ausbildung nationaler Streitkräfte für diese Aufgabe), eine Reorganisation und Erweiterung der Behörden durch die Schaffung des Heimatschutzministeriums (dessen Hauptaufgabe der Schutz der amerikanischen Bevölkerung und des Staatsgebietes vor terroristischen und anderen Bedrohungen ist) und schließlich die Schaffung von neuen, umfangreichen exekutiven und judikativen Befugnissen (die tiefe Eingriffe in das amerikanische Rechtssystem bedeuteten).

Die Regierung von Präsident Barack Obama hat in weiten Bereichen diese Politik abgemildert. So vermeiden ihre Vertreter die Kategorisierung der Terrorismusbekämpfung als „Krieg“. Aber einige andere Maßnahmen bestehen weiterhin fort wie das umstrittene Gefangenenlager auf der Guantanamo Bay Naval Base, das entgegen der Ankündigung von Präsident Obama auf Drängen des US-Kongresses bislang nicht geschlossen wurde. Auch die Geltungsdauer zahlreicher Gesetze, die den amerikanischen Behörden Eingriffe in diverse Lebensbereiche der amerikanischen Bürgerinnen und Bürger erlauben, sind erst in diesem Jahr wieder verlängert worden.

## Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Terrorismusbekämpfung

Drei Instrumente sind trotz einzelner Unterschiede für alle internationalen wie nationalen Programme zur Terrorismusbekämpfung bestimmend:

- die Verschärfung nationaler Gesetze und die Gewährung größerer Befugnisse für die nationalen Strafverfolgungsbehörden,
- Bemühungen, die Finanzierung terroristischer Gruppen und Aktivitäten zu unterbinden,
- die Verbesserung der Zusammenarbeit der zuständigen Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene.

Während sich im ersten Bereich die einzelnen Maßnahmen von Staat zu Staat stark unterscheiden, so ist die Zielrichtung dieser Instrumente doch im Kern identisch: Staatlichen Behörden wurden größere Befugnisse bei der Überwachung von allen Formen

der Kommunikation eingeräumt; die Hürden für die Kontrolle von Privaträumen wurden gesenkt, und der Zugriff auf große Datenbanken, vor allem nichtstaatlicher Akteure (wie Banken, Fluggesellschaften, Telekommunikationsunternehmen) wurde erleichtert. Diese Maßnahmen zielen weniger auf die Aufklärung bereits erfolgter Terroranschläge; sie haben vielmehr präventiven Charakter: Prospektive Täter, ihre Verbindungen und ihre Vorbereitungen, sollen möglichst frühzeitig erkannt und Anschläge dadurch verhindert werden.

Vor allem die Vereinten Nationen haben die Bemühungen im zweiten Bereich – die Kontrolle internationaler Finanzströme mit dem Ziel, die materielle Basis terroristischer Gruppen auszutrocknen – koordiniert. Dazu gehören Änderungen in den nationalen Gesetzen zur Verhinderung von Geldwäsche und eine intensiviertere internationale Zusammenarbeit beim entsprechenden Datenaustausch. Gerade diese Dimension hat für vielfältige Kritik gesorgt. Denn sie bedeutet konkret, dass private Daten zu internationalen Finanztransfers von einem Staat an einen anderen geliefert werden können, ohne dass die Betroffenen im Detail davon Kenntnis erhalten oder sich dagegen wehren könnten. In der Frage der Kontrolle internationaler Finanzströme manifestiert sich das Spannungsverhältnis von der Gewährleistung von Sicherheit und dem Schutz bürgerlicher Freiheiten also in besonderem Maße.

Eine bessere Koordinierung zwischen nationalen Behörden und eine vertiefte internationale Kooperation ist die dritte Dimension der Terrorismusbekämpfung. Zahlreiche Zentren sind entstanden, in denen unterschiedliche nationale Behörden, vor allem Polizei und Geheimdienste, ihre Aktivitäten koordinieren und dadurch effektiver zu gestalten suchen. Korrespondierend dazu haben viele Staaten ihre nationalen Antiterrorprogramme mit denen anderer Länder verknüpft und tauschen zu unterschiedlichen Graden Informationen aus.

Dabei dominieren bilaterale Kooperationsformate, vor allem dann, wenn der Austausch von sensiblen Geheimdienstinformationen betroffen ist, die nationale Regierungen nicht mit einer Vielzahl von Staaten teilen wollen. Daneben stehen aber die etwas weniger

prominenten, dennoch nicht weniger wirksamen Kooperationsformate internationaler Organisationen.

Doch die institutionelle Perspektive allein greift zu kurz. Aufgrund der unterschiedlichen Wertvorstellungen, historischen Erfahrungen und politischen Kulturen der kooperierenden Staaten kommt es bei der Zusammenarbeit in Fragen der Terrorismusbekämpfung immer wieder zu Normkonflikten, in denen sich die Handlungsdilemmata der Akteure widerspiegeln: Soll man die anzuwendenden Antiterrormaßnahmen ausschließlich an rechtsstaatlichen Prämissen ausrichten und können sich die beteiligten Staaten überhaupt auf solche einigen? Oder räumt man sicherheitspolitischen Notwendigkeiten angesichts konkreter Bedrohungen, auf die häufig unter hohem Zeitdruck zu reagieren ist, Priorität ein?

Diese Güterabwägung determiniert nicht nur Umfang und Tiefe der Zusammenarbeit, sondern entscheidet im Zweifelsfall sogar prinzipiell über die Kooperation. Die Auseinandersetzungen zwischen den USA und der Europäischen Union in Fragen der Terrorismusbekämpfung (wie Listungen von Verdächtigen, Datenaustausch, außerordentliche Überstellungen von Gefangenen) illustrieren diesen Punkt.<sup>11</sup>

Ohne auf die einzelnen Maßnahmen an dieser Stelle detailliert eingehen zu können, lassen sich jedoch einige Lehren hinzufügen, welche die internationale Terrorismusbekämpfung in den vergangenen zehn Jahren gemacht hat:

- ein erweitertes und differenziertes Verständnis dessen, was im September 2001 noch sehr eindimensional als „islamistischer Terrorismus“ beschrieben wurde, seiner Ursachen und seiner regionalen Spielarten,
- eine Abwendung von massiven Militärschlägen zu gezielteren und kleineren militärischen Maßnahmen,
- ein über militärische Maßnahmen hinausgehendes instrumentelles Verständnis

<sup>11</sup> Vgl. Annegret Bendiek, An den Grenzen des Rechtsstaates: EU-USA-Terrorismusbekämpfung, SWP-Studie, Berlin 2011.

nis, das polizeiliche, ökonomische und zivile Elemente einschließt (*comprehensive approach*).

Die meisten Staaten des internationalen Systems sowie eine große Zahl internationaler Organisationen befinden sich seit 2001 in einem bis heute anhaltenden Prozess, in dessen Verlauf sie ihre Politiken, Institutionen und Instrumente an die „neue“ Bedrohung des islamistischen Terrorismus angepasst haben. Diese Entwicklung hat nicht nur ihre Fähigkeiten verbessert, derartige Anschläge zu verhüten, ihre Auswirkungen zu minimieren und ihre Täter strafrechtlich zu verfolgen.

Dieser Adaptionsprozess hat auch die Staaten, die ihn eingeleitet haben, selbst verändert: Das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit ist bei den rechtlichen Anpassungsprozessen neu justiert worden; die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sind angesichts der „Entterritorialisiertheit“ des transnationalen Terrorismus weiter verschwommen – für die Strafverfolgungsbehörden spielt es heute angesichts der globalen Vernetzung des sogenannten hausgemachten Terrorismus (*homegrown terrorism*) immer weniger eine Rolle, ob Anschläge in Köln, Kabul oder Kuala Lumpur vorbereitet werden.

Schließlich unterlag auch der traditionelle militärische Planungsprozess angesichts der Anforderungen der Terrorismusbekämpfung einem Paradigmenwechsel: Heute gilt es fast als ein Allgemeinplatz, dass angesichts der spezifischen Anforderungen von Einsätzen zur mittel- und langfristigen Terrorismusbekämpfung das militärische Vorgehen selbst nur einen kleinen Teil des angestrebten Erfolges sicherstellen kann und dass konzeptionell wie instrumentell ein koordinierter Einsatz von militärischen, polizeilichen, finanziellen und administrativen Instrumenten ins Auge zu fassen ist.

## Ein Risiko unter vielen

Es ist schwer, anhand von öffentlichen Quellen den Erfolg der skizzierten Bemühungen zur Terrorismusbekämpfung zu bewerten. Erfolgt ein Anschlag, erscheinen die staatlichen Maßnahmen wirkungslos, ob-

gleich die Öffentlichkeit nicht substanziell einzuschätzen vermag, wie viele Anschläge erfolgreich verhindert werden konnten. Unterbleiben Anschläge, muss dies nicht zwangsläufig in einer effektiven Adaptionsstrategie begründet sein, sondern kann auch mit einem Strategiewechsel des Gegners zu tun haben.

Festzuhalten ist jedoch, dass der transnationale, islamistische Terrorismus, der im September 2001 noch als die nunmehr alles dominierende sicherheitspolitische Bedrohung erschien, heute lediglich ein Risiko unter vielen anderen ist, mit dem westliche Gesellschaften umgehen müssen. Al Qaida in seinen diversen regionalen Spielarten und seine Anschläge werden kaum jemals vollständig zu beseitigen sein.

Terroristische Aktivitäten lassen sich aber durch eine Vielzahl von Gegenmaßnahmen stark einhegen, so dass sie bislang beherrschbar geblieben sind und statistisch kein größeres Risiko darstellen, als bei einem Autounfall in Mitleidenschaft gezogen zu werden.<sup>12</sup> Zwar mögen einzelne Individuen in den westlichen Industrienationen durch Anschläge verletzt oder getötet worden sein, aber weder die politische Souveränität oder territoriale Integrität der Staaten noch das Funktionieren ihrer Gesellschaften sind substanziell bedroht.

Schließlich ist ein Letztes zu bedenken: Hauptziel des islamistisch inspirierten Terrorismus ist weniger die Schädigung „des Westens“ an sich, sondern der Sturz diverser politischer Regime im Nahen und Mittleren Osten, in Südasien sowie in Nordafrika. Die Zahl entsprechender Anschläge in diesen drei Regionen liegt im Vergleich zu denen in Europa und den USA ungleich höher. Doch entspricht das Unsicherheitsgefühl westlicher Gesellschaften diesem Sachverhalt kaum. Im Gegenteil: Die eigene Gefährdung und die eigenen Opfer werden überhöht wahrgenommen, die Gefährdung anderer hingegen weitgehend ausgeblendet.

<sup>12</sup> Vgl. Daniel Möckli, 9/11 ten years on: Terrorism as a manageable risk, in: ders. (ed.), *Strategic trends 2011*, Zürich 2011, S. 67–88.

Marwan Abou-Taam

## Folgen des 11. September 2001 für die deutschen Sicherheitsgesetze

Es geht nicht um umfassende Überwachung, sondern um Befugnisse, um Sie als Bürger vor terroristischen Anschlägen zu schützen.“

So lautete die Antwort des Bundesinnenministers Dr. Hans-Peter Friedrich auf die in einem Interview gestellte Frage, ob die nach dem 11. September 2001 in Kraft getrete-

**Marwan Abou-Taam**

Dr. phil., geb. 1975; Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz, Valenciaplatz 1–7, 55118 Mainz. mabouta@yahoo.com

nen befristeten Sicherheitsgesetze entfristet werden sollten.<sup>1</sup> Die Gesetze und Bestimmungen, welche den Sicherheitsbehörden umfassende Befugnisse zuteilen und der Verbesserung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus dienen sollen, laufen Anfang 2012 aus, falls sich die Regierungskoalition nicht auf eine Verlängerung der Maßnahmen einigen sollte. Gegner einer Verlängerung fordern unter anderem eine unabhängige Evaluierung der Sicherheitsgesetze anhand rechtsstaatlicher und verfassungsrechtlicher Kriterien, da sie in einigen Gesetzen eine unverhältnismäßige Beschneidung von Bürgerrechten sehen.

In der Tat führten die Anschläge vom 11. September 2001 zu einer Zäsur in der deutschen Innen- und Sicherheitspolitik. Die mediale Inszenierung der Anschläge spiegelte die tatsächliche Komplexität der neuen Sicherheitslage und ihrer Erfordernisse wider.

Aus staatsrechtlicher Perspektive ist Sicherheit ein Kollektivgut, das für alle Mitglieder einer Gesellschaft gleichzeitig und im gleichen Umfang bereitgestellt wird. Grundsätzlich besteht die Aufgabe des Sicherheitssektors darin, reale und potenzielle Gefährdungen zu verhindern. In diesem Zusammenhang bestimmt das Sicherheitsma-

<sup>1</sup> Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 31. 3. 2011.

nagement als Verbindung zwischen *security policy*<sup>¶</sup> und *security politics*<sup>¶</sup> die politischen Gestaltungsmaßnahmen der sicherheitspolitischen Akteure. Hierbei hat der Verlust von Steuerungsfähigkeiten in einer medialen Welt verheerende Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft und damit auch auf die Entscheidungsträger. Sicherheit hat eine subjektive Ebene, die stark von der persönlichen Empfindung abhängig und daher schwer messbar ist. Die objektive Dimension von Sicherheit beschreibt dagegen die Gewährleistungen des erreichten Lebensniveaus, die Bewahrung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie den Schutz von Rechtsgütern. Das macht diese Ebene organisierbar. Inwiefern und in welcher Intensität dies geschieht, hängt von der Qualität der Gefahrenlage ab und wird von der jeweils vorherrschenden Sicherheitskultur bestimmt.<sup>†</sup>

Auch die deutsche Sicherheitspolitik ist einer Reihe von strukturellen und organisatorischen Zwängen unterworfen, die komplizierte Entscheidungsstrukturen verursachen und damit die Gestaltung von Sicherheit erschweren. Hier sind insbesondere auf nationaler Ebene die föderalistische Organisation der Bundesrepublik und nach außen hin die Rolle der Europäischen Union und die Einbindung in die NATO zu nennen. Auf Letzteres kann im Rahmen dieses Beitrags nicht eingegangen werden. Ersteres wird im Folgenden dargestellt.

## Innenpolitische Maßnahmen

Ausgelöst durch den Schock der Ereignisse vom 11. September 2001 kam es rasch zu gesetzlichen Veränderungen in den Bereichen, die zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit beitragen. Hinter den beschlossenen Maßnahmen steht immer die Frage, wie viele Eingriffe in die individuelle Freiheit des Einzelnen zugelassen werden können, und wo

¶ *Policy* umfasst sowohl inhaltliche Handlungsprogramme, die von den politischen Akteuren und Instanzen verfolgt werden, als auch Resultate von politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.

¶ Hierbei handelt es sich um die Art und Weise wie *policy* zustande kommt (wie politische Strukturen oder Regierungskunst).

† Vgl. Peter J. Katzenstein, Introduction, in: ders. (ed.), *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York 1996, S. 1–32.

die gesellschaftspolitische Akzeptanzgrenze ist, ohne die demokratische rechtsstaatliche Kultur Deutschlands infrage zu stellen.

Die erste Reaktion des damaligen Bundesinnenministers Otto Schily auf die Anschläge in den USA war der Ruf nach einer übergeordneten Behörde, um die Sicherheitsmaßnahmen auf Landes- und Bundesebene besser koordinieren zu können. Das zum 1. Mai 2004 errichtete „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ (BBK) war ein erster Beitrag des Bundes zur „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“.<sup>¶</sup> Zudem verabschiedete die Bundesregierung zügig das erste sogenannte Antiterrorismuspaket, das die Bereitstellung von drei Milliarden Euro für die Nachrichtendienste, die Bundeswehr, den Bundesgrenzschutz, das Bundeskriminalamt und den Generalbundesanwalt vorsah. Im Gesetz sind ferner eine Reihe von Maßnahmen beschlossen worden, die den Sicherheitsauftrag des Staates festigen sollen. Ziel des am 30. November 2001 gebilligten ersten Sicherheitspakets ist die Bekämpfung terroristischer Vereinigungen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die im Rahmen des Sicherheitspakets erlassenen Gesetze und Neuregelungen die Aufhebung des Religionsprivilegs aus dem Vereinsgesetz vorsahen. Das Religionsprivileg in Paragraph 2, Absatz 2, Nummer 3 Vereinsgesetz besagte, dass Vereinigungen, die sich der gemeinschaftlichen Pflege einer Weltanschauung verpflichtet haben, grundsätzlich erlaubt und keine Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes waren. In der Konsequenz unterlagen sie nicht den für Vereine bestehenden Kontrollen und Einschränkungen. Die Neufassungen, die unter anderem eine Streichung des in Nummer 3 beschriebenen Privilegs vorsahen, führten dazu, dass seitdem weltanschauliche Gemeinschaften den gleichen Verbotskriterien unterzogen werden wie alle anderen Vereinigungen. Hinzu kam, dass laut Gesetzgeber alle Vereine, deren Mitglieder oder Leiter überwiegend Ausländer aus Staaten außerhalb der Europäischen Union sind (sogenannte Ausländervereine), künftig verboten werden können, wenn ihr Zweck oder ihre

¶ Vgl. Eckart Werthebach, Deutsche Sicherheitsstrukturen im 21. Jahrhundert; in: APuZ, (2004) 44, S. 10ff.

Tätigkeit den Prinzipien des Grundgesetzes widersprechen (Paragraf 14 Vereinsgesetz<sup>6</sup>). Der Staat behält sich nun das Recht vor, Weltanschauungen bezüglich ihrer Kompatibilität mit dem Grundrecht zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbieten.

Ferner wurde Paragraf 129a des Strafgesetzbuches, der die Bildung terroristischer Vereinigungen unter Strafe stellt, durch Paragraf 129 b ergänzt, so dass nun die Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen sowie Sympathieerklärungen strafbar sind, selbst wenn die Terrorgruppe in Deutschland keine Infrastruktur unterhält.<sup>7</sup> Mit anderen Worten: Durch die Ergänzungen wurde die Bildung krimineller und terroristischer Vereinigungen auch dann strafbar, wenn diese im Ausland agieren. Damit wurde eine Strafbarkeitslücke geschlossen. Denn bereits im Dezember 1998 hatten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, die Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung in ihrem Hoheitsgebiet unabhängig vom Ort, an dem die Operationsbasis beziehungsweise die Straftat verübt wird, strafrechtlich zu ahnden.

Eine weitere Etappe des Sicherheitspakets war die Änderung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes, die zunächst auf fünf Jahre befristet wurde. Demnach soll eine Sicherheitsüberprüfung aller Personen stattfinden, die an sicherheitsempfindlichen Stellen arbeiten. Auch Angestellte von Krankenhäusern, Rundfunkanstalten oder Energieerzeugern sollen einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden. Neu ist dabei, dass die einfache Überprüfung in die Zuständigkeit des Bundes überführt wurde. Nach Paragraf 8 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes wurde geregelt, dass der öffentliche Arbeitgeber vor der Einstellung eines bestimmten Personenkreises Auskünfte beim Verfassungsschutz des Bundes und der Länder, dem Bundeskriminalamt, dem Bundesgrenzschutz, den Nachrichtendiensten des Bundes und gegebenenfalls dem Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen ein-

<sup>6</sup> Vgl. Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3198) geändert worden ist, online: <http://bundesrecht.juris.de/vereinsg/BJNR005930964.html#BJNR005930964BJNG000100326> (15. 6. 2011).

<sup>7</sup> Vgl. Text des Gesetzes: [www.gesetze-im-internet.de/stgb/\\_129b.html](http://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_129b.html) (14. 6. 2011).

holen muss.<sup>8</sup> Der Betroffene hat die Pflicht zu umfangreichen Angaben zur Person sowie unter anderem über Beziehungen zu oder Reisen in Staaten, die nach Angabe des Bundesinnenministeriums als besondere Sicherheitsrisiken gelten. Die rechtliche Umsetzung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes war allerdings erst Gegenstand des zweiten Sicherheitspakets.

## Zweites Sicherheitspaket: Terrorismusbekämpfungsgesetz

Das Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz)<sup>9</sup> sah mehrere Einfügungen und Veränderungen in 17 Gesetzen und fünf Rechtsverordnungen vor. Die wesentlichen Grundlagen des bisherigen Verfassungsschutzrechts – das Gesetzmäßigkeitsprinzip, das Gebot der organisatorischen Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten sowie der Ausschluss polizeilicher Zwangsbefugnisse – blieben zwar unangetastet, doch beinhaltete das Gesetz im Rahmen einer Präventionsstrategie zahlreiche Veränderungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes, des Gesetzes über den Militärischen Abschirmdienst (MAD-Gesetz), des Gesetzes über den Bundesnachrichtendienst (BND-Gesetz), des Bundesgrenzschutzgesetzes, des Bundeskriminalamtgesetzes, deren Kompetenzen erheblich erweitert wurden, sowie des Ausländergesetzes.

Das Gesetz zielte auf die Schaffung von Rahmenbedingungen, die einen besseren Informationsaustausch gewährleisten sowie die Einreise terroristischer Straftäter nach Deutschland verhindern und identitätssichernde Maßnahmen bilden. Es sollten eine Sicherheitsüberprüfung von Mitarbeitern in wichtigen Einrichtungen ermöglicht und die Fahndung effektiver gestaltet werden. Das Terrorismusbekämpfungsgesetz schaffte zudem die Grundlage für die Erhebung biometrischer Daten wie Fingerabdrücke, Handform oder die Gestalt der Augeniris.

<sup>8</sup> Vgl. Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 26. Februar 2008 (BGBl. I S. 215) geändert worden ist, online: [www.gesetze.juris.de/s\\_g/BJNR086700994.html](http://www.gesetze.juris.de/s_g/BJNR086700994.html) (15. 6. 2011).

<sup>9</sup> Vgl. BGBl. Nr. 3, 2002, online: [www.bmi.bund.de/SharedDocs/Gesetzestexte/DE/Terrorismusbekämpfungsgesetz.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Gesetzestexte/DE/Terrorismusbekämpfungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile) (14. 6. 2011).

Der Beobachtungsauftrag des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurde erweitert, so dass nun auch Bestrebungen, die gegen die Völkerverständigung gerichtet sind, dazugehören. Die Arbeit des Verfassungsschutzes soll weit im Vorfeld terroristischer Bestrebungen erfolgen, um die Gefahrenabwehr zu garantieren. Was unter diesen Bestrebungen zu verstehen ist, wird dagegen nicht weiter ausgeführt. Hier besteht ein weiter Ermessensspielraum der Behörden.<sup>10</sup>

Für die Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die Verfassungsschutzbehörde die Möglichkeit, von Banken, Luftfahrtunternehmen und Postdienstleistern Kundendaten anzufordern. Zwar wurden hier bürokratische Hürden eingebaut, um einen Missbrauch zu verhindern und die Bürgerrechte zu wahren.<sup>11</sup> Jedoch drängt sich die Frage auf, warum Nachrichtendienste engagiert werden, wenn doch bei begründetem Tatverdacht auch die Polizei Ermittlungen aufnehmen könnte. Unter denselben Auflagen erhalten auch der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst Auskunftsbefugnisse gegenüber Telekommunikations- und Telekommunikationsbetreibern sowie Finanzdienstleistern. Die neuen Kompetenzen der Dienste werden in die bereits bestehenden Kontrollstrukturen integriert. Allerdings können die Dienste bei Gefahr in Verzug mit Maßnahmen beginnen und die Genehmigung für eine umfassende Sicherheitsüberprüfung auch erst im Nachhinein einholen.

Ein weiterer Ausbau der nachrichtendienstlichen Kompetenzen ergibt sich durch die sogenannten G-10-Maßnahmen, über welche die Kommunikations- und Reisewege von Privatpersonen leichter nachvollzogen werden können. Die „G-10-Maßnahmen“ werden im Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses geregelt.<sup>12</sup> Das Bundesamt für Migration und Flüchtlin-

ge (BAMF) sowie die Ausländerämter übermitteln bei Verdachtsfällen automatisch die Daten der entsprechenden Ausländer an die Behörden. Ferner werden Informations- und Datentransfers zwischen den Diensten rechtlich erleichtert. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern und Strafverfolgungsbehörden. Das zweite Sicherheitspaket ermöglicht dem Bundesnachrichtendienst zudem, künftig auch stärker im Inland zu ermitteln. Die entsprechenden Regelungen sind jedoch zunächst auf fünf Jahre begrenzt und bedingen einer Verlängerung durch den Bundestag.

Die Einrichtung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums im Jahr 2004 in Berlin ist zudem ein weiterer Schritt, den schnellen Zugriff auf vorhandene Informationen zu organisieren. Hier laufen sämtliche geheimdienstliche Informationen zusammen, so dass sie mit weniger Personalaufwand und aus unterschiedlicher Perspektive ausgewertet werden können. Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum, das die Spezial- und Analyseeinheiten des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz zusammenführt, soll die Sicherheitsbehörden unterstützen sowie Informations- und Wissensbestände verschiedener Behörden miteinander verknüpfen.

Durch die Einbindung von Bundesnachrichtendienst, Kriminal- und Verfassungsschutzämtern der Länder, Bundesgrenzschutz, Zollkriminalamt und Militärischem Abschirmdienst in die gemeinsamen Arbeitsabläufe entstanden wichtige Synergieeffekte, so dass jenseits institutioneller Barrieren die rechtlichen Voraussetzungen für gemeinsame Projektdateien geschaffen werden konnten. Entsprechend wurde am 30. März 2007 auf Grundlage des Gesetzes zur Errichtung einer standardisierten zentralen Antiterrordatei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern (Antiterrordateigesetz) die Antiterrordatei in Betrieb genommen.<sup>13</sup> Hier werden die Datensätze aller Ermittlungsbehörden des Bundes und der Länder zusammengeführt. Zugriffsberechtigt sind neben Bundeskriminalamt, Bundespo-

<sup>10</sup> Vgl. Kirstin Hein, Die Anti-Terrorpolitik der rot-grünen Bundesregierung, in: Sebastian Harnisch et al. (Hrsg.), Deutsche Sicherheitspolitik, Baden-Baden 2004, S. 148.

<sup>11</sup> Vgl. Paragraph 1, Absatz 9 Terrorismusbekämpfungsgesetz (Anm. 11).

<sup>12</sup> Vgl. Artikel 10-Gesetz vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2499) geändert worden ist, Paragraph 1, online: [http://bundesrecht.juris.de/g10\\_2001/BJNR125410001.html](http://bundesrecht.juris.de/g10_2001/BJNR125410001.html) (14. 6. 2011).

<sup>13</sup> Vgl. Antiterrordateigesetz vom 22. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3409), das durch Artikel 5 des Gesetzes vom 26. Februar 2008 (BGBl. I S. 215) geändert worden ist, online: <http://bundesrecht.juris.de/atdg/BJNR340910006.html> (15. 6. 2011).

izei, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Militärischem Abschirmdienst auch die Landeskriminalämter, die Landesämter für Verfassungsschutz und Staatsschutzdienststellen der Länderpolizeien. In begründeten Fällen ist der Zugriff auf die Datei auch anderen von den Ländern bestimmten Dienststellen der Polizei möglich. Von den Betroffenen werden sowohl Grunddaten (wie Name, Geburtsdatum, Adresse, Sprachen, Dialekte und körperliche Merkmale) als auch erweiterte Daten (wie Bankverbindungen, Ausbildung, Beruf, Volkszugehörigkeit, Religionszugehörigkeit und Fahr- oder Flugerlaubnisse) gespeichert.<sup>14</sup>

Die schärfste strafrechtliche Neuerung wurde im Rahmen des Gesetzes zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten (StraftVVG) vom 30. Juli 2009 erlassen. Gemäß den neu eingeführten Straftatbeständen in den Paragrafen 89a, 89b und 91 ist die Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten, die Kontaktaufnahme zwecks Unterweisung zur Begehung von Gewalttaten sowie die Verbreitung oder Beschaffung einer entsprechenden Anleitung zu einer solchen Tat unter Strafe zu stellen.<sup>15</sup> Problematisch ist hier die Tatsache, dass die Straftatbestände sehr unbestimmt gefasst und die Hürden für den Anfangsverdacht sehr niedrig gehalten sind.

## Wirkungsrealität der Sicherheitsgesetze

Erklärtes Ziel der Sicherheitsgesetze nach „9/11“ war es, die Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus bereits im Vorfeld geplanter Anschläge effektiv zu „bekämpfen“. Viele Maßnahmen wurden zeitlich befristet. Ihre Verlängerung wurde an die Notwendigkeit einer Evaluierung gekoppelt. Dies macht naturgemäß nur dann Sinn, wenn die Evaluierung tatsächlich vor der Verlängerung der Frist stattfindet.

Die Frage, ob eine Evaluierung der oben dargestellten Maßnahmen stattgefunden hat, und welche Ergebnisse diese hervorbrachte, rückt angesichts der grundsätzlichen programmatisch-ideologischen Divergenzen der politischen Entscheidungsträger in den Hin-

<sup>14</sup> Vgl. Paragraph 3, ebd.

<sup>15</sup> Vgl. BGBl I, I (2009) 49, 3.8.2009, S. 2437–2442.

tergrund. So lehnte die FDP noch als Oppositionspartei im Jahr 2006 das Terrorismusbekämpfungsgesetz mit der Begründung ab, dass die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit, sprich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen öffentlicher Sicherheit und Eingriffe in die bürgerlichen Grundrechte, nicht gewährleistet sei. Ihre Position hat sich insofern gewandelt, als dass sie als Mitglied der Regierungskoalition bereit ist, einer Verlängerung der Sicherheitsmaßnahmen zuzustimmen, wenn sich der Koalitionspartner im Gegenzug bei der Vorratsdatenspeicherung dem liberalen Standpunkt – keine verdachtsunabhängige Speicherung von Daten – annähert.<sup>16</sup>

Der koalitionsinterne Streit entfachte sich unter anderem durch die Ankündigung der EU-Kommission im März 2011, die Richtlinie zur Speicherung aller Telekommunikationsdaten überarbeiten zu wollen.<sup>17</sup> Neben einer zeitlichen Begrenzung der Datenspeicherung und einem konkreten Verdachtsmoment fordern Kritiker der aktuellen Handhabung auch, die Zahl der Behörden mit Zugriffsrechten auf die Datei einzuschränken. Ihre Position wurde durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts im März 2010 bestärkt.<sup>18</sup> Ein weiterer grundsätzlicher Streitpunkt im Zusammenhang mit den seit 2001 erlassenen Sicherheitsmaßnahmen ergibt sich aus dem Verdacht, durch eine stärkere Bündelung der sicherheitspolitischen, polizeilichen und nachrichtendienstlichen Landes- und Bundeskompetenzen das Prinzip der föderalen Organisation zu untergraben. So scheiterte beispielsweise der Versuch, die Kompetenzen des Bundesamtes für Verfassungsschutz zulasten der Landesbehörden zu stärken, bislang am Widerstand der Länder. Auch die angestrebte Zentralisierung aller operativen Einheiten des Bundeskriminalamtes (BKA) in Berlin ist nicht erreicht. Allerdings erhielt das BKA das Recht, ohne den Umweg über die Länderpolizei Informationen zu sammeln.

<sup>16</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 17.4.2011.

<sup>17</sup> Vgl. Viviane Reding, Your data, your rights, Brüssel, 16.3.2011, online: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/183> (15.6.2011).

<sup>18</sup> Vgl. Bundesverfassungsgericht, Konkrete Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung nicht verfassungsgemäß, Pressemitteilung vom 2.3.2010, online: [www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-011](http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-011) (15.6.2011).

## Sicherheit, Legitimität, Elitendiskurs

Die seit dem 11. September 2001 erlassenen Gesetze und Neuregelungen wurden vom Gesetzgeber mit einem Verfallsdatum versehen, weil ihre Wirkungen auf die bürgerlichen Grundrechte nicht unproblematisch sind. Durch die Befristung soll sicher gestellt werden, dass die Entscheidungsträger die Öffentlichkeit angemessen über die Nutzung und Wirkung der Antiterrorgesetze informieren. Zwar sind die Sicherung der Freiheit, der sozialen Wohlfahrt und des inneren Friedens die vornehmsten Aufgaben eines Staates. Jedoch kann es im Rahmen der Organisation von Sicherheit passieren, dass die staatlichen Aktivitäten gesellschaftlich nicht akzeptiert werden, so dass zivilgesellschaftliche Akteure korrigierend eingreifen müssen. Es reicht nicht aus, dass ein Konsens innerhalb der Regierung hergestellt wird. Auch die Sachargumente müssen offen gelegt werden. Sollten sich die Gesetze als effektiv erwiesen haben, so muss dies ebenfalls in die Gesellschaft hineingetragen werden, „denn nur in dem Maße, in dem staatlicher Zwang seine Sicherheitsfunktion im Sinne der Wahrung der Freiheit seiner Bürger erfüllt, kann er Legitimität beanspruchen“.<sup>19</sup>

Sicherheitspolitik muss inhaltliche Handlungsprogramme verwirklichen und den dafür notwendigen gesellschaftlichen, aber auch institutionellen Konsens organisieren. Dabei entspricht das Management des Sicherheitssektors der stetig vorausschauenden Analyse von Gefahrenpotenzialen und Entwicklungen, der Gestaltung des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses sowie der Formulierung von sektorübergreifenden Handlungsanweisungen, die in ihrer Gesamtheit eine moderne diskursiv-kooperative Sicherheitspolitik darstellen. Diskursiv-kooperativ deswegen, weil sich eine effektive Sicherheitspolitik vermitteln lassen muss. Hier gibt es in Deutschland noch sehr viel Nachholbedarf. Der deutsche sicherheitspolitische Diskurs ist nach wie vor mehrheitlich ein Diskurs der Eliten.

<sup>19</sup> Walter Euchner (Hrsg.), John Locke, Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt/M. 1977, S. 210.

Johann Schmid · Patricia Schneider ·  
Martin Kabl

## Strategien zur Bekämpfung von Terrorakteuren und Aufständischen

Johann Schmid · Patricia Schneider

## Terrorismus: Eine Herausforderung für Strategie und Legitimität

Seit nunmehr zehn Jahren wird die Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus unter Kampfbegriffen wie „Krieg gegen den Terror“ geführt. Trotz des übergeordneten Erfolgs, dass ein weiterer Anschlag von den Ausmaßen des 11. September 2001 bisher nicht stattgefunden hat, besteht nach wie vor die Herausforderung durch den jihadistischen Terrorismus. Die Anschläge in Washington und New York machten nicht nur die dramatisch gesteigerte Handlungsreichweite nicht-staatlicher (Gewalt-)Akteure deutlich, sondern sind auch ein Beispiel für die Globalisierung von Sicherheits herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Zudem beförderten diese Ereignisse die islamistisch-terroristische Gewalt an die Spitze der internationalen Sicherheitsagenda.

### Johann Schmid

Dr. rer. pol., Dipl.-Staatswissenschaftler; Offizier und Politikwissenschaftler am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Beim Schlump 83, 20144 Hamburg. schmid@ifsh.de

### Patricia Schneider

Dr. phil., Dipl.-Pol.; Wissenschaftliche Referentin am IFSH (s. o.). schneider@ifsh.de

Was die Effizienz und Effektivität von Abwehr- und Gegenmaßnahmen betrifft, so

spricht vieles dafür, den Terrorismus in erster Linie in seiner kriminellen Dimension zu begreifen, auf welche vornehmlich mit polizeilichen und nachrichtendienstlichen Mitteln zu reagieren ist. Eine Kriminalisierung kann zu einer Delegitimierung der Akteure beitragen und gleichzeitig dem Risiko einer indirekten Selbstdelegitimierung durch Überreaktionen in der Auseinandersetzung mit jenen vorbeugen.<sup>1</sup>

In diesem Kontext ist die unter US-Präsident Barack Obama erfolgte Abkehr vom *Global War on Terror* hin zum „Kampf gegen Al Qaida“ von großer Bedeutung.<sup>2</sup> Sie folgt der Erkenntnis, dass eine *Methode* der Gewaltanwendung (wie Terrorismus) nicht „bekämpft“ werden kann.<sup>3</sup> Vielmehr sind es *Terrorakteure* und *-organisationen*, gegen die sich der „Kampf“ zu richten hat. Es ist daher zu hoffen, dass sich auch die deutsche Debatte von irreführenden Leitbegriffen (wie „Kampf gegen den Terrorismus“ oder „Terrorismusbekämpfung“) verabschiedet. Die Schaffung rechtlicher Grundlagen für eine verstärkte Strafverfolgung und nachrichtendienstliche Überwachung von Terrorakteuren, Maßnahmen zur Unterbrechung ihrer Finanzierungsströme sowie die verbesserte internationale und ressortübergreifende Kooperation können hierbei als wichtige Bausteine betrachtet werden.<sup>4</sup>

Eine Flankierung dieser Maßnahmen mit militärischen Mitteln wird insbesondere dort erforderlich, wo nicht auf eigenem Boden agiert werden kann, polizeiliche Mittel nicht greifen oder der bewaffnete Widerstand zu groß ist. So wäre beispielsweise ein Sturz des mit Al Qaida verbundenen Taliban-Regimes in Afghanistan ohne militärische Mittel kaum möglich gewesen. Der Logik folgend, dass durch das eigene Handeln eine indi-

<sup>1</sup> Vgl. Johann Schmid, Meeting the Challenge of International Terrorism, in: Ralph Rotte/Christoph Schwarz (eds.), *International Security and War*, New York 2011, S. 157f; Erwin Müller/Patricia Schneider (Hrsg.), *Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus*, Baden-Baden 2006.

<sup>2</sup> Vgl. Daniel Möckli, 9/11 ten years on, in: ders. (ed.), *Strategic Trends 2011*, Zürich 2011, S. 81.

<sup>3</sup> Vgl. Johann Schmid, Ein Neuanfang in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus, in: *Europäische Sicherheit*, 54 (2005) 12, S. 78.

<sup>4</sup> Dazu gehört auch das 2004 in Deutschland gegründete Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum, das die Anstrengungen verschiedener Behörden bündelt.

rekte Selbstdelegitimierung unter allen Umständen zu vermeiden ist, sollte es sich bei militärischen Maßnahmen vornehmlich um punktuelle und präzise Eingriffe unter Vermeidung von zivilen Opfern handeln. Aber auch ein derart „chirurgisches Vorgehen“ ist in ethisch-moralischer und völkerrechtlicher Hinsicht sowie im Hinblick auf die parlamentarische Kontrolle der handelnden Akteure nicht unproblematisch.

Die Sinnhaftigkeit von Aufstandsbekämpfung, Stabilisierung und Staatsaufbau als Beitrag zum Kampf gegen Terrorakteure ist hinsichtlich Effizienz und Effektivität eine schwer zu beantwortende Frage, da die Kosten für derartige Engagements enorm hoch sind.<sup>5</sup> Diese Art von Einsätzen sind darüber hinaus physisch und moralisch kräftezehrend und erfordern ein langes Durchhaltevermögen. Durch das interventionistische Eingreifen von außen werden mitunter neue Gegner geschaffen, und man bietet durch den hohen Personaleinsatz – in Afghanistan sind derzeit etwa 150 000 internationale Soldaten im Einsatz – eine breite Angriffsfläche. Die Zielsetzung (Stabilisierung und Staatsaufbau) ist komplex und kann mit einfachen Mitteln sabotiert oder nachhaltig verhindert werden. Hinzu kommt, dass bestimmte Gebiete umkämpfter Regionen zwar „vom Gegner gesäubert“ werden können, ein dauerhaftes „Halten“ dieser Gebiete mangels eigener Kräfte jedoch oftmals nicht möglich ist, da dies einen erheblich größeren Kräfteinsatz erfordern würde, welcher wiederum politisch nicht zu realisieren ist. Der Aufbau lokaler Sicherheitsstrukturen ist die logische Konsequenz, kann jedoch nur bedingt Abhilfe schaffen, da insbesondere die Loyalität derartiger Kräfte nicht gewährleistet werden kann.

## Wirkung von delegitimierenden Maßnahmen

Verstoßen Maßnahmen zur Abwehr von Terror gegen Menschenrechte oder ethisch-moralische Grundsätze demokratischer Gesellschaften, werden ideologischen „Argumentationen“ der Terrorakteure in die Hände

<sup>5</sup> So beläuft sich die Budgetanfrage des US-Präsidenten Obama für die Führung der Operationen im Irak und in Afghanistan für das Jahr 2012 auf etwa 118 Milliarden US-Dollar.

gespielt sowie das eigene Handeln delegitimiert. Deutlich wurde dies beispielsweise an den weltweit wütenden Reaktionen auf den Abu Ghraib-Folterskandal im Jahr 2004.

Dabei darf man nicht der Argumentation erliegen, dass die unter folterähnlichen Verhörmethoden gewonnenen Informationen derartige Methoden nachträglich legitimieren. Denn mitunter wird als Rechtfertigung ins Feld geführt, dass Deutschland unter dem Eindruck eines schweren Anschlags mit vielen Opfern auf dem eigenen Territorium seine Bewertung darüber, was freiheitseinschränkende und menschenrechtsverletzende Maßnahmen sind, ändern würde. Die in Geheimgefängnissen und in Guantanamo verwendeten Praktiken wie die häufig zitierte Schändung des Korans und körperliche Entblößungen, die darauf abzielen, durch Erniedrigung und Verletzung der religiösen Integrität den Widerstand zu brechen, mögen zwar keine Folter im klassischen, physischen Sinne sein, diskreditieren aber die „Verhörspezialisten“, selbst wenn sich die Maßnahmen als „effizient“ erweisen sollten. Die Auseinandersetzung mit Terrorakteuren darf auch von westlich-demokratischer Seite nicht entgrenzt werden und muss normativen Grundsätzen unterliegen.

Dazu gehört auch die Problematik von Militärprozessen ohne rechtsstaatlich faires Verfahren. US-Präsident Obama konnte zwar sein Anliegen, Guantanamo zu schließen, innenpolitisch nicht durchsetzen, hat aber eine erneute Überprüfung aller Fälle angeordnet. Von anfangs fast 800 Personen sind noch 172 in Haft, viele von ihnen seit fast zehn Jahren, ohne dass Anklage erhoben wurde. Bei 48 Personen wird erwartet, dass sie auf unbegrenzte Zeit in Haft bleiben werden.

Deutschland hat zwar die Schließung der Einrichtung gefordert und zwei frühere Inassen aufgenommen. Die Aufnahme weiterer ehemals Inhaftierter bleibt mit dem Verweis auf Sicherheitsbedenken weiter politisch umstritten, auch wenn eine Studie zeigte, dass nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der 600 Freigelassenen den bewaffneten Kampf wieder aufgenommen hat.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> Vgl. Peter Bergen/Katherine Tiedemann/Andrew Levovich, How many Gitmo Alumni take up arms?, in: Foreign Policy vom 11. 1. 2011.

Zu den delegitimierenden Maßnahmen zur Abwehr von Terror gehört auch der Transfer von Terrorverdächtigen seitens des US-Auslandsgeheimdienstes CIA über Länder, in denen Folter praktiziert wird. Der Europarat warf in einer Studie von 2007 14 europäischen Regierungen vor, zwischen 2002 und 2005 der CIA illegale Gefängnisse auf oder Entführungsflüge über ihr Staatsgebiet erlaubt zu haben. Aktuell klagt beispielsweise einer der mutmaßlichen Verantwortlichen für den Bombenanschlag auf das US-Kriegsschiff USS Cole im Jahr 2000 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen Polen. Er sei dort in einem geheimen CIA-Lager gefangen gehalten und später nach Guantanamo überstellt worden.<sup>17</sup> Ein weiterer anhängiger Prozess vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ist der Fall des Deutsch-Libanesen Khaled el Masri, der 2003 aus einem Bus in Mazedonien entführt und in eine geheime Einrichtung in Afghanistan gebracht wurde. Erst später stellte sich heraus, dass es sich bei ihm um die falsche Person handelte. Diese Beispiele verdeutlichen, dass es nicht nur darum geht, Kriminellen einen Mindestschutz an Menschenrechten zu gewähren, sondern auch, Unschuldige zu schützen, wobei sich rechtsstaatliche Verfahren mit der Erfordernis von gerichtsfesten Beweisen bewährt haben.

## Handlungsreichweite islamistischer Terrorakteure

Selbstdelegitimierung findet auch auf Seiten der Terrorakteure statt. So hat sich die „Attraktivität“ des jihadistischen Terrorismus seit den Anschlägen von 2001 nachhaltig verringert. Die Ursache hierfür liegt zum einen in der indirekten Selbstdelegitimierung Al Qaidas durch ihre exzessive terroristische Gewaltanwendung mit vielen zivilen Opfern gerade unter der muslimischen Bevölkerung, was auch innerhalb des Terrornetzwerkes zu schweren Auseinandersetzungen führte.<sup>18</sup> So führten Ermordungen von Glaubensgenossen im Irak, im Jemen, in Afghanistan und in Pakistan zu fallen-

<sup>17</sup> Vgl. Washington Post vom 10. 5. 2011.

<sup>18</sup> Vgl. Alia Brahimi, Crushed in the Shadows, in: Studies in Conflict & Terrorism, 33 (2010) 2, S. 102, S. 106.

den Sympathiewerten, wie Meinungsumfragen in der islamischen Welt<sup>9</sup> oder unter Al Qaida-Aussteigern<sup>10</sup> zeigen.

Zum anderen ist es der mangelnde Erfolg im Sinne positiv-konstruktiver Gestaltungskraft: Die von Al Qaida angebotenen Ordnungs- und Gesellschaftskonzepte entsprechen nicht den Bedürfnissen einer sich modernisierenden und nach Freiheit strebenden Gesellschaft. Anfangs war die Taktik Al Qaidas insofern erfolgreich, als dass sie Sympathien wecken und Unterstützung generieren konnte.

Ihr Vorgehen bestand darin, die Kritik an subjektiv wahrgenommenen Missständen in demokratischen und kapitalistischen Gesellschaften zu instrumentalisieren, indem sie diese Kritik verknüpfte mit (religiöser) Identität, Demütigungs- und Opfererfahrungen, die westlichen Staaten angelastet wurden: Gegen den „imperialistischen Feldzug der Ungläubigen gegen die muslimische Welt“, den „fernen Feind“, will man sich verteidigen.<sup>11</sup> Für die meisten Muslime gelten aber der Selbstmordakt und das Töten als blasphemisch. Eine wesentlich zentralere Rolle spielt die Unzufriedenheit mit den eigenen Regimen, dem „nahen Feind“. Davon zeugen die zahlreichen Al Qaida-Ableger mit ihren vorrangig lokalen Agenden. Das gilt auch für die Taliban in Afghanistan, die ihre Aufstandsbewegung im regionalen und nationalen Kontext begründen.

Die gegenwärtigen revolutionären Umbrüche in der arabischen Welt verdeutlichen auch das Scheitern Al Qaidas hinsichtlich ihres Ziels, die autoritären arabischen Regime stürzen zu wollen: Während Al Qaida mit seinen terroristischen Methoden diese Regime eher stärkte und deren Bindungen an den Westen indirekt vertiefte, gelang es den arabischen Massen durch (weitgehend) friedliche Massenproteste in verhältnismä-

<sup>9</sup> Vgl. Pew Global Attitudes Projekt, Osama bin Laden largely discredited among Muslim publics in recent years, vom 2.5.2011, online: <http://pewglobal.org/2011/05/02/osama-bin-laden-largely-discredited-among-muslim-publics-in-recent-years> (18.5.2011).

<sup>10</sup> Vgl. Patrick Porter, Long Wars and long telegrams, in: *International Affairs*, 85 (2009), S. 298.

<sup>11</sup> Matenia Sirseldoudi, Radikalisierung von europäischen Muslimen – Radikalisierungsprozesse in der Diaspora, in: *APuZ*, (2010) 44, S. 39–43.

ßig kurzer Zeit, einen Teil dieser Regime (Tunesien und Ägypten) zu stürzen. Dass Al Qaida von dieser Entwicklung genauso überrascht wurde wie die westliche Staatengemeinschaft, verdeutlicht deren mangelnden Bezug zu aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in der arabischen Welt. Zudem vermittelten die US-geführten Interventionen in Afghanistan und im Irak die Botschaft, dass die Folge jihadistischer Terroraktivitäten nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an „westlicher Präsenz“ in der islamischen Welt ist: War es ein erklärtes Ziel Al Qaidas, die westliche Präsenz (die Präsenz „der Kreuzritter“) in der islamischen Welt zu verringern oder zu beseitigen, so wurde das Gegenteil erreicht.

## Nichtmilitärische Präventivmaßnahmen

Unter dem Motto *Countering Violent Extremism* soll seit 2010 die neue Strategie des US-Präsidenten Obama präventiv gegen drohende Radikalisierungsprozesse wirken.<sup>12</sup> Sie stellt die Jugend in besonders gefährdeten Regionen, insbesondere im Nahen Osten und Nordafrika, in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Vorrangiges Ziel ist es, der von Al Qaida verbreiteten ideologischen Propaganda entgegenzuwirken. Außerdem wird der terroristische Charakter des Netzwerks unterstrichen, indem hervorgehoben wird, dass es sich bei Al Qaida-Mitgliedern nicht um Gotteskrieger, sondern um Mörder handelt.

Dafür wurden neue Einrichtungen geschaffen wie das Center for Strategic Counter Terrorism Communications. Dieses soll die Brutalität der Anschläge gegen Zivilisten vor Augen führen und darüber hinaus verdeutlichen, dass Al Qaida gleich zwei Rückschläge hinnehmen musste: die Forderung nach demokratischem Wandel in der arabischen Welt und die Wahl friedlicher Mittel, obwohl Al Qaida behauptet hatte, dass friedlicher Wandel autoritärer Regime nicht möglich sei. Diese Informationsoffensiven finden in den Medien unter anderem auf Arabisch,

<sup>12</sup> Vgl. Daniel Benjamin, Testimony Before the Emerging Threats and Capabilities Subcommittee of the Senate Armed Services Committee, 10.3.2010, online: [www.state.gov/s/ct/rls/rm/2010/138175.htm](http://www.state.gov/s/ct/rls/rm/2010/138175.htm) (18.5.2011).

Persisch und Urdu statt, Texte und Videomaterial werden produziert und auch in sozialen Netzwerken eingestellt.<sup>13</sup>

## Ausblick

Mit dem Tod Osama Bin Ladens hat der internationale Jihadismus seine wichtigste Symbol- und Integrationsfigur verloren. Trotzdem ist eine endgültige „Lösung“ des Problems des jihadistischen Terrorismus in naher Zukunft nicht zu erwarten, da sich weder die zugrundeliegende Ideologie noch die damit verbundene Methode der Gewaltanwendung in Form von Terrorismus auflösen lassen. Die Bedrohung durch islamistische Terrorakteure ist räumlich wie auch von Art und Umfang her entgrenzt, zielt potenziell auf Großschadensereignisse mit hohen Opferzahlen und kann zu jeder Zeit und an nahezu jedem Ort der Welt zuschlagen.

Daher wird sie für die internationale Staatengemeinschaft weiterhin eine wichtige Sicherheits herausforderung bleiben. Das heißt, dass Abwehr und Gegenmaßnahmen auch künftig erforderlich sein werden. Dabei geht es in erster Linie darum, die Bewegungsfreiheit der Täter einzuschränken, Anschläge im Vorfeld aufzudecken, den Finanzfluss zu unterbrechen sowie Führungspersonen zu stellen.

Die Auseinandersetzung mit islamistischen Terrorakteuren kann insbesondere in instabilen Regionen eine Flankierung mit militärischen Mitteln erforderlich machen, um damit Regierungen vor Ort zu stärken, Unruheregionen zu stabilisieren und so das Entstehen von machtfreien Räumen als Rückzugsraum für Terroristen zu verhindern. Hierbei ist ein ausgewogener Mix an offensiven und defensiven Maßnahmen anzustreben. Jedoch gilt es, die Legitimität des eigenen Handelns nicht durch überzogene Maßnahmen zu gefährden. Insgesamt empfiehlt es sich, Terrorismus als ein andauerndes Risiko zu betrachten, das beständi-

ge Aufmerksamkeit und Vorsorge erfordert. Trotz seiner Brisanz und seiner anhaltenden Aktualität sollte dieses jedoch nicht zulasten eines ausgewogenen Ressourceneinsatzes zur Wahrung von Freiheit, Bildung, Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung überbewertet werden.

Gefordert ist eine langfristige Strategie zur systematischen Delegitimierung radikaler Gewaltakteure und ihrer terroristischen Methoden. Die dem Terrorismus innewohnende Tendenz zur Selbstdelegitimierung kommt dem zugute. Den Gewaltakteuren muss das unterstützende Umfeld entzogen und ihr Regenerations- und Rekrutierungskreislauf nachhaltig unterbrochen werden. Dazu sollte die Delegitimierung von extremistischen Gewaltakteuren auf drei Ebenen stattfinden:

- Erstens sollte den Sympathisanten durch text- und bildgestütztes Material und Diskursen in unterschiedlichsten Foren die Grausamkeit der Gewaltakte vor Augen geführt werden.<sup>14</sup>
- Zweitens sollte der friedliche Wandel hin zu Gesellschaften, die Teilhabe und Lebenschancen bieten, unterstützt werden.
- Drittens sollten Staaten Menschenrechtsschutz als Eigeninteresse begreifen,<sup>15</sup> indem sie keine zweifelhaften Methoden anwenden und Respekt vor der Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellen. Dies dient auch dazu, sich nicht von den eigenen Gesellschaften und Werten zu entfremden.

Die revolutionären Umbrüche in der arabischen Welt verdeutlichen anschaulich die mangelnde positive Gestaltungskraft und Aktualität von Terrorakteuren wie Al Qaida. Entscheidend ist hierbei die Tatsache, dass mit (weitgehend) friedlichen Mitteln mehr zu erreichen ist, als mit dem Gewaltmittel Terrorismus. Daher sind diese Ereignisse geeignet, Terrorakteure auch in den Kreisen zu delegitimieren, in denen sie bisher auf Sympathie oder dulddende Unterstützung zählen konnten.

<sup>13</sup> Ein weiteres Element soll ökonomische und soziale Faktoren berücksichtigen und Alternativen zum Anschluss an Terroristen und radikale Gruppen bieten: So sollen die gesellschaftliche Teilhabe gefördert und Zukunftsaussichten verbessert werden. Vgl. Medhane Tadesse, Obama's Common Sense, in: The Current Analyst vom 8. 5. 2011.

<sup>14</sup> Vgl. Christoph Schwarz/Ralph Rotte, Von Sympathisanten und Kollateralschäden, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 3 (2010), S. 231 f.

<sup>15</sup> Vgl. Wolfgang S. Heinz, Frieden und Menschenrechte, in: Hans J. Gießmann/Bernhard Rinke (Hrsg.), Handbuch Frieden, Wiesbaden 2011, S. 404–413.

Martin Kahl

## Die Militärstrategie der USA nach dem 11. September

**B**is zu den Anschlägen vom 11. September 2001 haben Militäroperationen der USA gegen den Terrorismus keine bedeutende Rolle gespielt.

**Martin Kahl**  
Dr. phil., geb. 1958; Wissenschaftlicher Referent am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH), Universität Hamburg, Beim Schlump 83, 20144 Hamburg.  
kahl@ifsh.de

Sie fanden nur vereinzelt statt etwa als Strafaktionen wie die Luftangriffe auf Tripolis im Jahr 1986 nach dem Anschlag auf die Diskothek La Belle in Berlin. Dagegen sind Militäreinsätze gegen Terrororganisationen und sie vermeintlich unterstützende Staaten infolge der Ereignisse im September 2001 zu einem von den USA intensiv genutzten Instrument geworden.

Zwei Entwicklungen trafen im Herbst 2001 aufeinander: zum einen die bereits zuvor eingeleitete *Revolution in Military Affairs* (RMA),<sup>1</sup> deren militärstrategische Konzeption an konventionellen Kriegen zwischen Staaten ausgerichtet war. In deren Fortgang wurden Waffencharakteristika wie Treffgenauigkeit, Miniaturisierung und die Vernetzung über ausdifferenzierte Kommunikationssysteme verbessert und weiterentwickelt – mit dem Ziel, eine technologische Überlegenheit in allen Einsatzebenen (Luft, Boden, Wasser, Weltraum und Informationsmedien) zu erreichen. Zum anderen das Aufkommen des „strategisch“ operierenden terroristischen Netzwerkes Al Qaida, das aber einem herkömmlichen Kriegsgegner kaum entsprach.

Die militärische Auseinandersetzung mit Al Qaida hat zwar zu Veränderungen bei der amerikanischen Militärstrategie geführt, sie blieben jedoch in übergreifende strategische

<sup>1</sup> Vgl. Harald Müller/Niklas Schörnig, Drohnenkrieg: Die konsequente Fortsetzung der westlichen Revolution in Military Affairs, in: APuZ, (2010) 50, S. 16–23.

und technologische Entwicklungstrends eingebettet. Es kam zu situativ bedingten „Verfeinerungen“ von Einsatzkonzepten am oberen und unteren Ende des Gewaltspektrums und zu spezifischen Weiterentwicklungen bereits vorhandener Streitkräfte, nicht aber zu einer grundsätzlichen militärstrategischen Neuausrichtung.

### *Grand Strategy* nach dem 11. September?

Die militärische Reaktion der USA auf die Anschläge im Herbst 2001 lässt sich nicht trennen von einer spezifischen Wahrnehmung der terroristischen Bedrohung durch die US-Regierung unter George W. Bush; das heißt der Auslegung der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus als „Krieg“. Sie lässt sich auch nicht von der Art und Weise trennen, wie die Bush-Regierung das Verhältnis zwischen den USA feindlich gesonnenen Regierungen („Schurkenstaaten“) und terroristischen Gruppen interpretiert hat. Unmittelbar nach den Anschlägen hat die US-Regierung ihre Außen- und Sicherheitspolitik auf die Bekämpfung von Al Qaida und das Taliban-Regime in Afghanistan ausgerichtet. In den folgenden Monaten dehnte sie ihren Ordnungsanspruch aus: Nicht nur Terrororganisationen, sondern auch autoritäre Staaten, die Terroristen unterstützten oder Zugang zu Massenvernichtungswaffen hatten oder sich solche zu beschaffen versuchten, konnten das Ziel amerikanischer Militärationen werden. Mit der Nationalen Sicherheitsstrategie wurde im Jahr 2002 schließlich eine Weltordnungskonzeption vorgelegt, die eine mit politischen, ökonomischen und militärischen Mitteln herzustellende, auf liberalen Werten basierende Weltordnung deklarierete, und die in ihrer Ambition weit über eine reine Strategie zur Terrorismusbekämpfung hinausging.

Die Nationale Sicherheitsstrategie enthielt drei zentrale Aspekte: (1) Der 11. September darf sich auf keinen Fall wiederholen, deshalb müssen Terroristen an weiteren Taten gehindert werden, selbst wenn dazu von internationalen Rechtsnormen nicht gedeckte Maßnahmen notwendig werden sollten. Gegen Terroristen und ihre Unterstützer muss unter Umständen auch präventiv Gewalt angewendet werden. (2) Ein großes Risiko stellen au-

toritäre Staaten dar, die wissentlich Terroristen beherbergen, Massenvernichtungswaffen besitzen oder sich zu beschaffen versuchen, und diese Waffen oder Grundstoffe für ihren Bau an Terroristen weitergeben könnten. Auch gegen sie muss deshalb rechtzeitig und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, unter Umständen auch mit Nuklearwaffen, vorgegangen werden.<sup>¶</sup> (3) Nur wenn feindliche autoritäre Staaten durch Demokratien ersetzt werden, können sich die USA langfristig sicher fühlen.

Die übergeordnete ordnungspolitische Herausforderung bestand aus der Warte der Bush-Regierung deshalb darin, eine auf konsolidierten Demokratien beruhende Weltordnung zu etablieren. Diese Konzeption verband „rationale“ sicherheitspolitische Erwägungen mit normativen: Die Bekämpfung des Terrorismus wurde als globale Norm propagiert, und sämtliche Regierungen der Welt wurden dazu aufgerufen, ihrer „souveränen Verantwortung“ nachzukommen und sich dem Kampf gegen den Terrorismus anzuschließen. Die Entscheidung, ob Regierungen sich verantwortlich verhielten, würden die Vereinigten Staaten im Notfall allein treffen – in dieser Hinsicht wollten sie eine „Weltinnenpolitik“ nach von ihnen gesetzten Regeln generieren.<sup>¶</sup>

## Ausstattung der amerikanischen Streitkräfte

Die in der Sicherheitsstrategie von 2002 enthaltenen Vorgaben machten keine grundsätzlichen Veränderungen bei den amerikanischen Streitkräften erforderlich. Die USA besaßen bereits einen effizienten, schnell einsetzbaren Militärapparat, der so ausdifferenziert war, dass er der politischen Führung eine breite Palette von Einsatzoptionen im „Krieg gegen den Terror“ ermöglichte – von größeren Interventionen zum Sturz von missliebigen Regierungen bis hin zu „Spezialaufgaben“ wie der Liquidierung

<sup>¶</sup> So wurden nukleare Schläge gegen Staaten, die Massenvernichtungswaffen besaßen, nicht ausgeschlossen, selbst wenn diese die USA noch gar nicht angegriffen hatten. Vgl. William M. Arkin, Not Just A Last Resort?, in: Washington Post (WP) vom 15. 5. 2005.

<sup>¶</sup> Vgl. John G. Ikenberry, America's Imperial Ambition, in: Foreign Affairs, 81 (2002) 5, S. 44.

einzelner Personen. Dennoch versuchte die Bush-Regierung durch die Ausweitung von konventionellen Rüstungsprogrammen quer durch nahezu alle Waffensysteme eine zusätzliche Sicherheitsmarge zu schaffen. Sie zielte dabei im Allgemeinen nicht auf die Verbesserung spezifischer Fähigkeiten zur Terrorismusbekämpfung, sondern auf die Verstärkung der weltweiten militärischen Präsenz der USA und den Ausbau des amerikanischen Technologievorsprungs im Rüstungssektor.

Bereits vor den Anschlägen vom 11. September strebte das Pentagon unter der Leitung des damaligen US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld eine Beschleunigung der Transformation des amerikanischen Militärapparates in Richtung einer auf modernste Militärtechnologie bauende, interventionsgeeignete *Stand-Off Precision-Strike Force* an. Der Quadrennial Defense Review, eine vom US-Verteidigungsministerium in Auftrag gegebene Studie zur Verteidigungsplanung, die alle vier Jahre erscheint, hatte im September 2001 deutlich gemacht, dass es das Ziel amerikanischer militärbezogener Technologieentwicklung sein musste, in allen Bereichen die Überlegenheit über mögliche Gegner bis hin zu einer vollständigen militärischen Dominanz auszubauen.<sup>¶</sup> Durch präzise Schläge mit Abstandswaffen gegen ausgewählte militärisch relevante Ziele der Gegner sollten vor allem eine Reduzierung der Risiken für die eigenen Truppen und die Reduzierung von Kollateralschäden beim Gegner – nicht zuletzt mit Blick auf ein globales Publikum – erreicht werden. Zudem bestand die Aussicht, dass amerikanische Kriegsziele auch ohne die Besetzung fremden Territoriums und damit zu relativ geringen Kosten erreicht werden konnten.<sup>¶</sup>

Die Erfahrungen der Interventionen während des Zweiten Golfkrieges 1991 und der Balkan-Kriege in den 1990er Jahren sowie die an der RMA ausgerichteten militärstrategischen Grundannahmen haben auch den

<sup>¶</sup> Vgl. US Department of Defense, Quadrennial Defense Review, Washington, D. C. 2001, S. 7f., S. 15f., S. 41.

<sup>¶</sup> Vgl. Bernard Fook Weng Loo, Decisive Battle, Victory and the Revolution in Military Affairs, in: Journal of Strategic Studies, 32 (2009) 2, S. 199.

Planungsprozess für das militärische Vorgehen in Afghanistan bestimmt: Das Operationskonzept basierte auf den Vorgaben des damaligen Verteidigungsministers, auf modernste Technologie und Präzisionswaffen zu setzen und weniger Gewicht auf konventionelle Bodentruppen zu legen.<sup>16</sup> In der ersten Phase des Krieges in Afghanistan nutzte das amerikanische Militär zur Zielaufspürung, Informationsübermittlung und Zielzerstörung einen global gespannten Schirm aus neuen Informationssystemen, angefangen bei Satelliten über Aufklärungsdrohnen bis hin zu Spezialeinsatztruppen, die mittels Laserdesignatoren feindliche Ziele markierten. Der bereits bei vorhergegangenen militärischen Interventionen der USA beobachtbare Trend hin zum Einsatz luftgestützter, präzisionsgesteuerter Abstandswaffen setzte sich fort.<sup>17</sup> Insbesondere das Zusammenwirken von CIA-Spezialisten und Spezialeinsatzkräften in Verbindung mit mit Präzisionswaffen bestückten Flugzeugen hat offenbar effektiv zur Entmachtung des Taliban-Regimes beigetragen.<sup>18</sup>

Der rasche militärische Erfolg in Afghanistan war für viele Militärexperten eine Überraschung, da der an herkömmlichen konventionellen Kriegen orientierte amerikanische Militärapparat für eine Bekämpfung transnationaler Akteure wie terroristischer Gruppen nicht speziell ausgerüstet war. Sein Umfang, seine technische Ausstattung, interne Differenzierung und Adaptionfähigkeit haben es jedoch möglich gemacht, mit den vorhandenen Mitteln gezielt auch gegen die Taliban vorzugehen.<sup>19</sup> Zwar blieb zu diesem Zeitpunkt unklar, inwiefern die Al Qaida-Strukturen tatsächlich geschwächt werden konnten. Dennoch schuf die Vertreibung des Taliban-Regimes Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zur Durchführung von militärischen Operationen gegen terroristische

<sup>16</sup> Allerdings hat das Vorgehen gegen die Taliban und Al Qaida auch den Einsatz afghanischer militärischer Kräfte als Ersatz für US-Bodentruppen umfasst.

<sup>17</sup> Vgl. Eric Schmitt, Improved U.S. Accuracy Claimed in Afghan Air War, in: The New York Times (NYT) vom 9. 4. 2002.

<sup>18</sup> Vgl. Vernon Loeb, Afghan War Is a Lab for U.S. Innovation, in: WP vom 26. 3. 2002.

<sup>19</sup> Vgl. Thom Shanker/Eric Schmitt, Service Chiefs Say Afghan Battle Will Help Military Get Smarter, Stronger and Faster, in: NYT vom 10. 9. 2002.

Gruppen oder Führungen von „Terrorstaaten“ – 2002 bezeichnete US-Verteidigungsminister Rumsfeld das „afghanische Modell“ jedenfalls als Beispiel, das auch im Irak anwendbar sei.<sup>10</sup>

Tatsächlich konnte auch im Irak die eigentliche Kriegsphase schnell beendet werden: Den USA gelang es, aufgrund des Zusammenwirkens aller Truppenteile auf Basis moderner Kommunikations- und Führungssysteme und des Einsatzes von Präzisionswaffen mit einer relativ geringen Anzahl von Truppen überlegene militärische Macht zu entfalten.<sup>11</sup> Der Krieg bestätigte trotz einiger offensichtlicher Planungsfehler und zwischenzeitlicher Probleme zunächst die „Rumsfeld-Doktrin“.<sup>12</sup> Der Irak-Krieg galt zudem als Beleg dafür, dass die „Transformationsstreitkräfte“ grundsätzlich in der Lage waren, auch den gefürchteten „Städtekampf“ in kurzer Zeit und ohne größere eigene Opfer zu gewinnen.

## Vom Hightech-Krieg zur Aufstandsbekämpfung

Es zeigte sich jedoch bald, dass rasche militärische „Siege“ keineswegs mit einer umfassenden Befriedung und einem demokratischen Aufbau der betroffenen Staaten einhergehen müssen. Im Irak formierte sich nach der eigentlichen Kriegsphase eine Aufstandsbewegung (und später ein Al Qaida-Ableger), die Selbstmordattentate gegen die stationierten ausländischen Truppen und schließlich auch gegen Mitglieder der irakischen Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung verübte. Die Art und Weise wie Landstreitkräfte (US-Army) und Marinekorps (US-Marine Corps) im Verbund mit schlecht ausgebildeten irakischen Sicherheitskräften *hunt and kill*-Operationen zur Aufstandsbekämpfung betrieben, verstärkte das Problem.<sup>13</sup>

<sup>10</sup> Vgl. Defense Department Report vom 9. 8. 2002.

<sup>11</sup> Vgl. John H. Cushman/Thom Shanker, War in Iraq Provides Model of New Way of Doing Battle, in: NYT vom 10. 4. 2003; Michael R. Gordon, Speed and Flexibility, in: ebd.

<sup>12</sup> Vgl. Donald Rumsfeld, Guidelines to be Considered When Committing U.S. Forces, in: NYT vom 14. 10. 2002.

<sup>13</sup> Vgl. Mark Moyar, A Question of Command, New Haven, Connecticut 2009.

## Aufstandsbekämpfung versus Bekämpfung terroristischer Gruppen

Konfrontiert mit dem Aufstand mussten US-Army und US-Marine Corps ihre Strategie zur Aufstandsbekämpfung überdenken. Die Neufassung des *Field Manual 3-24 Counterinsurgency* (Feldhandbuch der US-Armee, das die Strategie zur Aufstandsbekämpfung vorgibt) vom Dezember 2006 kann als deutliche Kritik an dem Vorgehen der USA im Irak bis zu diesem Zeitpunkt gelesen werden.<sup>14</sup> Als wichtigste Aufgabe von *Counterinsurgency*-Operationen wird hier auf die Gewährleistung von Sicherheit für die Zivilbevölkerung verwiesen, um Aufständische besser isolieren und die Voraussetzungen für ökonomische Entwicklung, bessere Regierungsführung, die Ausbildung von Sicherheitskräften und die nationale Versöhnung schaffen zu können – die jedoch in Abkehr von der „Rumsfeld-Doktrin“ nur mit erheblich mehr Truppen durchzuführen waren.

2007 schließlich veranlasste die Bush-Regierung die Entsendung von zusätzlichen 30 000 Soldaten in den Irak. Das amerikanische Militär verlegte in der Folgezeit seinen Fokus von der Verfügung über Feuerkraft und häufige Patrouillen mit gepanzerten Fahrzeugen auf „Fußtruppen“ und intensivere Kontakte mit der lokalen Bevölkerung.<sup>15</sup> Dass sich die Lage im Irak stabilisierte, wird aber auch geheimen Kommandos aus CIA und dem Joint Special Operations Command (JSOC) zugeschrieben, die gezielt Al Qaida-Mitglieder und Kommandeure aufständischer Gruppen im Irak getötet oder gefangen genommen haben sollen.<sup>16</sup> *Counterinsurgency* wurde bald zum vielgebrauchten Schlagwort und in der für den Irak entwickelten konzeptionellen Form als „Idealstrategie“ auch für Afghanistan angesehen. Die Entscheidung der US-Regierung unter Barack Obama, auch hier die Anzahl der Truppen zu erhöhen und die Bereitschaft, mit „moderaten“ Taliban in einen Dialog einzutreten, folgte fraglos dem im Irak angewandten Modell.

<sup>14</sup> Vgl. David Petraeus/James Mattis, *Counter Insurgency: FM3-24/MFM3-24*, Department of the Army and Navy, Washington, D. C. 2006.

<sup>15</sup> Vgl. Elizabeth N. Saunders/Todd S. Sechser, *The Army You Have: The Determinants of Military Mechanization, 1979–2001*, in: *International Studies Quarterly*, 54 (2010), S. 481 f.

<sup>16</sup> Vgl. Bob Woodward, *Why Did Violence Plummet?*, in: *WP* vom 8. 9. 2008.

Die Situation in Afghanistan hatte sich nicht zuletzt deshalb besonders schwierig gestaltet, weil es niemals allein um Aufstandsbekämpfung mit dem anschließenden Aufbau eines funktionierenden Staates ging, sondern immer auch um die Bekämpfung von Al Qaida. Aufstandsbekämpfung und die Bekämpfung terroristischer Gruppen sind aber nicht notwendig funktional äquivalent,<sup>17</sup> wie dies zunächst auch über die Trennung von Operation Enduring Freedom (OEF) und International Security Assistance Force (ISAF) deutlich wurde. Die Zunahme von Gewalt durch Aufständische in Afghanistan seit Mitte des Jahres 2006 hatte eine Reihe von Gründen – eine als korrupt wahrgenommene Regierung, mangelnde Regierungsleistungen und Sicherheitsgewährleistung in vielen ländlichen Gebieten, der sehr schleppende wirtschaftliche Aufbau, die Rückzugsmöglichkeiten der Aufständischen nach Pakistan. Eine wesentliche Ursache bestand aber auch darin, dass es bei Militäraktionen der USA und ihrer Alliierten immer wieder zu erheblichen Opfern bei der Zivilbevölkerung kam.<sup>18</sup> Auch die Zusammenarbeit mit afghanischen *Warlords* als Ersatz für die Entsendung eigener Truppen wirkte den Sicherheitsbedürfnissen der afghanischen Bevölkerung deutlich entgegen.

Angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage forderten die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten auf, ihre Aufgaben – wozu immer häufiger die Aufstandsbekämpfung zählte – auf die gefährlichen Gebiete im Süden und Osten Afghanistans auszuweiten; eine Aufforderung, die nicht bei allen angesprochenen Staaten auf Gegenliebe stieß. Nicht nur mangelnder politischer Wille angesichts skeptischer Bevölkerungen in den NATO-Staaten spielte hier eine Rolle, sondern auch die mangelnde Fähigkeit, *Counterinsurgency*-Missionen in größerem Umfang durchzuführen.<sup>19</sup> Die Gründe äh-

<sup>17</sup> Vgl. Michael J. Boyle, *Do counterterrorism and counterinsurgency go together?*, in: *International Affairs*, 86 (2010) 2, S. 335.

<sup>18</sup> Vgl. Kenneth Katzman, *Afghanistan*, Congressional Research Service, Washington, D. C. 2011, S. 22.

<sup>19</sup> Vgl. Hans-Georg Ehrhart/Roland Kaestner, *Aufstandsbekämpfung + Staatsaufbau = Stabilisierung?*, in: *Sicherheit und Frieden*, 28 (2010) 4, S. 195–205.

nelten, so US-General Stanley McChrystal, von 2009 bis 2010 Kommandeur der ISAF und der US Forces Afghanistan, denjenigen, die im Irak eine Rolle gespielt hatten: Die Truppen waren für konventionelle Auseinandersetzungen ausgerüstet und zu sehr mit ihrem eigenen Schutz beschäftigt, statt mit der Sicherheit der einheimischen Bevölkerung.<sup>120</sup> Die Aufstandsbekämpfung sollte aber die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine handlungsfähige, von der Bevölkerung akzeptierte und unterstützte Regierung mit einem funktionierenden Sicherheitssektor aufgebaut werden konnte. Nur eine solche Regierung würde verhindern können, dass terroristische Gruppen unbehelligt agieren konnten. McChrystal betrachtete es deshalb als wichtige Aufgabe, die Zahl der zivilen Opfer durch amerikanische und NATO-Militäraktionen deutlich zu verringern.

Ein grundsätzliches Problem blieb aber, dass trotz dieser Einsichten weiter Luftschläge und Kommandooperationen mit Spezialeinheiten durchgeführt wurden, um Taliban- und Al Qaida-Mitglieder zu töten oder gefangen zu nehmen – mit der Folge, dass nach wie vor erhebliche Opfer unter der Zivilbevölkerung zu beklagen waren. Dies war jedoch mit den neu deklarierten Zielen der *Counterinsurgency* von ISAF nicht zu vereinbaren.<sup>121</sup>

## Mit Drohnen gegen Al Qaida und Aufständische

Die Problematik gilt auch für den Einsatz von Drohnen, der unter der Obama-Regierung noch einmal deutlich ausgeweitet worden ist. Hierin spiegelt sich der gegenwärtige militärtechnische Trend am deutlichsten wider: Drohnen sind flexibler einsetzbar als Flugzeuge, liefern verlässliche Aufklärungsdaten, sind fern- oder selbstgesteuert

<sup>120</sup> Vgl. Stanley A. McChrystal, Initial United States Forces – Afghanistan Assessment, August 2009, S. 2–1, online: [http://media.washingtonpost.com/wp-srv/politics/documents/Assessment\\_Redacted\\_092109.pdf](http://media.washingtonpost.com/wp-srv/politics/documents/Assessment_Redacted_092109.pdf) (16. 5. 2011).

<sup>121</sup> Vgl. ISAF Commander's Counterinsurgency Guidance, August 2010, online: [www.isaf.nato.int/from-the-commander/from-the-commander/comisaf-s-counterinsurgency-guidance.html](http://www.isaf.nato.int/from-the-commander/from-the-commander/comisaf-s-counterinsurgency-guidance.html) (16. 5. 2011).

und unbemannt; das heißt, dass bei ihrem Einsatz keine eigenen Soldaten gefährdet werden.

Bereits im November 2001 ist in Afghanistan von der CIA eine Predator-Drohne eingesetzt worden, durch welche ein militärischer Kommandeur von Al Qaida getötet wurde. Im November 2002 wurde im Jemen eine weitere Predator eingesetzt, um eine Gruppe von Verdächtigen zu töten. In der Folgezeit wurden die Drohnen-Einsätze auf Pakistan ausgeweitet, insbesondere auf die unwegsamen paschtunischen Stammesgebiete im Nordwesten Pakistans. Im Juni 2004 wurde hier ein Taliban-Führer durch einen Drohnen-Einsatz getötet, im Mai und Dezember 2005 zwei hochrangige Mitglieder von Al Qaida.

Die Einsätze hatten jedoch einen hohen Preis: Allein in Pakistan wurden dabei hunderte Zivilisten getötet. Nachdem bei einem Einsatz, welcher dem damaligen „Stellvertreter“ Osama bin Ladens Aiman al Zawahiri galt, im Januar 2006 eine größere Anzahl Unbeteiligter ums Leben gekommen ist, darunter auch mehrere Kinder, hat die CIA bis Ende 2006 auf weitere Einsätze verzichtet, um die gegen die USA gerichtete Stimmung in Pakistan nicht noch weiter anzuheizen. 2007 wurden die Einsätze wieder aufgenommen.<sup>122</sup> Kam es dort zwischen 2004 und 2007 zu insgesamt neun Einsätzen, so stieg die Zahl im Jahr 2008 auf 36, 2009 auf 53 und im Jahr 2010 schließlich auf 118. Bis Mai 2011 fanden 27 Einsätze statt.<sup>123</sup>

Drohnen-Einsätze sind also auch unter Barack Obama im militärischen Handlungsrepertoire geblieben, mehr noch, sie sind mangels Alternativen zum militärischen Mittel erster Wahl geworden. Zusätzlich hat eine Ausweitung der Drohnen-Missionen im Hinblick auf die „Zielgruppen“ stattgefunden: Nur noch ein geringer Teil der Drohnen-Einsätze in Pakistan richtete sich gegen Mitglieder von Al Qaida. Auf der

<sup>122</sup> Vgl. Brian Glyn Williams, The CIA's Covert Predator Drone War in Pakistan, 2004–2010, in: *Conflict & Terrorism*, 33 (2010), S. 875 f.

<sup>123</sup> So die Zahlen der New America Foundation, online: <http://counterterrorism.newamerica.net/drones> (17. 5. 2011).

Liste von Zielpersonen in Afghanistan sollen sich nun auch Drogenbarone befinden, die verdächtigt werden, Al Qaida mit Geld zu versorgen.<sup>124</sup>

## Künftige Entwicklungen

Die Bush-Regierung hat die Bekämpfung des Terrorismus als „Krieg“ interpretiert, die Obama-Regierung benutzt diesen Begriff zwar zurückhaltender, wendet aber insbesondere gegen Al Qaida und Aufständische in Afghanistan und Pakistan weiter militärische Mittel an. Zwei zwischenstaatliche Kriege haben die USA unter dem Banner der Terrorismusbekämpfung geführt und dabei Konzepte und Waffen angewandt, die zuvor im Rahmen der RMA entwickelt worden sind. Die Kriege in Afghanistan und im Irak sind mit solchen Waffen geführt worden und haben rasch zur Entmachtung der jeweiligen Regierungen beigetragen. Für die Aufstandsbekämpfung waren sie jedoch nur bedingt geeignet.

Waffensysteme, die zwar mit Blick auf konventionelle Szenarien entwickelt worden sind, aber dem Langzeittrend Präzision, Selektivität und Miniaturisierung entsprachen, sind auch bei Luftschlägen und Kommando- und Geheimdienstoperationen zur Beschaffung von Informationen und zur Tötung von Al Qaida-Mitgliedern und -Unterstützern verwendet worden. Die USA und ihre Alliierten haben sich so immer mehr auf die „irreguläre“ Kriegsführung konzentriert.

Geheimdienst- und Militäroperationen wurden zudem nicht nur in Afghanistan und im Irak durchgeführt, sondern auch in weiteren Staaten, oftmals ohne die Einwilligung der dortigen Regierung einzuholen oder diese auch nur zu informieren – so jüngst bei der Operation zur Tötung Osama bin Ladens in Pakistan oder einem Drohnen-Einsatz im Jemen im Mai 2011.<sup>125</sup> Diese Entwicklungen folgten keiner durchgängi-

gen Planung, sondern waren Reaktionen auf die ungünstig verlaufenden Militäraktionen im Irak und in Afghanistan und bisweilen Verlegenheitslösungen.

Auch in Zukunft werden „Großwaffensysteme“ zur konventionellen Kriegsführung beschafft werden, ebenso wie für den Einsatz am unteren Ende des Gewaltspektrums Systeme, die den Erfordernissen der „irregulären“ Kriegsführung entsprechen. Mit der Erstellung des Quadrennial Defense Review 2010 wird die Diskussion über den richtigen „Mix“ aus Waffen für die konventionelle Kriegsführung, Stabilisierungseinsätze, Aufstandsbekämpfung und irreguläre Operationen zur Terrorismusbekämpfung weitergeführt.<sup>126</sup> Dabei geht es insbesondere darum, ob zugunsten von Personalaufstockungen bei den Spezialeinsatzkräften Einsparungen bei größeren Waffensystemen für die konventionelle Kriegsführung vorgenommen werden sollten.<sup>127</sup>

Einstweilen sind im Quadrennial Defense Review 2010 die Ziele der Zerschlagung von Al Qaida und der Abwehr von Angriffen durch feindliche Staaten gleichrangig nebeneinander gestellt worden. Unstrittig ist für das Pentagon jedoch, dass die Bedeutung nichtstaatlicher (Gewalt-)Akteure als Gefährdungspotenzial und damit auch die Zahl möglicher Einsatzszenarien und -orte zunehmen werden, was bei der Weiterentwicklung der Doktrin, der Ausbildung, der Waffenbeschaffung und der operativen Planung berücksichtigt werden muss.

<sup>124</sup> Vgl. Jane Mayer, *The Predator War*, in: *The New Yorker* vom 26. 10. 2009.

<sup>125</sup> Vgl. Peter Baker/Helene Cooper, *Bin Laden Is Dead, Obama Says*, in: *NYT* vom 1. 5. 2011; Jeb Boone/Greg Miller, *U.S. drone strike in Yemen is first since 2002*, in: *WP* vom 5. 5. 2011.

<sup>126</sup> Vgl. US Department of Defense, *Quadrennial Defense Review 2010*, Washington, D. C., S. 15.

<sup>127</sup> Vgl. Christopher Drew/Elisabeth Bumiller, *Military Budget Reflects a Shift in U.S. Strategy*, in: *NYT* vom 6. 4. 2009.

Jana Puglierin · Christoph Schwarz

# Das Ende der amerikanischen Supermacht nach „9/11“?

Wieder einmal herrscht Untergangsstimmung in Amerika. Nach der Selbstüberhöhung zu Anfang des neuen Jahrtausends, als

**Jana Puglierin**

Dr. des. phil., geb. 1978; Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag, Büro Roderich Kiesewetter MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. jana.puglierin@gmx.de

**Christoph Schwarz**

M. A., geb. 1977; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft, Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Politische Ökonomie, RWTH Aachen, Ahornstraße 55, 52074 Aachen. christoph.schwarz@ipw.rwth-aachen.de

etwa Charles Krauthammer den Vereinigten Staaten absolute Supermacht bescheinigte,<sup>1</sup> wird seit einiger Zeit wieder die These vom Niedergang der USA beschworen. Die Außen- und Innenpolitik des Landes seit dem 11. September 2001, so der Tenor der Abgesänge, hätten dazu geführt, dass die USA ihre einzigartige Machtposition im internationalen System langfristig nicht mehr behaupten können. Die im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus geführten Kriege im Irak und in Afghanistan werden als Beweise dafür genannt, dass die militärischen Missionen die Armee überfordern und das Land überdehnen.

Die enormen Kosten dieser Kriege, die (auch damit einhergehende) massive Staatsverschuldung und eine verheerende Wirtschafts- und Finanzpolitik hätten den ökonomischen Abstieg der USA eingeleitet. Durch den vom Völkerrecht nicht gedeckten Einmarsch im Irak, die Gräueltaten in Abu Ghraib, die Willkürherrschaft in Guantanamo und die Einschränkung der Bürgerrechte durch den USA Patriot Act (Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus und Stärkung des nationalen Zusammenhalts) hätten die Vereinigten Staaten darüber hinaus massiv an

Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft verloren. Schließlich sehen die „Decline-isten“ den Niedergang Amerikas durch den Aufstieg aufstrebender Mächte wie China oder Indien beschleunigt.

Die These vom amerikanischen Niedergang ist jedoch keineswegs ein neues Phänomen – und alle Abgesänge haben sich bislang stets als voreilig erwiesen. In den späten 1950er Jahren löste der „Sputnik-Schock“ ähnliche Ängste wie heute aus. Es folgten der „Missile Gap“ der Präsidentschaftskampagne John F. Kennedys und die „Carter Malaise“ Ende der 1970er Jahre. In den 1980er Jahren fürchtete man den Aufstieg Japans und sorgte sich um die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit. 1987 schrieb Paul Kennedy in seinem Bestseller *The Rise and Fall of Great Powers* die „imperiale Überdehnung“ herbei.<sup>2</sup> Nur wenige Jahre später endete der Kalte Krieg mit einem Sieg des Westens, das Sowjet-Imperium kollabierte, die japanische Wirtschaft stagnierte, und die USA waren als einzig verbleibende Supermacht ökonomisch, militärisch, diplomatisch und kulturell mächtiger denn je.

Anfang des 21. Jahrhunderts waren die Vereinigten Staaten bei einem Anteil von fünf Prozent der Gesamtbevölkerung verantwortlich für ein Viertel des weltweiten ökonomischen Outputs und für fast die Hälfte aller globalen Militärausgaben. Darüber hinaus besaßen sie ausgeprägte kulturelle Strahlkraft.<sup>3</sup>

Doch müssen die aktuellen Abgesänge auf die USA allein deshalb falsch sein, weil sie sich in der Vergangenheit nicht bewahrheitet haben? Oder haben die nach „9/11“ begonnene Politik der Regierung Bush und die im Namen des Kampfes gegen den Terror geführten Kriege nun tatsächlich zu einem Machtverlust der USA geführt? Statt „Bound to Lead“<sup>4</sup> nun also „Bound to Decline“?

<sup>1</sup> Vgl. Charles Krauthammer, *The Unipolar Moment Revisited*, in: *The National Interest*, (2002) 70, S. 5–17.

<sup>2</sup> Paul Kennedy, *The Rise and Fall of Great Powers*, New York 1987.

<sup>3</sup> Vgl. Joseph S. Nye, *The Future of American Power. Dominance and Decline in Perspective*, in: *Foreign Affairs*, 89 (2010) 6, S. 2.

<sup>4</sup> ders., *Bound to Lead. The Changing Nature of American Power*, New York 1990.

## Welche Macht?

Um die Frage des amerikanischen Machtverlusts beantworten zu können, stellt sich zunächst das Problem, welche Eigenschaften oder Fähigkeiten einem Staat besondere Macht im internationalen System verleihen, und wie sich solche Machtindikatoren messen lassen.

Nach Max Webers berühmtem Diktum definiert sich Macht in sozialen Beziehungen als „jede Chance, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichwohl worauf diese Chance beruht“.<sup>5</sup> Wie Weber jedoch selbst erkennt, bleibt diese Definition in analytischer Hinsicht zunächst unzureichend, da „alle denkbaren Qualitäten eines Menschen und alle denkbaren Konstellationen jemanden in die Lage versetzen können, seinen eigenen Willen in einer gegebenen Situation durchzusetzen“.<sup>6</sup> Das bedeutet, dass Macht auf vielerlei beruhen und sich in mancherlei Form ausdrücken kann.

Robert O. Keohane und Joseph S. Nye haben in ihrem Buch *Power and Interdependence* richtigerweise festgestellt, dass auch Einflussnahme eine Form der Machtausübung darstellen kann.<sup>7</sup> Diesen Gedanken hat Nye im Folgenden durch sein Konzept der *soft power* weiterentwickelt, welche er im Gegensatz zu *hard power* als Form des Einflusses ohne negative Sanktionen oder Zwang versteht.<sup>8</sup> „Harte“ und „weiche“ Macht sind also zwei Seiten derselben Fähigkeit, eigene Zwecke durch Einwirken auf das Verhalten anderer zu erreichen.

Im internationalen System wird „harte“ Macht klassischerweise als militärische Macht oder auch ökonomische Macht verstanden, während „weiche“ Macht vor allem auf kultureller Anziehung beruht. Innerhalb des internationalen Systems ist das Machtpotenzial eines Staates jedoch stets relativ und kontextabhängig. Wie mächtig ein Staat ist, orientiert sich deshalb vor allem an der Frage, wie vergleichsweise mächtig die

anderen Staaten sind. Im 21. Jahrhundert sind ein starker Militärapparat, eine große Bevölkerungszahl und eine leistungsfähige Wirtschaft zwar weiterhin wichtig, garantieren für sich genommen jedoch keinen Supermachtstatus.

Wie aber steht es heute um die Fähigkeit der USA, die Welt nach ihren Vorstellungen zu formen? Und welcher andere Staat könnte ihnen den Rang ablaufen?

## Einfluss globaler Dynamiken auf die Vorherrschaft der USA

Die Erklärungsansätze für den zu erwartenden Macht- und Einflussverlust der USA lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen: Zum einen findet sich ein Ansatz, der externe Faktoren, allen voran die dynamische wirtschaftliche – und damit zumindest potenziell auch militärische – Entwicklung anderer Staaten im internationalen System als ausschlaggebend ansieht. Dieser Argumentation zufolge sind die Vereinigten Staaten nicht im eigentlichen Sinne im Abstieg begriffen. Eher trifft zu, dass Staaten wie China, Indien, Brasilien oder Russland den Rückstand auf die USA sukzessive verringern.

Zudem werde Macht in zunehmendem Maße diffus: Nicht mehr nur Staaten seien Träger von Macht. Auch nichtstaatliche Akteure verfügten in wachsendem Maße über Mitspracherecht und Entscheidungskompetenzen.<sup>9</sup> Diese Machtverschiebung verringere die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit nicht nur der USA, sondern sämtlicher Staaten und bedinge ein zunehmend komplexer werdendes internationales System.

Aus der Gruppe der aufsteigenden Staaten wird China übereinstimmend als erster und einziger Kandidat gesehen, der den Vereinigten Staaten ihre globale Vormachtstellung in absehbarer Zeit streitig machen kann. Als wichtigster Indikator für diese These dient Chinas rasant ansteigende Wirtschaftsleistung. Jüngeren Berechnungen zufolge wird das „Reich der Mitte“ die USA mit Blick auf das Bruttoinlandsprodukt bereits im Jahr 2015 oder kurz da-

<sup>5</sup> Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1980, S. 28.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Vgl. Robert O. Keohane/Joseph S. Nye, *Power and Interdependence. World Politics in Transition*, Boston-Toronto 1977, S. 11.

<sup>8</sup> Vgl. J. S. Nye (Anm. 4).

<sup>9</sup> Vgl. Fareed Zakaria, *Der Aufstieg der Anderen. Das postamerikanische Zeitalter*, Bonn 2009.

nach ein- und überholen.<sup>10</sup> Zudem ist China ein attraktiver Standort für ausländische Direktinvestitionen und hält die weltweit größten Devisenreserven – unter anderem auch an US-Dollar und amerikanischen Staatspapieren. Beobachter sehen in diesem Umstand ein steigendes Risiko für die USA, da mit wachsender ökonomischer Abhängigkeit auch die Gefahr zunehme, politische Konzessionen machen zu müssen.<sup>11</sup>

Der ökonomische Erfolg Chinas könnte auch die Attraktivität der maßgeblich durch Washington getragenen liberalen Weltordnung verringern und beträchtliche Anziehungswirkung auf andere Staaten ausüben. Denn China steht repräsentativ für ein alternatives Erfolgsmodell, in dem ökonomisches Wachstum auch ohne freiheitliche und demokratische Reformen erreicht wird. Außerdem ist zu erwarten, dass die militärischen Fähigkeiten Chinas als Folge des ökonomischen Aufschwungs weiter zunehmen werden, und das „Reich der Mitte“ sukzessive zu einer militärischen Macht ersten Ranges wird.<sup>12</sup>

Auch wenn die USA auf absehbare Zeit der militärisch dominante Akteur bleiben, relativiert bereits der Zugewinn an militärischen Fähigkeiten auf Seiten der „Aufsteiger“ das amerikanische Machtpotenzial. Denn mit wachsenden militärischen Mitteln nehmen für China die Möglichkeiten zu, den USA den Zugang zu Krisenherden wie zum Beispiel dem Südchinesischen Meer zu versagen – oder zumindest die Kosten für Washington drastisch zu erhöhen. Damit wird auch die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, die gegnerische Seite in akuten Krisensituationen durch militärischen Druck zum Einlenken zu bewegen, deutlich verringert.

<sup>10</sup> Vgl. Angus Maddison, *Chinese Economic Performance in the Long Run. Second Edition, Revised and Updated*, OECD, September 2007, S. 93, online: [www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/development/chinese-economic-performance-in-the-long-run-960-2030-ad-second-edition-revised-and-updated\\_9789264037632-en](http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/development/chinese-economic-performance-in-the-long-run-960-2030-ad-second-edition-revised-and-updated_9789264037632-en) (8. 6. 2011). Die Angaben hinsichtlich des genauen Zeitpunkts schwanken je nach Quelle jedoch stark.

<sup>11</sup> Vgl. Stormy-Annika Mildner, *Wiederbelebung des American Dream*, in: *Internationale Politik*, (2011) 3, S. 28.

<sup>12</sup> Vgl. National Intelligence Council, *Global Trends 2025: A Transformed World*, Washington 2008, S. 29.

## Einfluss innenpolitischer Dynamiken

Neben dem Aufstieg neuer Mächte und der zunehmenden Diffusion von Macht verweist ein zweiter Erklärungsansatz auf strukturelle Probleme im amerikanischen Bildungs- und Sozialsystem sowie auf „jahrelange Fehlentwicklungen in der amerikanischen Wirtschafts- und Finanzpolitik“.<sup>13</sup> Makroökonomische Indizes scheinen auf den Niedergang der amerikanischen Wirtschaftsmacht hinzudeuten – niedrige Sparquote, negative Handelsbilanz und damit immer weiter ansteigende Auslandsverbindlichkeiten, hohe Arbeitslosigkeit und die bevorstehende Belastung der Rentenkassen durch das Ausscheiden der *baby boomer*-Generation aus dem Erwerbsleben.

Vor allem das Haushaltsdefizit dient als prominenter Beleg für den Abwärtstrend.<sup>14</sup> Die möglicherweise bereits in den kommenden Jahren auf 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anwachsende Schuldenlast droht die Handlungsfähigkeit des Staates nachhaltig zu untergraben. In Verbindung mit der jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die ihren Ausgangspunkt in den USA hatte, sind diese Zahlen geeignet, die Zweifel hinsichtlich Erfolg und Nachhaltigkeit des amerikanischen Modells zu nähren. In der Bildungspolitik ist es inzwischen gängig, die quantitativ höheren Absolventenzahlen chinesischer und indischer Hochschulen als Beleg für den langfristig absehbaren Verlust an technologischer Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit anzusehen.<sup>15</sup>

## Einfluss des 11. September

Schließlich wird auf einen fahrlässigen Umgang mit der amerikanischen Ausnahmestellung und schwerwiegende politische und strategische Fehler der amerikanischen Regierung nach den Anschlägen des 11. Septem-

<sup>13</sup> Tim Altegoer, *Der Verfall amerikanischer Vormacht – Rückkehr einer Debatte*, SWP-Zeitschriftenschau, Juli 2010, S. 2.

<sup>14</sup> Vgl. Christopher Layne, *Graceful Decline. The End of Pax Americana*, in: *The American Conservative* vom 1. 5. 2010, online: [www.amconmag.com/article/2010/may/01/00030](http://www.amconmag.com/article/2010/may/01/00030) (8. 6. 2011).

<sup>15</sup> Vgl. Fareed Zakaria, *The Future of American Power. How American Can Survive the Rise of the Rest*, in: *Foreign Affairs*, 87 (2008) 3, S. 30 ff.

ber 2001 verwiesen. Insbesondere der Krieg gegen den Irak im Jahr 2003 wird kritisch gesehen: ein insgesamt „expensive war of choice – militarily, economically and diplomatically as well as in human terms“.<sup>16</sup>

Die amerikanische Führung hat damit nicht nur einen strategischen Fehler im Rahmen des *Global War on Terror* unternommen, weil der Irak-Krieg den Verfolgungsdruck von Al Qaida nahm und dem Terrornetzwerk zudem einen vielversprechenden neuen Operationsraum bot. Schlimmer noch: Die USA haben mit dieser Entscheidung auf einen Schlag jene weltweiten Sympathien verspielt, die ihnen unmittelbar nach den verheerenden Anschlägen von New York und Washington zuteilgeworden waren. Damit wurde auch die Möglichkeit verschenkt, die eben nicht nur auf traditionelle Verbündete beschränkte Solidarität mit Amerika dazu zu nutzen, um das Bild vom „wohlwollenden Hegemon“ global zu stärken.

Mit der Entscheidung, in das Zweistromland einzumarschieren, wurde hingegen das genaue Gegenteil erreicht: Amerika wurde als neoimperiale Macht wahrgenommen, die ihre Interessen ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und die Interessen anderer Akteure verfolgte.<sup>17</sup>

Die „normative Autorität“ der USA lag nicht nur aufgrund des Irak-Krieges selbst „in Trümmern“<sup>18</sup> – die Einrichtung des Gefangenenlagers in Guantanamo und die Exzesse im irakischen Gefängnis von Abu Ghraib haben dem weltweiten Ansehen Amerikas weiteren nachhaltigen Schaden zugefügt. Denn mehr noch als der Irak-Krieg, der einer kleinen Gruppe von Entscheidungsträgern zur Last gelegt werden konnte, werfen beide Fälle in der Tat die grundsätzliche Frage nach dem amerikanischen Wertelerativismus im „Krieg gegen den Terror“ auf.<sup>19</sup> Ein

<sup>16</sup> Richard N. Haas, *The Age of Nonpolarity. What Will Follow U.S. Dominance*, in: *Foreign Affairs*, 87 (2008) 3, online: [www.foreignaffairs.com/articles/63397/richard-n-haas/the-age-of-nonpolarity](http://www.foreignaffairs.com/articles/63397/richard-n-haas/the-age-of-nonpolarity) (8. 6. 2011).

<sup>17</sup> Vgl. John G. Ikenberry, *America's Imperial Ambition*, in: *Foreign Affairs*, 81 (2002) 5, S. 56f.

<sup>18</sup> Jürgen Habermas, *Der gespaltene Westen. Kleine Politische Schriften*, Frankfurt/M. 2004, S. 34.

<sup>19</sup> Vgl. William Pfaff, *Die Befehlskette nach Abu Ghraib*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (2004) 6, S. 673.

Staat, der systematisch zu Folter und Erniedrigung greift, kann schwerlich darauf hoffen, weltweite Führung und Gefolgschaft zu beanspruchen.

Der „Krieg gegen den Terror“ hat jedoch nicht nur der moralischen Autorität der USA nachhaltig geschadet, er hat auch immense personelle und ökonomische Belastungen verursacht. Hierbei ist nicht nur an die unmittelbaren Kosten der beiden Kriege im Irak und in Afghanistan zu denken. Auch die gravierende langfristige Belastung des Staatshaushalts durch Renten- und Versorgungsansprüche der Veteranen ist zu bedenken. Alleine der Irak-Krieg wird inzwischen mit Kosten zwischen einer und zwei Billionen US-Dollar beziffert.<sup>20</sup>

Damit schließt sich der Kreis: Die Schwindel erregenden Kosten dieser Kriege behindern nachdrücklich die Erholung der amerikanischen Wirtschaft ebenso wie dringend notwendige innenpolitische Reformen und tragen damit wesentlich zu Amerikas vermeintlichem Niedergang bei.

## Weiterhin einzige Weltmacht im Weltmaßstab

Wie ein Blick in die aktuelle Nationale Sicherheitsstrategie der USA zeigt, vertritt auch Präsident Barack Obama nachdrücklich den globalen amerikanischen Führungsanspruch.<sup>21</sup> Und tatsächlich handelt es sich hierbei nicht um eine trotzigige Weigerung, das Unvermeidliche zu akzeptieren, sondern es gibt gute Gründe, trotz aller oben genannten Bedenken auf absehbare Zeit von einer fortbestehenden globalen Führungsrolle der Vereinigten Staaten auszugehen.

Zweifellos hat der chinesische Aufstieg die Verhältnisse in Weltwirtschaft und Weltpolitik bereits verändert. Dieser Prozess wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Allein aufgrund beeindruckender ökonomischer Wachstumsraten aber darauf schließen zu wollen, dass die USA ihre Führungsposi-

<sup>20</sup> Vgl. Linda Bilmes/Joseph E. Stieglitz, *Encore: Iraq Hemorrhage*, in: *The Milken Institute Review*, (2006) 4, S. 76–83.

<sup>21</sup> Vgl. The White House (ed.), *National Security Strategy*, Washington, D.C. 2010, S. 1.

tion in Ökonomie und Politik zwangsläufig verlieren werden, ist kaum zulässig:

- Erstens ist linearen Trendextrapolationen mit Skepsis zu begegnen: Niemand kann mit Sicherheit sagen, dass China seinen bisherigen Wachstumskurs unendlich fortsetzen kann.
- Zweitens sagen Ressourcen wenig darüber aus, ob der betreffende Akteur in der Lage ist, die von ihm angestrebten Ergebnisse tatsächlich zu erzielen: Macht ist eben nicht nur die bloße Kontrolle über ein beträchtliches Arsenal an militärischen und nichtmilitärischen Instrumenten, sondern beschreibt die Fähigkeit, diese auch so einzusetzen, dass die verfolgten Ziele erreicht werden.<sup>122</sup>
- Drittens darf das beeindruckende Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese in Bezug auf Pro-Kopf-Einkommen, Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Bildung deutlich hinter den USA zurückliegt.
- Viertens haben die Vereinigten Staaten kein demografisches Problem, wie es sich in China als Folge der Ein-Kind-Politik bereits deutlich abzeichnet.
- Fünftens wird der Rückstand des „Reichs der Mitte“ nirgendwo deutlicher als im militärischen Bereich. Josef Joffe hat vorgerechnet, dass die chinesischen Verteidigungsausgaben lediglich bei einem Siebtel des amerikanischen Budgets liegen.<sup>123</sup> Selbst wenn man die notorische Intransparenz der chinesischen Angaben in Rechnung stellt und den Etat deutlich höher ansetzt, klafft immer noch eine immense Lücke. Außerdem hat das vor allem zur See zu beobachtende Erstarken Pekings auf Seiten der Nachbarstaaten bereits zu Misstrauen hinsichtlich der Formel vom „friedlichen Aufstieg“ des „Reichs der Mitte“ geführt.<sup>124</sup> Es

<sup>122</sup> Vgl. Christopher Layne, The Waning of U.S. Hegemony – Myth or Reality? A Review Essay, in: International Security, 34 (2009) 1, S. 163.

<sup>123</sup> Vgl. Josef Joffe, The Default Power, in: Foreign Affairs, 88 (2009) 5, S. 26.

<sup>124</sup> Vgl. Jan Grebe/Christoph Schwarz, Die maritime Aufrüstung der Schwellenländer: Strategische und friedenspolitische Implikationen, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik et al. (Hrsg.), Friedensgutachten 2011, Münster 2011, S. 324.

ist gut möglich, dass sich als Folge dieser Entwicklung neue Gelegenheiten für die USA ergeben werden, Allianzen zu knüpfen oder bestehende Verbindungen zu vertiefen, um auf diese Weise den weiteren Machtzuwachs Chinas zu verhindern und die eigene Position zu stärken.

- Sechstens ist keineswegs ausgemacht, dass China tatsächlich einen alternativen Ordnungsentwurf für das internationale System verfolgt. Vielmehr deutet bisher alles darauf hin, dass es um die Vorteile des bestehenden Systems weiß und deshalb lediglich versucht, seine eigene Position *innerhalb* des Systems auszubauen. Wenn diese Einschätzung zutrifft, sind die USA in der Tat in einer guten Ausgangsposition, das Umfeld zu gestalten, innerhalb dessen sich Chinas weiterer Aufstieg vollzieht. Durch eine Einbindung Chinas und der anderen BRIC-Staaten (Brasilien, Russland und Indien) könnte Washington damit seinem Führungs- und Gestaltungsanspruch neuerlich Nachdruck verleihen und auf absehbare Zeit der *primus inter pares* bleiben.<sup>125</sup>

## Weiterhin innovativste Volkswirtschaft

Auch mit Blick auf die Situation in den USA selbst stellt sich die Lage nicht derart dramatisch dar, wie Kritiker meinen. Zwar liegt das Haushaltsdefizit fraglos auf einem gefährlich hohen Niveau. Gegenwärtige Verbindlichkeiten und zukünftige Belastungen sind jedoch nur eine Seite der Medaille. Demgegenüber ist festzuhalten, dass die USA nach wie vor die innovativste Volkswirtschaft sind, der amerikanische Markt immer noch außerordentlich attraktiv für ausländische Investitionen ist und die Vereinigten Staaten nichts von ihrer Anziehung als Zielland für Einwanderer aus aller Welt verloren haben. Zuwanderung und Integration verhindern nicht nur, dass es zu einem vergleichbaren demografischen Problem wie in Europa oder China kommt, sondern sind zudem wesentlich für die vielfach bewunderte Dynamik und Erneuerungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft verantwortlich.

<sup>125</sup> Vgl. John G. Ikenberry, The Rise of China and the Future of the West. Can the Liberal System Survive?, in: Foreign Affairs, 87 (2008) 1, S. 23–37.

Schließlich ist der US-Dollar trotz seiner bereits notorischen Schwäche nach wie vor die weltweite Leitwährung. Sollten sich China und die anderen Aufsteiger in die bestehende Weltordnung integrieren, dürfte sich daran auch in Zukunft wenig ändern. Denn gerade weil das „Reich der Mitte“ eine exportorientierte Volkswirtschaft ist und den größten Posten der im Ausland gehaltenen US-Staatspapiere hält,<sup>26</sup> hat es ein eigenes Interesse an Stabilität und Kurswert der amerikanischen Währung. Insgesamt hat sich nichts an dem Befund geändert, dass die USA zu den größten Gewinnern der Globalisierung zählen.

Im Bildungssektor ist die Lage ebenfalls nicht so düster, wie vielfach behauptet. Große Absolventenzahlen sagen wenig über die Qualität der Ausbildung und die Fähigkeiten der Studierenden aus. Amerikanische Universitäten und Business Schools gehören nach wie vor zu den besten der Welt. Schließlich liegen die USA auch im Bereich der Bildungsinvestitionen, die häufig als kritische Variable für die zukünftige Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit eines Landes angesehen wird, deutlich an der Spitze.

## Irak und Afghanistan: Moment des amerikanischen Niedergangs?

Bleiben die beiden Kriege im Irak und in Afghanistan als ausschlaggebendes Moment des amerikanischen Niedergangs. Beide Kriege waren und sind mit enormen personellen und finanziellen Kosten verbunden. Sie haben die amerikanischen Streitkräfte an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gebracht und gezeigt, dass auch ein in konventioneller Hinsicht haushoch überlegener Akteur verwundbar für irreguläre und asymmetrische Methoden der Gewaltanwendung ist. Damit hat sich nicht nur aufs Neue bestätigt, dass militärische Überlegenheit keinen politischen Erfolg garantiert. Vielmehr ist darüber hinaus der Respekt vor der amerikanischen Militärmacht ob ihrer augenfällig demonstrierten Verwundbarkeit weltweit gesunken. Demütigende Verhörmethoden, die auch die Anwendung

<sup>26</sup> Vgl. Niall Ferguson, *Der Aufstieg des Geldes. Die Währung der Geschichte*, Berlin 2010, S. 296.

von Folter eingeschlossen, sowie Kriegsverbrechen wie die Erschießung verwundeter Iraker und schließlich die dramatische Einschränkung ziviler Freiheiten in den USA selbst haben der Attraktivität und Beliebtheit der Vereinigten Staaten weltweit schwer geschadet.

Mit der Wahl Barack Obamas hat sich das Bild Amerikas in den Augen der Welt jedoch wieder deutlich verändert. Überhaupt scheint die Weltöffentlichkeit fähig zur Differenzierung. So wurde die amerikanische Bevölkerung im vergangenen Jahrzehnt im Schnitt deutlich besser beurteilt als die USA insgesamt.<sup>27</sup> Von einem nachhaltigen Schaden – auch mit Blick auf die traditionellen Verbündeten – ist damit nicht auszugehen.

Egal, wie man den Irak-Krieg politisch bewertet, er wird die USA nicht in den Bankrott treiben. Und trotz aller Ambivalenz hinsichtlich seines militärischen Erfolges, eines hat er jedenfalls bewiesen: Das amerikanische Militär ist in der Lage, während eines laufenden Konflikts seine Doktrin zu ändern und effektiv zur Anwendung zu bringen. Auch wenn der Stern von *Counterinsurgency* inzwischen tendenziell im Sinken begriffen ist,<sup>28</sup> ist die im Irak erfolgte Umstellung ein eindrucksvoller Beweis der Adaptions- und Innovationsfähigkeit sowie des unbedingten Erfolgswillens des amerikanischen Militärs. Angesichts dieser Eigenschaften stehen die Chancen gut, dass das US-Militär auch in zukünftigen Krisen und Kriegen fähig sein wird, sich anzupassen und weiterzuentwickeln, und auf diese Weise eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt der amerikanischen Vorherrschaft zu schaffen.<sup>29</sup>

Insgesamt hat der *Global War on Terror* durch den drastischen Anstieg des amerikanischen Verteidigungshaushalts seit 2001 und die operativ-taktischen, aber auch technologischen Innovationen beispielsweise im Bereich unbemannter Flugobjekte, den Abstand

<sup>27</sup> Vgl. Most Muslim Publics Not So Easily Moved. Confidence in Obama Lifts U.S. Image around The World. 25-Nation Pew Global Attitudes Survey, Washington, D. C. 2009, 15 ff., S. 31 ff.

<sup>28</sup> Vgl. David Ucko, *Counterinsurgency and Its Discontents. Assessing the Value of a Divisive Concept*, SWP-Research Paper, Berlin 2011.

<sup>29</sup> Vgl. James Kurth, *Pillars of the Next American Century*, in: *The American Interest*, (2009) 6, S. 8.

zu den nachfolgenden Staaten eher vergrößert, als dass dieser kleiner geworden wäre. Eine direkte und symmetrische Konfrontation Amerikas ist damit für potenzielle Gegner in absehbarer Zukunft nicht zu gewinnen. Trotz der von Präsident Obama angekündigten Kürzungen des Verteidigungsetats von insgesamt 400 Milliarden US-Dollar in den kommenden zwölf Jahren bleiben die USA damit gerade mit Blick auf den Bereich der *hard power* nicht nur die „erste Weltmacht im Weltmaßstab“, sondern auch die einzige.<sup>10</sup>

## Enorme Selbsterneuerungskräfte

Es bestehen gute Gründe für die Annahme, dass sich die Abgesänge auf Amerika auch dieses Mal als falsch herausstellen. Angesichts der Alternativen – etwa einem national-kommunistischen China oder einem autokratischen Russland als Weltordnungsmacht Nummer eins – ist dies nicht nur eine realistische, sondern auch eine wünschenswerte Perspektive.

Die enormen Selbstheilungs- und Selbsterneuerungskräfte der USA machen einen absoluten Niedergang amerikanischer Macht in absehbarer Zukunft unwahrscheinlich. Selbst wenn andere Mächte im internationalen System an Bedeutung gewinnen, werden auch die kommenden Jahrzehnte in überwältigender Weise von den amerikanischen Ideen und Idealen dominiert sein.

Der aktuell zu beobachtende Trend, den Niedergang der amerikanischen Macht herbei zu schreiben, ist eher als Ernüchterungsprozess und Reaktion auf die amerikanischen Selbstüberhöhungen um die Jahrtausendwende zu verstehen. Denn so hypermächtig, wie zeitweilig angenommen, sind die Vereinigten Staaten in einem durch ständig zunehmende Interdependenz- und Verflechtungsprozesse gekennzeichneten internationalen System, das durch eine sich globalisierende Weltwirtschaft gestützt wird, nie gewesen.

<sup>10</sup> Vgl. Lothar Rühl, *Das Reich des Guten. Machtpolitik und globale Strategie Amerikas*, Stuttgart 2005, S. 28.

Marcel Hartwig

# Der 11. September im nationalen Bewusstsein der USA

Auch zehn Jahre nach dem 11. September 2001 sind die Folgen der Terroranschläge noch immer spürbar. Dies wird nicht nur am gegenwärtigen Umgang der USA mit der Terrorgefahr deutlich wie etwa im Hinblick auf die Weiterführung von Militärtribunalen statt Zivilgerichten für Terrorverdächtige, das Festhalten an der unbeschränkten Be-

**Marcel Hartwig**

Dr. phil., geb. 1981; Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Universität Siegen, Philosophische Fakultät, Adolf-Reichwein-Straße 2, AR-H 209, 57068 Siegen. hartwig@anglistik.uni-siegen.de

haft in Guantanamo Bay, die fortwährenden Debatten um globale Sicherheitspolitik und die Fortsetzung des Krieges in Afghanistan. Auch die Teilnahme einzelner Länder am „Krieg gegen den Terror“ und die Notwendigkeit innenpolitischer Maßnahmen zur Terrorprävention bezeugen die Folgen des 11. Septembers in Europa. Die Möglichkeit, „bemannte Geschosse“ als Waffen zu nutzen, wie der amerikanische Autor Don DeLillo die Flugzeuge vom 11. September 2001 trefflich bezeichnete,<sup>1</sup> erregt die Gemüter spätestens wieder seit der Fukushima-Katastrophe. Als etwa Bundesumweltminister Norbert Röttgen im März 2011 seinen Prüfkatalog für die Widerstandsfähigkeit der 17 deutschen Atomkraftwerke vorlegte, standen Flugzeugabstürze ganz oben auf der Liste.

Die dominanten Bilder jenes Tages – die brennenden Twin Towers, sich von den Dächern des World Trade Centers (WTC) stürzende Menschen, ein in Schutt und Asche liegendes Manhattan – haben sich nachhaltig ins kollektive Bewusstsein gebrannt. Heute sind

<sup>1</sup> Don DeLillo, *In the Ruins of the Future*, in: *Harper's Magazine*, (2001) 12, S. 35.

sie fester Bestandteil jedes Antiterrorsszenarios. Die Anschläge haben somit nicht nur das internationale Sicherheitsempfinden verändert, sondern auch das nationale Bewusstsein einiger westlicher Gesellschaften.

## Nationale Ängste und die Rolle der Zwillingstürme

Im April 2009 lebten für viele New Yorker die Bilder der Anschläge wieder auf: Eine Boeing 747 begleitet von zwei F-16-Kampffjets kreiste im Tiefflug über Lower Manhattan. Die in Aufruhr versetzten Bürger verließen ihre Büros, wählten den Notruf und sprachen vielerorts von einem zweiten „9/11“. Die Reaktionen verdeutlichen, dass in New York noch nicht alle zur Tagesordnung übergegangen sind. Im Gegenteil: Schock, Trauer und Aufruhr sitzen nach wie vor tief. Nicht zuletzt waren es diese unterbewussten Ängste, die Hunderte New Yorker nach der Verkündung von Osama bin Ladens Tod im Mai 2011 zu ungezwungenen und unüberlegten Freudentänzen vor den laufenden Kameras internationaler Medien animierten.

Es ist anzunehmen, dass sich die Angst vor einem „zweiten“ 11. September auch deswegen unbewusst und emotional festgesetzt hat, weil die Terrorangriffe weltweit über Fernsehbilder mitverfolgt werden konnten. Es sind die Größe und die symbolische Macht der Angriffe, die dem zerstörten WTC das Sinnbild einer emotionalen Wunde geben: Schließlich wird dadurch der Glaube an die Unverwundbarkeit der USA erschüttert. Auch außerhalb der USA ist der symbolische Charakter von „9/11“ nachvollziehbar, gilt das WTC neben dem Pentagon als ein „globales Symbol für Amerika“. Während das Pentagon als militärisches Ziel gelten kann, markiert das zerstörte WTC die zivile Katastrophe.

Daher ist der 11. September heute ein Datum, das mit den dominanten Bildern der Anschläge in New York und Washington eng verwoben ist. Die Kognitionspsychologen Roger Brown und James Kulik bezeichnen solch ein Phänomen als Blitzlichterinnerung (*flashbulb*

*memory*). Hierunter zählen jene Erinnerungen, „die den Moment bezeichnen, an dem eine Person zum ersten Mal von einem sehr überraschenden und emotional aufrüttelnden Ereignis erfährt. Als prototypisch kann die Nachricht von der Ermordung Präsident John F. Kennedys gelten. Jeder kann sich lebhaft daran erinnern, wo er war, als er diese Nachricht erhalten hat, was er gerade gemacht hat, wer ihm davon erzählt hat, und was unmittelbar danach passiert ist.“<sup>14</sup> Demnach ist es gerade die emotionale Relevanz der Bilder eines solchen Ereignisses, die sie zu einem medialen Speicher für eine kollektiv geteilte Erfahrung erheben. Selbiges trifft für die zahlreichen Aufnahmen der brennenden Zwillingstürme zu: Aufgrund der häufig wiederholten Bilder von der Kollision der Flugzeuge mit dem WTC entstand mit den Medienberichten über die Angriffe zeitgleich das ikonische Bild der Anschläge; die Vernichtung der beiden Türme bleibt bis heute bildlicher Auslöser der Blitzlichterinnerung an jenen Tag.

Doch weshalb können Bilder von brennenden Türmen einen national relevanten Sinn erhalten? Die Antwort ist zunächst in der nationalen Bedeutung des WTC zu suchen. Es stand vor allem für die wirtschaftliche und finanzielle Machtposition des Landes.<sup>15</sup> Das war jedoch nicht immer der Fall: Vor den Anschlägen war das WTC für viele ein kühler Bürokomplex und ein wenig beliebtes Bauwerk. Noch bevor der Architekt Minoru Yamasaki die zwei Türme des WTC im Jahr 1973 fertigstellte, wurde kritisiert, dass der moderne Monolith „New York seines Charakters berauben, die Skyline ruinieren und nachhaltig den Fernsehempfang stören“ würde.<sup>16</sup> Bis zum ersten Terroranschlag auf das Gebäude am 26. Februar 1993 galt das WTC sogar als „unamerikanisch“, weil ein großer Teil des benötigten Stahls aus Japan importiert wurde.<sup>17</sup>

Doch nach seiner Fertigstellung veränderte das WTC sukzessive die wahrgenommene

<sup>14</sup> Vgl. Handelsblatt vom 28. 4. 2009.

<sup>15</sup> Vgl. Barbara Frederickson et al., What Good Are Positive Emotions in Crises?, in: Journal of Personality and Social Psychology, 84 (2003) 2, S. 365–376.

<sup>14</sup> Roger Brown/James Kulik, Flashbulb Memories, in: Cognition, 5 (1977), S. 75.

<sup>15</sup> Vgl. Jon Bird, The Mote in God's Eye, in: Journal of Visual Culture, 2 (2003) 1, S. 90.

<sup>16</sup> Borgna Brunner, Time Almanac 2003, Boston 2002, S. 445.

<sup>17</sup> Claus Daufenbach, Ground Zero & Vietnam, in: Sabine Sielke (Hrsg.), Der 11. September 2001, Frankfurt/M. 2002, S. 225.

Raumidentität von New York City, und das Bauwerk erhielt eine nach außen wirkende repräsentative und identitätsstiftende Funktion. Insbesondere über die Populärkultur erreichte die neue Skyline von Manhattan ein Massenpublikum: Aufnahmen der Zwillingstürme aus der Vogelperspektive wurden zur unausgesprochenen Regel für zeitgenössische Bildaufnahmen der Stadt. Sie prägten die Wahrnehmung und die Symbolhaftigkeit der Twin Towers als finanzielles Machtzentrum und für den von ihnen ausgehenden technologischen Fortschritt. Mit dem ersten Terroranschlag auf das WTC im Jahr 1993 verstummten letztlich auch die Kritiker des Baus, und das WTC wurde zu einem national relevanten Symbol.

Der Dichter David Lehman fasst diesen Wandel zusammen: „I never liked the World Trade Center (...)/The twin towers were ugly monoliths/That lacked the details the ornament the character/Of the Empire State Building and especially/The Chrysler Building, (...)/The World Trade Center was an example of what was wrong/With American architecture,/And it stayed that way for twenty-five years/Until that Friday afternoon in February/When the bomb went off and the buildings became/A great symbol of America, like the Statue/Of Liberty at the end of Hitchcock's Saboteur. (...) I began to like the way/It comes into view as you reach Sixth Avenue/From any side street, the way the tops/Of the towers dissolve into white skies/In the east when you cross the Hudson/Into the city across the George Washington Bridge.“<sup>8</sup>

Aufgrund dieser herausragenden nationalen Bedeutung bedurfte die Zerstörung des mächtigen Symbols einer sinnstiftenden Erzählung, um ihren Ereignischarakter auch verbal greifbar zu machen. Denn am 11. September 2001 schien für viele Menschen in New York und den USA die Zeit stehengeblieben zu sein. Es fehlten die Worte, um die Emotionen, die angesichts der Bilder von den brennenden Türmen aufkamen, zu beschreiben. Die Medien zitierten an jenem Tag wiederholt Sätze wie „A horrific event“, „There are no words“ oder „I can't imagine anything worse than this“. Verbale „Unzugänglichkeit“ gilt als typisches Symptom für psychoanaly-

<sup>8</sup> David Lehman, World Trade Center, in: Paris Review, 136 (1995) 4.

tische Traumata, weshalb die Professorin für Internationale Beziehungen Jenny Edkins die Ereignisse vom 11. September als traumatisch für die US-Gesellschaft deutet.<sup>9</sup> Dieses Phänomen bestätigt die Beobachtungen des Philosophen Slavoj Žižek über die Veränderung der symbolischen Ebenen wahrgenommener Realität nach dem 11. September: „Nicht die Realität ist in unsere bildliche Vorstellung eingebrochen, sondern das Bild ist in unsere Realität eingedrungen und hat sie zerschmettert.“<sup>10</sup> Doch wie ist zu erklären, dass „9/11“ noch immer als Katalysator für den anhaltenden „Krieg gegen den Terror“ gelten kann?

## Der 11. September als national relevante Erzählung

Der Bedarf nach einer unmittelbaren Erklärung für die Terrorangriffe war erwartungsgemäß groß. Erste Medienberichtersterter lenkten die Aufmerksamkeit zunächst auf die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), die bereits im September 1970 in Jordanien vier Flugzeuge auf dem Weg nach New York entführt hatten. Als schließlich am 11. September 2001 auch der United-Airlines-Flug 93 in Pennsylvania abstürzte, mutmaßten andere in Anspielung auf die Friedensverhandlungen zwischen Ägypten und Israel vom 11. September 1978, dass das Ziel der Maschine Camp David gewesen wäre. Andere, durch das Datum vorgefertigte Erklärungen bleiben unerwähnt wie etwa der durch den US-Auslandsgeheimdienst CIA unterstützte Staatsstreich in Chile vom 11. September 1973, der in seiner Folge viele „Extremtraumatisierte“ und eine ähnliche Opferzahl wie 2001 in New York forderte. Oder die am 11. September 1990 vom damaligen US-Präsidenten George H. W. Bush verkündete „New World Order“, die von manchen auch als „Kampfanzeige an Kapitalismusegner“ wahrgenommen wurde.<sup>11</sup> Bevor sich also die öffentlichen Diskurse auf Auslöser und Erzählung einigten, erfolgten zugleich Wiederholung und Repression vorgefertigter Erinnerungen, die an symbolische Koordinaten der Realitätswahr-

<sup>9</sup> Vgl. Jenny Edkins, Forget Trauma?, in: International Relations, 16 (2002) 2, S. 243.

<sup>10</sup> Slavoj Žižek, Passions of the Real, in: David Slocum (ed.), Hollywood and War, New York 2006, S. 93.

<sup>11</sup> Vgl. Daniel Singer, Braving Bush's New World Order, in: The Nation vom 25. 3. 1991, S. 370.

nehmung (wie eben ein bestimmtes Datum) gekoppelt waren. Der Rückgriff auf historische Kontexte zur Erklärung des Ereignisses bedingte sich aus der dem Ereignis inhärenten verbalen „Unzugänglichkeit“.

Die amerikanische Vergangenheit als Erklärungsmuster für die empfundene Gegenwart unterstützt die Herausbildung eines narrativen Kontextes. Aufgrund der unmittelbaren Medienpräsenz und der indirekten globalen Teilnahme eines jeden Zuschauers an den Ereignissen über die Fernsehbildschirme benötigte es keiner größeren „Latenzzeit“,<sup>12</sup> um dem Auslöser für „9/11“ einen historischen Kern zuzuschreiben und die Ereignisse als „Angriff“ beziehungsweise „Kriegserklärung“ darzustellen. Dadurch wurde auch die „terminologische Leerstelle“ sinnstiftend gefüllt und die verbale „Unzugänglichkeit“ aufgehoben. Auch ein Aggressor war schnell in aller Munde: Osama bin Laden, der vermeintliche Kopf des seit den frühen 1990er Jahren ausgemachten „Neuen Terrorismus“.<sup>13</sup> Nahezu zeitgleich stimmen die Medienberichte in dieser historisch-sequenziellen Auslegung überein.

Aber nicht nur der „Neue Terrorismus“ zirkulierte als sinnstiftender, narrativer Abschluss. So kommentiert der damalige Senator Nebraskas Charles Hagel die „Angriffe“ mit: „This is the second Pearl Harbor. I don't think that I overstate it.“ Diese Rhetorik findet sogar ihren Weg in US-Präsident Bushs Tagebuch, der den Tag als „Pearl Harbor des

<sup>12</sup> Sigmund Freud entlehnt den Begriff der „Latenzzeit“ aus der Neurosenforschung. Sie markiert die Zeit „zwischen den ersten Reaktionen auf das Trauma und dem späteren Ausbruch der Erkrankung“. Sigmund Freud, *Der Mann Moses und die monotheistische Religion*, in: Alexander Mischerlich et al. (Hrsg.), *Freud-Studienausgabe*, Bd. IX, Frankfurt/M. 2000, S. 526, S. 553.

<sup>13</sup> Vgl. Steven Simon/Daniel Benjamin, *America and the New Terrorism*, in: *Survival*, 42 (2000) 1, S. 59. Die Autoren halten für die Begriffsdefinition fest: „Der ‚Neue Terrorismus‘ tritt während Präsident Clintons Amtszeit hervor: Hierzu zählen die Bombenanschläge auf das World Trade Center von 1993 und damit in Verbindung stehende Komplotte, der 1996 verübte Bombenanschlag auf das Alfred P. Murrah Federal Building in Oklahoma City, die Bombenangriffe in Ostafrika aus dem Jahr 1998 und der 1995 begangene Sarin-Giftgasanschlag auf die U-Bahn von Tokio (...) Obgleich die Wurzeln des Neuen Terrorismus weit gestreut sind (...), ist das Gesicht dieses Phänomens Osama bin Laden.“

21. Jahrhunderts“ notiert.<sup>14</sup> Die Bezugnahme auf Parallelen zum Zweiten Weltkrieg im bereits fünf Tage nach den „Angriffen“ so benannten „Krieg gegen den Terror“ schien nahezu kritikfrei vonstatten gegangen zu sein. Evident wird dies mit der Übernahme des Begriffs „Ground Zero“ (ein in militärischen Fachdiskussionen hauptsächlich im Zusammenhang mit nuklearen Explosionen, vor allem im Zusammenhang mit Hiroshima und Nagasaki verwendeter Begriff): Der Atombombenabwurf auf Japan und die damit verbundene Zerstörung werden übergangen, stattdessen findet eine Übertragung dieser Erinnerung auf den Überraschungsangriff vom 7. Dezember 1941 und den anschließenden Eintritt in den Zweiten Weltkrieg statt, der für die USA gemeinhin als ein „guter Krieg“ galt.<sup>15</sup>

Der Verwendung bemannter Flugzeuge scheint ein metaphorischer Bezug auf die einstigen japanischen Kriegsgegner innezuwohnen, und auch der unerwartete Charakter der Angriffe vom 11. September kommen dem Verständnis einer Heimtücke nahe. Der 11. September rückt damit in der amerikanischen Historiografie in sprachbildliche Nähe zum „Tag der Schande“ (7. Dezember 1941), dem Tag, an dem japanische Luftstreitkräfte die Marinestation Pearl Harbor in der Nähe von Honolulu angriffen.

So wundert es nicht, dass bereits am 12. September 2001 die Terrorangriffe als ein *New Day of Infamy* („Neuer Tag der Schande“) in den amerikanischen Tageszeitungen betitelt wurden. Über diese Zuschreibung hat der 11. September nicht nur den Sinn eines heimtückischen Angriffes feindlicher Kräfte auf die amerikanische Nation zugeschrieben bekommen. Vielmehr ist er über diesen Bezug zu einem Moment von besonderer nationaler Relevanz geworden, da er sich hierüber in eine logische und historiografisch belegbare Folge der amerikanischen Machtposition einreihet.

## Zweites „Pearl Harbor“?

Viele Nachrichtensprecher, Zeitungen und öffentliche Einrichtungen adaptierten Refe-

<sup>14</sup> Zit. nach: Emily S. Rosenberg, *A Date Which Will Live*, Durham–London 2003, S. 175.

<sup>15</sup> Vgl. Stud Terkel, *The Good War*, New York 1997.

renzen auf „Pearl Harbor“ und den Zweiten Weltkrieg in ihrer Sprache und ihren Sendeprogrammen: In den Nachrichten wird vom „Pearl Harbor of Terrorism“ gesprochen; der *New Yorker* platziert online die „Talk of the Town“-Kolumne vom 20. Dezember 1941, um die Stimmung nach „Pearl Harbor“ mit der vom 11. September zu vergleichen; die Library of Congress reinitiiert das „Witness and Response“-Zeitzeugen-Projekt, 60 Jahre nach seinem ersten und einzigen Durchlauf anlässlich des Angriffs auf Pearl Harbor.<sup>16</sup>

Beobachter schlussfolgerten aus den in den Nachrichten, Dokumentarfilmen und im Kino vielfach mediatisierten Pearl-Harbor-Erinnerungen, dass es in der Zeit nach den Terroranschlägen einen starken Bedarf gegeben habe, für das Ereignis einen bestimmten historischen Kontext herzustellen.<sup>17</sup> Dieses Bedürfnis schienen viele Staatsbürger zu teilen, besuchten sie doch unmittelbar nach den Angriffen verstärkt das USS Arizona Memorial auf Hawaii, jenen zum Gedenken an die Opfer des japanischen Überraschungsangriffs auf Pearl Harbor eingerichteten Erinnerungsort.<sup>18</sup> Zwar mögen die Unterschiede der Angriffe auf Pearl Harbor und der vom 11. September 2001 offensichtlich sein: Der eine gilt als militärische Operation knapp 2500 Meilen vor der Westküste auf dem Territorium der Vereinigten Staaten, die anderen als terroristische Anschläge mit zivilen Opfern mitten in den militärischen und finanziellen Zentren der USA. Dennoch lassen „die als infam und heimtückisch verstandenen Angriffe diese Kluft verschwinden. (...) Der 7. Dezember 1941 erscheint der amerikanischen Führung als ein Präzedenzfall dafür, wie ein Trauma nicht nur zu überwinden ist, sondern (...) auf Jahre hinaus patriotischen Profit abwirft.“<sup>19</sup>

„Pearl Harbor“ und „9/11“ als *nationale Traumata* verstanden, bestärken ein *Nationalgefühl* mit der Folge, dass diese Traumataerfahrung auch für eine Kriegsrechtfertigung funktionalisiert werden kann. Diese Art der

<sup>16</sup> Vgl. E. S. Rosenberg (Anm. 14), S. 175 ff.

<sup>17</sup> Vgl. Marcia Landy, *America under Attack*, in: Wheeler Winston Dixon (ed.), *Film and Television after 9/11*, Carbondale 2004, S. 84.

<sup>18</sup> Vgl. Yujin Yaguchi, *War Memories across the Pacific*, in: *Comparative American Studies*, 3 (2005) 5, S. 345–360.

<sup>19</sup> C. Daufenbach (Anm. 7), S. 229.

Trauerarbeit kann unter Umständen zur Verdrängung des Traumas selbst beitragen: Die Trauer wird abgelöst durch das öffentliche Bekenntnis zu nationalen Mythen, sowohl auf politischer als auch auf kultureller Ebene. Beide Ereignisse können daher als zwei identitätskonstituierende Eckpfeiler der USA als Weltmacht gelten: In der Stilisierung beider Ereignisse als Zeitkoordinaten des *American Century* scheint ihre wesentliche historische Funktion darin zu bestehen, epochale Momente zu markieren, in denen die verschiedenen Kluften in der Gesellschaft verschwinden und eine geschlossene amerikanische Nation einem gemeinsamen Feindlich-Fremden gegenübersteht.

Mit anderen Worten: Im Kontext amerikanischer Geschichte versinnbildlichen „Pearl Harbor“ und „9/11“ zuallererst eine durch äußere Kräfte zerstörte Machtposition. Jedoch ist es der amerikanischen Nation durch gemeinsamen Zusammenhalt und gesellschaftsweiten Entbehrungen gelungen, mit dem Triumph im Zweiten Weltkrieg auch „Pearl Harbor“ zu einer Erfolgsgeschichte zu wandeln. Im Freudschen Sinne findet somit in der Zuschreibung des 11. September als ein „Neuer Tag der Schande“ eine Wiederholung von Verdrängungsprozessen statt, indem allein das Erinnerungswerte wiederholt wird: „Remember Pearl Harbor“ im global verstärkten „The World Will always Remember September 11“, wie der ehemalige Präsident George W. Bush am 11. Dezember 2001 verkündete – ein zweites „Pearl Harbor“ als *Reenactment* (zwanghafte Wiederholung) des gemeinhin letzten „guten Krieges“.

Weiterhin bestätigt die wiederkehrende Erinnerung an „Pearl-Harbor“ die nationale Identität der USA als Großmacht in dem zwanghaften Verweis auf ihren Ursprung aus dem Zweiten Weltkrieg. Die zivile Katastrophe „9/11“ bekommt mit dem „Ground Zero“ einen militärischen Charakter und gipfelt im „Krieg gegen den Terror“. Nahezu einstimmig wird das Kriegsmotiv in den öffentlichen Diskursen weitergereicht. Die brennenden Zwillingstürme sind das fixierte Moment der „9/11“-Erinnerung, das kollektiv abrufbar und neu erfahrbar ist. Das spezifische Leid der individuell traumatisierten Subjekte verschwindet in einem kollektiven Traumadiskurs. Die Überreste des zerstörten World Trade Centers sollen für die nächsten Jahre ein mit blickdich-

ten Bauzäunen umgebenes „Loch“ im Finanzzentrum der USA sein. Ebenso wie Fernsehkanäle das Zeigen verwundeter und toter Körper ablehnen, ist der Krieg aus dem eigenen Land in das ferne Afghanistan und später den Irak verlagert worden<sup>F20</sup> – Dieses Vorgehen markiert das nationale Trauma „9/11“ als eine Verdrängungserinnerung.

## „9/11“ und der „gute Krieg“

Während „Pearl Harbor“ und „9/11“ Risse im narrativen Geflecht historischer Kontinuitäten eines amerikanischen Nationalstaates verursachten, liegt die Sicherung des übrigen „Gewebes“ über den Rückgriff auf Ursprungslegenden und national etablierte Symbole nahe. Nach den Angriffen vom 11. September soll der mit der Einrichtung der Heimatschutzbehörde und der Verabschiedung der USA Patriot Act (Gesetze zur Stärkung und Einigung Amerikas durch die Bereitstellung angemessener Instrumente zur Terrorismusbekämpfung) gestaltete „Sicherheitsstaat“ nicht nur das Land vor Feinden schützen, sondern auch die nationale Identität bewahren. Nun ist die Konstruktion einer nationalen Identität kein statischer Vorgang, sondern unterliegt einem ständigen Wandlungsprozess. Wenn nun die USA als „imaginierte Gemeinschaft“ nach dem Zweiten Weltkrieg in der Rolle einer Supermacht die internationale Bühne betreten und diese Macht einsetzen, um im Kalten Krieg den Blockstaaten die Stirn zu bieten, sind sie auch bestrebt, diese nationale Identität in neue Kontexte einzubinden.<sup>F21</sup>

Diskurse nationaler Identitätsbildung scheinen gekoppelt an eine Risiko- oder Gefahrenrhetorik. Die amerikanische Außenpolitik rechtfertigt kriegerisches Vorgehen im Ausland und den Einsatz individuellen Lebens für das Wohl der Nation. David Campbell, Kultur- und Politikwissenschaftler in Durham, erkennt in den außenpolitischen Diskursen der USA die gleichzeitig ablaufende Wissensproduktion von *Feind* und *na-*

*tionale Identität*, indem er festhält, dass die „Grenzen einer Staatsidentität durch die Repräsentation von Gefahren als integraler Bestandteil der Außenpolitik gesichert sind.“<sup>F22</sup> Um sicherzustellen, dass der Staat seine Grenzen und seine Bevölkerung in der evolierten Risikosituation zu schützen vermag, ist die Konstruktion eines Feindlich-Fremden zur Wahrung nationaler Identität nötig. Diese Darstellung findet eben nicht nur in der amerikanischen Außenpolitik statt, sondern durchzieht die gesamte Nation.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die „Pearl Harbor“-Erinnerung, indem sie ein sinnstiftendes Bezugssystem zur „9/11“-Erinnerung aufbaute, auch Einfluss auf die Darstellung von Selbst- und Feindbildern ausübte. Diese spiegelte sich auch in den öffentlichen Diskursen wider: So ließ sich beispielsweise das Time-Magazin in seiner Trennung zwischen Selbst- und Feindbild von der Kriegserinnerung leiten. Für das Titelbild zum Sturz von Saddam Hussein wählte die Ausgabe vom 21. April 2003 eine mit einem großen roten Kreuz durchgestrichene Portraitskizze des Diktators. Diese Darstellung erinnerte an die beiden Titelbilder zum Ende des Zweiten Weltkriegs: Am 7. Mai 1945 zeigte der Titel ein ebenso durchgestrichenes Portrait von Adolf Hitler, am 20. August desselben Jahres wählte das Magazin eine schwarz durchkreuzte japanische Flagge. Dieselbe Darstellung wählte das Nachrichtenmagazin nach der Meldung vom Tod Osama bin Ladens. Der amerikanischen Bevölkerung ist im April 2003 der Vergleich zwischen Hitler und Hussein durchaus bekannt: Wie eine Evaluation der amerikanischen Medien im Jahr 1990 ergab, fiel er zum Beispiel bis zum Ausbruch des Zweiten Golfkrieges im August desselben Jahres allein 1170 Mal.<sup>F23</sup> Auch auf Osama bin Laden trifft dieser Vergleich zu: Gilt er im öffentlichen Verständnis doch als Verkörperung des „Islamfaschismus“.<sup>F24</sup>

Am 2. Mai 2011 gibt US-Präsident Barack Obama den Tod Osama bin Ladens bekannt.

<sup>F22</sup> Ebd., S. 3.

<sup>F23</sup> Vgl. Wolfram Wette, Wem der Vergleich Saddam Husseins mit Adolf Hitler dient, in: Frankfurter Rundschau vom 29.3.2003.

<sup>F24</sup> Vgl. Daya Kishan Thussu, Televising the ‚War on Terrorism‘, in: Anandam P. Kavoori/Todd Fraley (eds.), Media, Terrorism and Theory, Lanham 2006, S. 3–19.

<sup>F20</sup> Vgl. Elisabeth Goren, Society’s Use of the Hero Following a National Trauma, in: The American Journal of Psychoanalysis, 67 (2007) 1, S. 45.

<sup>F21</sup> Vgl. David Campbell, Writing Security: United States Foreign Policy and the Politics of Identity, Manchester 1992, S. 9.

Wie diese Nachricht die Perspektive auf den „Krieg gegen den Terror“ zukünftig verändert, kann und soll an dieser Stelle nicht prognostiziert werden. Anzunehmen ist jedoch eine Veränderung im Umgang mit den hier diskutierten medialen Repräsentationen von „9/11“. So fragt zum Beispiel bereits am gleichen Tag der amerikanische Journalist Kevin Fallon: „Will bin Laden’s Death Make 9/11 Movies Easier to Watch?“<sup>25</sup> Eine Antwort darauf ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich. Jedoch haben bereits im Zweiten Weltkrieg die amerikanischen Erfolge in der Schlacht um die Midway-Atolle 1942 eine Wende im Kriegskino ermöglicht. Plötzlich war ein Sieg in Aussicht und das Kriegskino populärer denn je. Dem „Spiegel“ zufolge gibt es derzeit ein starkes Bedürfnis, alsbald einen Hollywoodfilm über die Operation zur Tötung Osama Bin Ladens zu drehen, eine der favorisierten Anwärterinnen sei Kathryn Bigelow: Das Projekt „Kill bin Laden“ soll von der Oscar-Gewinnerin 2010, die mit ihrem Kriegsfilm „Tödliches Kommando – The Hurt Locker“ im Jahr 2008 ein Drama um ein Bombenräumungskommando im Irak verfilmte, bereits Anfang 2012 in die Kinos kommen.

Wie auch immer sich die Reaktionen auf das mediale und hier als national relevant diskutierte Bild eines brennenden WTC in den kommenden Monaten verändern mögen, gewiss ist jedoch, dass sich im Jahr 2011 der 11. September zum zehnten und „Pearl Harbor“ zum 70. Mal jähren. Für beide Jahrestage sind Fertigstellungen beziehungsweise Veränderungen an den Erinnerungsorten angekündigt. Wie diese Pläne andeuten, werden beide Ereignisse in der nationalen Erinnerungsarbeit in einem engen Zusammenhang bleiben. Damit kann die bisher tradierte Traumaerinnerung an „Pearl Harbor“ in „9/11“ fortbestehen und findet so einen Weg in das kulturelle Gedächtnis der USA. In dieser Weise prägt sie voraussichtlich noch über viele Generationen als national relevante, epochale Geschichtswende nachhaltig das Selbstbild der Nation.

<sup>25</sup> Kevin Fallon, Will bin Laden’s Death Make 9/11 Movies Easier to Watch?, in: The Atlantic vom 2.5.2011.

*D. K. Gamino · M. de los Reyes García Márkina · A. Suliman · G. Pörzgen*

## Der 11. September als globale Zäsur? Wahrnehmungen aus Lateinamerika, Nahost, Russland und Indonesien

*Doris K. Gamino*

### Indonesien nach dem 11. September

Die Nachricht vom Tod des weltweit meistgesuchten Terroristen Osama Bin Laden kam zu einem Zeitpunkt, der symbolträchtiger kaum hätte sein können: nur wenige Monate vor dem 10. Jahrestag der verheerenden Anschläge auf das New Yorker World Trade Center und das Pentagon in Washington, bei denen fast 3000 Menschen ihr Leben verloren hatten. Das Ende der Ära Bin Ladens wurde in Indonesien mit javanischer Höflichkeit zur Kenntnis genommen. Eine offizielle Stellungnahme aus dem Präsidentenpalast gab es nicht. Präsident Susilo Bambang Yudhoyono ließ auf Anfrage verlauten, dass Indonesien die Haltung der meisten Nationen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus teile, und dass man nicht nachlassen werde, terroristische Netzwerke zu zerschlagen. Er berief eine Sondersitzung mit Vertretern der Polizei, des Militärs und dem Chef des Geheimdienstes ein, um die durch den Tod Bin Ladens veränderte nationale Sicherheitslage zu erörtern. Polizei und Militär wurden umgehend in Bereitschaft versetzt und die Bevölkerung zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen: „Wir rech-

**Doris K. Gamino**

M.A., geb. 1958; Studium der Germanistik, Hispanistik und Erwachsenenpädagogik sowie (postgrad.) Buch- und Medienpraxis; Publizistin und Journalistin; Mitglied der International Press Association; lebt in Jakarta/Indonesien.

nen mit allem, nichts kann ausgeschlossen werden“, war von einem Sprecher des Präsidenten zu hören.

Champagnergelage und jubelnde Menschenmengen, wie sie in Fernsehbildern aus den USA zu sehen waren, suchte man in der indonesischen Hauptstadt freilich vergeblich. Die Devise lautete: Zurückhaltung und unter allen Umständen Provokationen vermeiden.

So ist es nicht verwunderlich, dass die Front Pembela Islam (Islamische Verteidigungsfront, FPI), eine der aktivsten und militantesten islamistischen Organisationen Indonesiens, unbehelligt zu Massengebeten und „Bin-Laden-Gedenkgottesdiensten“ in ihren *headquarters* im Zentrum Jakartas aufrufen konnte und ihr Anliegen frech per SMS an die Online-Zeitung „Tempointeraktiv.com“ sandte; Ortsangabe und Zeitpunkt inklusive. Galt der Al Qaida-Chef den islamistischen Gruppen in Indonesien schon lange als Held und Prophet, wurde er durch seine Ermordung über Nacht zum Märtyrer.

Unterstützung für ihr Anliegen fanden die Islamisten bei Mustafa Kamal, einem führenden Politiker der stärksten islamischen Partei im Land, der Partai Keadilan Sejahtera (Gerechtigkeits- und Wohlfahrtspartei, PKS). Kamal drückte sein Verständnis für das Bedürfnis nach einer Trauerfeier für den Terroristen aus. Schließlich handelte es sich um Mitglieder der Gesellschaft, die ihren Überzeugungen Ausdruck verleihen wollten. Die PKS war bei den ersten freien Parlamentswahlen in 2004 fulminant mit einem Anti-Korruptionsprogramm gestartet und konnte auf Anhieb sieben Prozent der Stimmen auf sich vereinen; bei der Wahl in 2009 blieb sie jedoch mit acht Prozent hinter den Erwartungen zurück – nicht zuletzt wegen einiger bekannt gewordener parteiinterner Korruptionsfälle.

## Indonesiens „Zwang“ zur Solidarität

Zehn Jahre zuvor hatte die damalige Präsidentin Megawati Sukarnoputri, Tochter des Republikgründers Sukarno, gerade ihr delikates Erbe als Staatschefin angetreten. Nach 350 Jahren holländischer Kolonialmacht, an dessen Ende das damalige Niederländisch-Ostindien in blutigen Machtkämpfen zwischen Holländern, Briten und Japanern und im Krieg um

Unabhängigkeit aufgerieben war. Gefolgt von 22 Jahren glückloser Versuche ihres Vaters Sukarno, Indonesien als Nation zu einen und weiteren 32 Jahren unter der totalitären Herrschaft des Diktators Suharto, der zwar dem Land zu einiger Stabilität und wirtschaftlichem Erfolg verhalf, sein Volk aber gnadenlos unterdrückte, ausbeutete, ermorden ließ und am Ende in den wirtschaftlichen und politischen Ruin getrieben hatte. Sein privates Vermögen, das er bis zu seinem Sturz in 1998 beiseite geschafft hatte, wird auf 30 bis 60 Milliarden US-Dollar geschätzt. Zwei Interims-Regierungen unter Yusuf Habibie und Abdurrahman Wahid folgten, bis Megawati Sukarnoputri im Juli 2001 die Amtsgeschäfte des ethnisch, religiös und politisch zerrütteten und wirtschaftlich mehr als desolaten Staates übernahm.

Als die Präsidentin am 19. September 2001 auf Einladung des US-Präsidenten George W. Bush in die USA reiste, reiste sie mit schwerem Gepäck. Während der Suharto-Diktatur waren die USA Indonesiens wichtigster Handelspartner. Ihr fiel es nun zu, die junge Demokratie als stabiles und für Investitionen offenes Land zu bewerben, denn nichts brauchte Indonesien dringender als Geld.

Doch dann kam „9/11“, und was eigentlich als eine „Promo-Tour“ für amerikanische Investitionen gedacht war, entwickelte sich für Megawati zum politischen Balanceakt. Während indonesische Ökonomen einen Tag nach den Anschlägen noch erörterten, welche Auswirkungen die drohende Rezession in den USA auf die Ökonomien der Welt und die ohnehin darniederliegende Wirtschaft Indonesiens haben würde, meldeten sich schon zwei Tage nach „9/11“ einige politische Beobachter der Muhammadiyah Universität in Yogyakarta zu Wort, die George W. Bush nachdrücklich davor warnten, voreilig muslimische Gruppen für die Anschläge verantwortlich zu machen. Sie erinnerten daran, wie schnell die USA Muslimen die Verantwortung für den Bombenanschlag in Oklahoma in 1995 in die Schuhe schieben wollten, während die wirklichen Täter damals „hausgemachte“ amerikanische Terroristen gewesen seien. An Terrorakte und Bombenanschläge hatte sich Indonesien beinahe schon gewöhnt – das Machtvakuum nach dem Fall Suhartos hatte als Petrischale für konservative und radikale islamistische Gruppen wie die Laskar Jihad (LJ) und die FPI gedient –, betrachtete diese aber als ein nationales Problem.

Nicht so George W. Bush: Mit seinen den Anschlägen folgenden aggressiven Thesen vom „You're either with us or against us“ und des von ihm erklärten *Global War on Terror*, mit denen er die Anschläge umgehend von einem nationalen in ein weltumfassendes Problem umwidmete, ließ kaum einer Nation einen Ausweg. Ganz sicher keiner, die auf gute Beziehungen mit den USA so angewiesen war wie Indonesien. Bush erkannte seine Chance, die politisch unerfahrene Präsidentin des bevölkerungsreichsten muslimischen Staates der Welt als strategisch wichtige Verbündete einzubinden. Indonesien brauchte dringend Investitionen, und eine international sichtbare Imagepolitik konnte auf der Suche nach Geld nicht schaden. Megawati sicherte den USA noch während ihres Besuches ihre volle Unterstützung zu. Was zunächst nach einer *win-win*-Situation aussah, sollte sich schon bald als innenpolitisches Problem für die Präsidentin entpuppen.

Denn zuhause wurden Megawatis Zugeständnisse mit gemischten Gefühlen betrachtet. Eine enge Zusammenarbeit mit der Weltmacht USA wurde von vielen zwar als politischer Ritterschlag empfunden, und die Aussicht, endlich wieder im internationalen Reigen mitzutanzten, wertete das Land auf. Doch vorsichtiger Stimmen warnten schon bald davor, sich zu sehr mit den amerikanischen Zielen zu identifizieren. Denn für die meisten Indonesier waren die Anschläge auf amerikanische Ziele zu diesem Zeitpunkt noch ein rein amerikanisches Problem, und nicht wenige verorteten diese als Reaktion auf amerikanische Politik. Was hatte Indonesien damit zu tun?

Kaum zurück in der Heimat, musste Megawati auch schon massiv zurückrudern mit ihren Zugeständnissen. Als die USA schon Anfang Oktober mit militärischen Interventionen in Afghanistan begannen, war auch den moderaten Kräften im Land kaum mehr zu vermitteln, warum Indonesien sich am amerikanischen Krieg beteiligen und damit die tödlichen Angriffe auf Muslime mittragen sollte. Es kam zu landesweiten Demonstrationen. Auch Stimmen, die ein Ende der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu den USA forderten, wurden in der Folge lauter. Für radikale Gruppen wie die damals noch aktive militante LJ und die FPI waren die Angriffe auf Afghanistan Öl auf die antiwestlichen und proislamistischen Mühlen. Aber in einem Punkt waren sich Islamisten und moderate Gruppen einig: Indo-

nesien sollte die amerikanischen Rachefeldzüge gegen Afghanistan nicht unterstützen.

## Vom potenziellen Täter zum Opfer

Wachgerüttelt wurden die indonesische Bevölkerung und Politik erst durch die verheerenden und eindeutig antiwestlichen Bombenattentate auf Bali, dem Aushängeschild Indonesiens, im Oktober 2002. War die Bush-Regierung bis dahin wenig überzeugt von Megawatis *commitment* zum *War on Terror*, war Indonesien nun vom potenziellen Täter- ins Opfer-Lager gerutscht und damit auf derselben Seite. Die Nation war tief schockiert, Terrorismus war nicht mehr als ein rein amerikanisches oder indonesisches Problem abzutun. Gleichzeitig lieferten die Anschläge Megawati die innenpolitische Legitimation, sich nun mit größerer Zustimmung in der Bevölkerung dem *War on Terror* anzuschließen. Noch ahnte niemand, dass die USA nur wenige Monate später ein weiteres muslimisches Land, den Irak, bombardieren würden. Für die „Koalition der Willigen“ konnte Präsident Bush Indonesien allerdings nicht gewinnen.

Wiewohl glücklos und zögerlich in der Bekämpfung der Korruption, konnte die indonesische Regierung unter ihrem in 2004 ersten frei gewählten Präsidenten S. B. Yudhoyono einige Erfolge im Kampf gegen den nationalen und internationalen Terrorismus verbuchen. Die Täter der Bali-Anschläge wurden verhaftet und zum Teil hingerichtet. Dadurch gewann das Land zumindest in der westlichen Welt an Ansehen und Vertrauen und spielt auf dem internationalen Parkett eine immer wichtigere Rolle.

Seit 2004 geht es auch wirtschaftlich wieder deutlich bergauf. Das ist zweifellos zu einem guten Teil den emsigen Bemühungen des Präsidenten geschuldet. Als Auslöser für die aktuelle Entwicklung ist aber das Zugeständnis Indonesiens an die Forderungen der USA und in der Folge die Bereitschaft, auch international mehr Verantwortung zu übernehmen, nicht zu unterschätzen. Indonesien hat teuer dafür bezahlt: Die Bali-Anschläge in 2002, Bombenanschläge auf das Marriott Hotel in 2003 und auf die australische Botschaft in 2004, eine ganze Bombenserie auf westliche Ziele in Bali im Oktober 2005, Anschläge auf das Ritz-Carlton Hotel und erneut das Mar-

riott Hotel im Juli 2009 sind – direkt oder indirekt – die Rechnung der Islamisten für die Unterstützung der amerikanischen Politik.

## Fokus auf „lokale Feinde“

Gilt auch die Jeemah Islamiyah (JI) in Indonesien inzwischen als leidlich zurückgedrängt, haben andere, lokale militante Gruppen sowohl deren Ziele als auch deren Mittel adaptiert und zahllose Anschläge, die sich fast ausschließlich gegen *soft targets* wie Kirchen oder christliche Gemeinden richten, verübt. So wurden nach Angaben der Online-Zeitung „Compass Direct“ zwischen 2004 und 2007 mehr als 100 christliche Kirchen in Indonesien niedergebrannt und zahllose Kirchgänger unter Androhung oder Anwendung von Gewalt an einer Teilnahme am Gottesdienst gehindert.

Allein am 4. Mai 2011 entschärfte die Polizei in Jakarta zwei Bomben. In den Wochen zuvor hatten die Bombeneinheiten ebenfalls alle Hände voll zu tun: Eine 150 kg schwere Bombe, die an Ostern auf dem Gelände einer christlichen Kirche in Serpong/Westjava hochgehen sollte, erwies sich jedoch als Blindgänger. Im vergangenen Monat hat die Polizei mehr als 20 Verdächtige verhaftet, die für eine ganze Serie von Briefbomben innerhalb Jakartas verantwortlich gemacht werden. Adressiert waren die Sendungen allesamt an liberale Muslimführer.

Es gab auch eine Serie von gewalttätigen Anschlägen auf die islamische Ahmadi-Sekte, als deren Höhepunkt ein beispielloses Massaker im Februar 2011 in der Provinz Banten gilt: Ein Mob von mehr als tausend Personen hatte 20 Ahmadis in deren Moschee attackiert und vor laufender Kamera drei Männer unter den Blicken der Polizei, die keinerlei Anstalten machte einzugreifen, brutal erschlagen. Der FPI, die seit Monaten eine massive Anti-Ahmadi-Kampagne betreibt, weil sie sie für *unislamisch* hält, und mehrere ihrer Moscheen niedergebrannt hat, war eine Beteiligung nicht nachzuweisen. Doch sandte der Umgang mit diesem Vorfall deutliche Zeichen an die Extremisten: Gegen keinen der Angreifer wurde ein Verfahren eingeleitet. Auch der letzte durch Zeugen identifizierte Täter kam Anfang Mai 2011 aus der Untersuchungshaft frei.

Einem Bericht der International Crisis Group zufolge gibt es unter den indonesi-

schen Jihadisten einen neuen Trend: weg von den großen Organisationen und hin zu einem *freelance*- und *low-cost*-Terrorismus, der von kleinen unabhängigen Gruppen ausgeht und eine neue Strategie verfolgt. Zunehmend fokussieren diese auf „lokale Feinde“ wie Politiker, liberale Muslime und die Polizei. Ein Beispiel für diese neue Linie war das Selbstmordattentat auf eine Polizeimoschee in Cirebon/Westjava im April 2011, bei dem 30 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Die terroristische Bedrohung in Indonesien ist seit „9/11“ nicht geringer geworden. Sie ist anders: weniger überschaubar und weniger kontrollierbar. Die großen Terrororganisationen haben ihre Saat verteilt und sich – vorerst – zurückgezogen.

*Manuel de los Reyes García Márkina*

## Lateinamerika: Im Schatten des „ersten“ 11. September

Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf Lateinamerika erscheinen auf den ersten Blick widersprüchlich: Einerseits rückte die Region auf der Liste der strategischen Prioritäten der Vereinigten Staaten von Amerika nach unten, andererseits eröffnete der „Krieg gegen den Terrorismus“ neue Wege für die Einmischung der USA in diese Region. Dieser Artikel beschreibt, wie einzelne Länder Lateinamerikas von dieser neuen Situation betroffen sind und welche Konsequenzen sie daraus ziehen.

**Manuel de los Reyes García Márkina**

M.A., geb. 1974; Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich 640 „Repräsentationen sozialer Ordnung im Wandel“, Humboldt-Universität Berlin, Mohrenstraße 40–41, 10117 Berlin.  
garciamm@staff.hu-berlin.de

## Militarisierung der Beziehungen: Sicherheit über alles

Der mexikanische Präsident Vicente Fox (2000–2006) und sein US-amerikanischer Amtskollege George W. Bush (2001–2008) kamen fast zeitgleich an die Macht und fanden bald eine gemeinsame Sprache, nicht zuletzt über ihre ge-

meinsame Vorliebe für Lederstiefel, Jeanshosen und das Leben auf dem Land. So führte die erste offizielle Auslandsreise von US-Präsident Bush knapp drei Wochen nach seinem Amtsantritt nach Mexiko. Der Besuch wurde von Präsident Fox bald erwidert. Mexikanische Interessen wie die Reform der US-amerikanischen Migrationspolitik standen auf der Tagesordnung, und Bush unterstrich die Bedeutung der bilateralen Beziehung: „[Mexico] is our most important relationship, because Mexico is our neighbor, and neighbors must work together.“<sup>1</sup> Das war am 6. September 2001.

Fünf Tage später war alles anders. Die Reform der Migrationspolitik – das einzige Thema, das Fox überhaupt in der bilateralen Agenda unterzubringen bemüht war – wurde von der US-Regierung von der Sorge über die Durchlässigkeit der gemeinsamen Grenze verdrängt.<sup>2</sup> Die bilateralen Beziehungen wurden nun ausschließlich von den US-amerikanischen Interessen beherrscht, wie der damalige mexikanische Außenminister Luis Ernesto Derbez in einer Rede im Center for Strategic and International Studies (CSIS) im Mai 2002 anlässlich eines Besuches in den USA unterstrich: „Die Priorität Nummer Eins unserer Beziehung ist der Kampf gegen den Terrorismus. Diese Priorität gilt sowohl für die mexikanische wie auch für die amerikanische Regierung.“<sup>3</sup> Nach und nach war eine Unterordnung Mexikos unter die Verteidigungsziele der USA festzustellen, die sich in der Militarisierung der gemeinsamen Grenze, der „Abschirmung“ der mexikanischen Grenze nach Guatemala und der Überwachung des mexikanischen Staatsgebietes durch unbemannte Flugzeuge der US-Luftwaffe niederschlug.<sup>4</sup>

Auch Kolumbien hat für die USA eine Schlüsselrolle inne. Der vom damaligen Präsidenten Andrés Pastrana 1999 konzipierte und von seinem Amtskollegen Bill Clinton unterstützte „Plan Colombia“ war ursprünglich vor allem dafür vorgesehen, den kolumbianischen Bauern Alternativen für den illegalen Anbau von Koka anzubieten. Die USA konzentrier-

ten ihre Bemühungen im Rahmen des „Plan Colombia“ allerdings in erster Linie auf die Bekämpfung des Drogenhandels.<sup>5</sup> Auch hier verlagerte sich der Schwerpunkt nach den Attentaten des 11. September 2001 auf den „Krieg gegen den Drogenterror“. In diesem Sinne ist die Anschuldigung des damaligen stellvertretenden US-Außenministers Rand Beers im August 2003 besonders bezeichnend, die „Terroristen der FARC [Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens, Anm. M. G.] [seien] in Trainingslagern der Al Qaida in Afghanistan ausgebildet worden“. Beers musste seine Äußerung wenige Wochen später zurücknehmen.<sup>6</sup>

Ähnliche Anschuldigungen gab es auch gegenüber anderen Staaten. Im Mai 2002, zwischen der Invasion Afghanistans und derjenigen Iraks, beschuldigte der damalige Staatssekretär für Rüstungskontrolle und Internationale Sicherheit und späterer Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen John R. Bolton Kuba, offensive biologische Waffen zu entwickeln und die Ergebnisse „mit anderen Schurkenstaaten“ zu teilen<sup>7</sup> – eine Äußerung, für die er keine Beweise vorlegen konnte.

Aufgrund der Militarisierung des „Plan Colombia“ war Kolumbien zwischen 2000 und 2010 der größte lateinamerikanische Empfänger von Militärhilfe aus den USA und einer der größten Empfänger weltweit.<sup>8</sup> Dies äußerte sich in einer verstärkten Bekämpfung von Aufständischen (*contrainsurgencia*) und in einer Zunahme von Menschenrechtsverletzungen, ohne dass die Kokainproduktion

<sup>1</sup> Rede online: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010906-6.html> (17. 5. 2011).

<sup>2</sup> Vgl. La Jornada vom 11. 1. 2004.

<sup>3</sup> Rede online: [www.revistainteriorforum.com/espanol/articulos/061803soc\\_relaciones-us-mx.html](http://www.revistainteriorforum.com/espanol/articulos/061803soc_relaciones-us-mx.html) (17. 5. 2011).

<sup>4</sup> Vgl. La Jornada vom 15. 5. 2011.

<sup>5</sup> Vgl. Connie Veillette, Plan Colombia: A Progress Report, Report for Congress, Mai 2005, online: [www.au.af.mil/au/awc/awcgate/crs/rl32774.pdf](http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/crs/rl32774.pdf) (17. 5. 2011).

<sup>6</sup> Vgl. Dug Stokes, America's Other War: Terrorizing Colombia, London 2005, S. 106.

<sup>7</sup> Vgl. Judith Miller, Washington Accuses Cuba of Germ-Warfare Research, in: The New York Times vom 7. 5. 2002. Judith Miller ist Ko-Autorin der Kolumne „Threats and Responses: The Iraqis; U.S. Says Hussein Intensifies Quest for A-Bomb Parts“, die mit zahlreichen Falschinformationen am 8. September 2002 veröffentlicht wurde. Condoleezza Rice, Donald Rumsfeld und andere US-Regierungsmitglieder beriefen sich bei der Invasion Iraks unter anderem auf die in der Kolumne aufgezählten Argumente und Tatsachenbehauptungen.

<sup>8</sup> Laut US-Regierung flossen Kolumbien im Rahmen des „Plan Colombia“ zwischen 2000 und 2010 etwa 7 Milliarden US-Dollar zu, online: <http://open-crs.com/document/RL32250/> (17. 5. 2011).

dadurch zurückging, wie ein Bericht an den US-Senat 2008 feststellte.<sup>9</sup>

Die hohe militärische Präsenz von US-Streitkräften im südamerikanischen Staat trug zu ständigen Spannungen zwischen den USA (beziehungsweise Kolumbien) und anderen lateinamerikanischen Staaten bei. So stieß die Entscheidung des damaligen kolumbianischen Präsidenten Álvaro Uribe in 2009, sieben Militärstützpunkte für die US-Streitkräfte zu öffnen, auf erheblichen Widerstand seitens Brasiliens, Venezuelas und Ecuadors.<sup>10</sup> Die Stützpunkte sowie die Wiederbelebung der vierten US-Flotte im Einsatzgebiet der Karibik und der Küsten Zentral- und Südamerikas im Jahr 2008 können als Hinweis auf die Bemühungen Washingtons gesehen werden, den verlorenen Einfluss in Lateinamerika zurückzugewinnen.<sup>11</sup>

## Neue Handlungsspielräume

Die lateinamerikanischen Staaten gewannen gleichzeitig politischen Spielraum dadurch, dass Washington ganz auf den „Krieg gegen den Terror“ fokussiert war. Die deutlichsten Beispiele für den politischen Einflussverlust der USA auf dem Subkontinent sind vermutlich die diplomatische Krise zwischen Kolumbien und Ecuador (die durch einen Bombenangriff der kolumbianischen Luftwaffe mit Unterstützung der USA auf Stellungen der FARC im ecuadorianischen Grenzgebiet in den frühen Morgenstunden des 1. März 2008 ausgelöst wurde) sowie die bolivianische Krise im August und September des gleichen Jahres. Erstere wurde eine Woche nach dem Vorfall auf dem 20. Gipfel der Rio-Gruppe – ein multilateraler Zusammenschluss lateinamerikanischer Staaten, welchem die USA nicht angehören – in Santo Domingo beigelegt.<sup>12</sup> Die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) mit Sitz in Washington, 1948 auf Betreiben der USA im Kontext des Kalten Krieges gegründet, diente in diesem Fall entgegen ihrer eigentlichen Funktion als regionales Forum für Konsultation und Konfliktlösung nicht als Schauplatz für die Diskussion und Mediation.

<sup>9</sup> Vgl. United States Government Accountability Office, Plan Colombia. Drug Reduction Goals Were not Fully Met, But Security Has Improved, Oktober 2008, online: [www.gao.gov/new.items/d0971.pdf](http://www.gao.gov/new.items/d0971.pdf) (18. 5. 2011).

<sup>10</sup> Vgl. *Semana* vom 4. 8. 2009.

<sup>11</sup> Vgl. Deutsche Welle Online vom 4. 7. 2008: [www.dwworld.de/dw/article/0,,3455815,00.html](http://www.dwworld.de/dw/article/0,,3455815,00.html) (18. 5. 2011).

<sup>12</sup> Vgl. *El Tiempo* vom 6. 3. 2008.

Die bolivianische Krise ging aus einem Konflikt zwischen der Zentralregierung von Präsident Evo Morales und den Präfekten der reichsten Region hervor, die sich einer Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der ärmeren Regionen widersetzen.<sup>13</sup> Als auf dem Höhepunkt der Krise bekannt wurde, dass sich der US-amerikanische Botschafter Philip Goldberg im Geheimen mit einem der oppositionellen Präfekten getroffen hatte, verwies ihn Morales des Landes, was eine Reihe von weiteren Ausweisungen nach sich zog: Hugo Chavez, Präsident Venezuelas, solidarisierte sich mit Morales und wies den US-amerikanischen Botschafter in Caracas aus, worauf die USA am Tag darauf mit der Ausweisung des bolivianischen und des venezolanischen Botschafters reagierten.

Dies wiederum veranlasste den Präsidenten von Honduras Manuel Zelaya, die Akkreditierung des neuen US-Botschafters in Tegucigalpa aufzuschieben, während der Präsident von Nicaragua Daniel Ortega ein Treffen mit dem damaligen US-Präsidenten Bush absagte. Schließlich berief die Präsidentin Chiles Michelle Bachelet eine außerordentliche Sitzung der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) zur bolivianischen Krise ein, in der Morales die volle Unterstützung ausgesprochen wurde.<sup>14</sup> UNASUR distanzierte sich von der Position der USA, die einerseits Morales kritisierten, es andererseits aber unterließen, das – sich ebenfalls an einem 11. September ereignete – Massaker von Pando in 2008 zu verurteilen, bei dem 20 Morales-Sympathisanten von Anhängern des oppositionellen Präfekten ermordet wurden.<sup>15</sup> Auch in diesem Fall wurde die OAS zu Gunsten einer – erst im Mai 2008 gegründeten – regionalen Organisation unter Ausschluss der USA verdrängt.

## Der 11. September 1973: Unvergessene Verantwortung

Um die Bedeutung der Ausweisungen von Botschaftern im Rahmen der Bolivien-Krise nachzuvollziehen, muss man die historische Rolle der US-Botschaften in Lateinamerika beleuchten. Der außenpolitische Berater des brasiliani-

<sup>13</sup> Vgl. Spiegel Online vom 16. 9. 2008: [www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,578469,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,578469,00.html) (15. 5. 2011).

<sup>14</sup> Vgl. ebd.

<sup>15</sup> Vgl. *El País* vom 4. 12. 2008.

schen Staatspräsidenten Marco Aurélio Garcia soll dem US-Botschafter in Brasília einmal folgenden Witz erzählt haben: „Weshalb gab es in den USA noch nie einen Staatsstreich? Weil es dort keine amerikanische Botschaft gibt.“<sup>16</sup>

Es ist unmöglich, aus lateinamerikanischer Perspektive auf den 11. September 2001 zu schauen, ohne die lange Geschichte von Interventionen und Einmischungen der USA auf dem lateinamerikanischen Subkontinent zu berücksichtigen. Aufgrund des Datenzufalls ist vor allem die Erinnerung an den Staatsstreich Augusto Pinochets am 11. September 1973 in Chile unvermeidlich, der heute als paradigmatisches Beispiel für die US-amerikanische Einmischung in Lateinamerika gilt. Die Erinnerung an von den USA mitverursachten Terror verhinderte in Lateinamerika proamerikanische Sympathiebekundungen in dem Maße, wie sie etwa in Europa spontan entstanden. Dadurch wurden die Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika zusätzlich strapaziert, da sich die USA eine bedingungslose Unterstützung erhofften, stattdessen aber mit der Einstellung vieler Lateinamerikaner „schrecklich, aber selber schuld“ konfrontiert wurden.

Typisch für diese Einstellung ist die Reaktion des uruguayischen Schriftstellers Eduardo Galeano: „Henry Kissinger war einer der ersten, der angesichts der gerade geschehenen Tragödie reagierte. ‚So schuldig wie die Terroristen sind diejenigen, die ihnen Hilfe, Finanzierung und Anregungen zukommen lassen‘ urteilte er. (...) Wenn das so ist, müsste man beginnen, Kissinger zu bombardieren. Er ist schuldig an viel mehr Verbrechen als denen, die durch Bin Laden und alle Terroristen der Welt begangen wurden. Und in viel mehr Ländern: Im Dienste verschiedener Regierungen der Vereinigten Staaten, unterstützte er mit ‚Hilfe, Finanzierung und Anregungen‘ den Staatsterror in Indonesien, Kambodscha, Zypern, Iran, Südafrika, Bangladesch und den Ländern Südamerikas, die den schmutzigen Krieg des Plan Condor erlitten. Am 11. September 1973, genau 28 Jahre vor den heutigen Bränden, ließ er den Präsidentenpalast Chiles niederbrennen.“<sup>17</sup>

<sup>16</sup> Documento relata encontro de Garcia com embaixador, 27.6.2008, online: [www1.folha.uol.com.br/poder/852684-documento-relata-encontrode-garcia-com-embaixador-leia-em-ingles.shtml](http://www1.folha.uol.com.br/poder/852684-documento-relata-encontrode-garcia-com-embaixador-leia-em-ingles.shtml) (24.5.2011).

<sup>17</sup> La Jornada vom 21.9.2001.

Aus einer anderen Perspektive schreibt der chilenische Schriftsteller Ariel Dorfman, ehemaliger Berater des 1973 gestürzten Präsidenten Salvador Allende, über seine Hoffnung, dass die Tragödie des 11. September 2001 die amerikanische Bevölkerung dabei unterstützen möge, ihre auf fehlender Erinnerung beruhende Selbstgefälligkeit aufzugeben: „Wie kann sich das amerikanische Volk unschuldig fühlen“, fragt Dorfman, „nachdem seine Regierung Vietnam in ein riesiges Massengrab verwandelt hat?“ Die USA hätten jetzt die Chance festzustellen, dass sie nicht alleine seien mit ihrem Schmerz, dass sie in diesem Sinne nichts Außergewöhnliches seien, nicht einmal das Datum betreffend; dass der gleiche Schmerz – von den USA verursacht – bereits von anderen empfunden worden sei, und dass sich daraus ein Weg für das amerikanische Volk abzeichne, zu verzeihen.<sup>18</sup>

*Aktham Suliman*

## Nachbeben des „arabischen“ 11. September

Der 11. September 2001 kam in den USA politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich einem Erdbeben gleich. Nirgends waren die „Nachbeben“ so stark zu spüren wie in der arabisch-islamischen Welt. Dies gilt sowohl für einzelne Länder wie den Irak als auch für die Gesamtatmosphäre zwischen „den Arabern“ und „dem Westen“. Auf den ersten Blick unterscheidet sich die Titelseite der internationalen arabischen Zeitung „Al-Quds al-Arabi“ (arab.: Das Arabische Jerusalem) am Mittwoch, den 12. September 2001, kaum von amerikanischen, europäischen oder sonstigen Zeitungen am Tag nach den Angriffen vom 11. September 2001. Die in London erscheinende und in den meisten arabischen Ländern vertriebene Zeitung

### **Aktham Suliman**

M. A., geb. 1970 in Damaskus; Deutschlandkorrespondent und Büroleiter der Berliner Niederlassung des arabischen Nachrichtensenders Al Jazeera Network; von 1997 bis 1999 Korrespondent für Abou Dhabi TV; von 1998 bis 2002 Redakteur bei Deutsche Welle Radio; Bornitzstraße 56, 10365 Berlin. [aktham.suliman@yahoo.de](mailto:aktham.suliman@yahoo.de)

<sup>18</sup> Vgl. Ariel Dorfman, *Other Septembers, Many Americas*, New York 2004, S. 11–14.

titel: „Angst in Amerika: Angriffe mit Flugzeugen und Explosionen sprengen das Internationale Handelszentrum und treffen das Weiße Haus, das Pentagon und das Außenministerium und bringen vier Flugzeuge zum Sturz. Bush und andere hohe Beamte verstecken sich in sicheren Orten. Tausende Tote und Verletzte.“ Darunter sind vier Bilder, die den Sturz des zweiten Turms des Internationalen Handelszentrum dokumentieren. Auf derselben Seite ist ein weiterer Artikel: „Amerikas Bild bricht vor den Augen der Welt zusammen.“ Weiter unten finden sich zwei kürzere Artikel darüber, dass die amerikanischen Truppen am Arabischen Golf in Alarmbereitschaft versetzt wurden, und dass die Investoren weltweit aus den Börsen in Richtung Gold flüchteten. „Al-Quds al-Arabi“ steht stellvertretend für die meisten arabischen Zeitungen, Zeitschriften und anderen Massenmedien und damit für die arabische öffentliche Meinung im Allgemeinen. Zwischen den westlichen und den arabischen Medien gab es viele Parallelen in der Wahrnehmung und der Reaktion: Schock, Unklarheit und zum Teil durch das Chaos in den Vereinigten Staaten von Amerika bedingte falsche Tatsachenbehauptungen. Doch eines taten die arabischen Medien nicht: Spekulieren über die Täter und Drahtzieher der Angriffe. Die Sorge in der arabischen Welt war zu groß, um zu spekulieren.

In den ersten Stunden nach den Angriffen vertraten einige westliche Medien die Ansicht, dass die Täter aus palästinensischen Organisationen stammen könnten. Andere sprachen relativ schnell vom „Islamischen Terrorismus“ und einige Tage später von einer möglichen Beteiligung des damaligen irakischen Präsidenten Saddam Hussein in Zusammenarbeit mit Al Qaida. Zwar waren dies alles nur Spekulationen, dennoch zeichnete sich bereits eine Tendenz ab: Die Schuldigen waren in der „arabisch-islamischen Welt“ zu suchen.

Die Unterschiede zwischen den westlichen und arabischen Medien in der Berichterstattung wurden immer größer: Während in manchen westlichen Publikationen Bilder von Arabern in jordanischen Palästinenserlagern zu sehen waren, die angeblich vor lauter Freude über die Angriffe Süßigkeiten verteilten, handelten die Analysen und Kommentare der seriösen arabischen Medien von den Ängsten vor möglichen Konsequenzen der Angriffe auf die arabischen „Problemregionen“: die palä-

stinensischen Gebiete, Irak und die Beziehungen zum Westen beziehungsweise die Lage der arabischen Migrantinnen und Migranten in Europa und den USA. Es gab auch weniger seriöse arabische Medien und Teile der Massen, die ihren seelischen Frieden in „Verschwörungstheorien“ fanden: Demnach seien Araber – Al Qaida hin oder her – technisch nicht in der Lage, die Angriffe zu organisieren und durchzuführen (eine Art Selbstzweifel?); die Sicherheitsmaßnahmen der Amerikaner könnten doch nicht so ohne weiteres umgangen worden sein; der US-Auslandsgeheimdienst CIA selbst stecke vermutlich hinter dem Ganzen (eine Art Überschätzung des Anderen?). Doch es sollte sich herausstellen, dass die Spekulationen des Westens und nicht die Gegenspekulationen mancher Araber die Entwicklungen in den drei „Problemfeldern“ (palästinensische Gebiete, Irak und das Verhältnis zum Westen) mitbestimmen würden.

## Palästinensisch-israelischer Konflikt

In der Palästina-Frage setzte sich die amerikanische „Gleichgültigkeit“ gegenüber dem Friedensprozess im Nahen Osten fort, die sich seit dem Amtsantritt von US-Präsident George W. Bush und während der zweiten palästinensischen Intifada im Jahr 2000 gezeigt hatte. Nach einem Besuch des Tempelbergs des damaligen israelischen Oppositionspolitikers Ariel Scharon im September 2000 war ein Aufstand der Palästinenser entflammt, der erst im Jahr 2005 sein Ende fand. Die amerikanische Nahost-Politik blickte durch die Brille der Terrorismusbekämpfung auf den palästinensisch-israelischen Konflikt. Während sich Israel im Rahmen des „Krieges gegen den Terrorismus“ zwischen die westlichen Staaten reißen konnte, half den Palästinensern weder die Tatsache, dass keine palästinensische Organisationen – im Übrigen auch kein einziger Palästinenser – an den Angriffen vom 11. September beteiligt waren, noch die schnelle Verteilung der Angriffe seitens des Chefs der Palästinensischen Autonomiebehörde und PLO-Oberhaupt Jassir Arafat. Vielmehr befanden sich die Palästinenser aufgrund der Selbstmordanschläge gegen Israel seit Mitte der 1990er Jahre in der Defensive.

Die Argumentation vieler Palästinenser, dass es sich im Falle Palästinas um einen Befreiungskampf handle, während die Ereignisse

vom 11. September ein Angriff seien, stellte in den amerikanischen beziehungsweise westlichen Augen nur ein Detail dar, das über die an sich „gleiche“ Natur der Attacken in den USA und in Israel nicht hinwegtäuschen durfte und konnte. Israel nutzte die Gunst der Stunde und arbeitete auf die Disqualifikation von Jassir Arafat hin, der fort an im Westen bis zu seinem Tod im November 2004 als Befürworter von Gewalt und somit nicht mehr als Partner im Friedensprozess galt. Sein Nachfolger Mahmoud Abbas musste mit ansehen, wie die Macht seiner Fatah-Bewegung immer mehr schrumpfte, während die Macht der palästinensischen Islamisten, sprich der Hamas, zunahm. Eine Entwicklung, die in einem eindeutigen Sieg der Hamas bei den Parlamentswahlen im Jahr 2006 gipfelte und später in einem blutigen Machtkampf zwischen Fatah und Hamas ausartete. So gesehen leidet der Friedensprozess bis heute an den Spätfolgen des 11. September. Jedenfalls scheint eine Regelung des Nahost-Konflikts heute weiter entfernt zu sein, als sie zu Beginn des Friedensprozesses im Jahr 1991 erschien.

## Situation im Irak

Für das Regime von Saddam Hussein bedeutete der 11. September 2001 das Ende, für den Irak war es der Beginn einer Reise in eine ungewisse Zeit. Nach den Angriffen entflamte der weltweite „Krieg gegen den Terrorismus“, der in Afghanistan – dem damaligen Sitz des inzwischen getöteten Al Qaida-Chefs Osama Bin Laden – sein erstes Ziel fand und auch alle anderen sogenannten Schurkenstaaten im Visier hatte. Der Irak stand seit der Befreiung Kuwaits von den irakischen Truppen im Jahr 1991 im ständigen Konflikt mit dem Westen und der internationalen Staatengemeinschaft. Die USA stellten kurz nach den Angriffen in New York und Washington eine direkte Verbindung zwischen Bagdad und Al Qaida her: zum einen aufgrund eines vermeintlichen Treffens zwischen einem der Attentäter und einem Regimevertreter in der irakischen Botschaft in Prag, zum anderen durch die propagierte Gefahr, dass terroristische Organisationen – allen voran Al Qaida – in Besitz der Massenvernichtungswaffen kommen könnten, die es im Irak angeblich gab.

Der im März 2003 gestartete Irak-Krieg führte zu Verstimmungen zwischen den USA

und „Alteuropa“, sprich Frankreich und Deutschland. In der arabischen Welt führte der Fall von Bagdad zum beinahe totalen Bruch der arabischen Massen mit den USA. Zwischen 2003 und 2008 machten sich Tausende junge Araber auf den Weg in den Irak, um gegen die amerikanische Besatzung zu kämpfen, aber auch um dort an einem Bürgerkrieg teilzunehmen, der zwischen Sunniten und Schiiten – den zwei Hauptglaubensrichtungen des Islam – ausbrach. Über eine Million Tote forderte der Irak-Krieg und seine Folgen nach Schätzung einiger Menschenrechtsorganisationen, weitere drei Millionen flohen aus dem Land, vor allem in die benachbarten Länder Syrien und Jordanien.

Wäre der Irak-Krieg ohne den 11. September 2001 möglich gewesen? Über die Antwort streiten sich die Geister, auch die arabischen. Eines steht jedoch fest: Der Irak wurde nach dem 11. September und dem darauffolgenden Krieg für Jahre zum Schauplatz zur Begleichung offener Rechnungen zwischen den USA und Al Qaida. Wohin das Land nach dem beabsichtigten Abzug der amerikanischen Truppen Ende dieses Jahres treiben wird, wagt niemand zu prognostizieren.

## Verhältnis zum Westen

„Der 11. September ist ein Krieg gegen die Zivilisation.“ Durch diese von vielen westlichen Politikern – darunter auch der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder – gerne verwendete Formulierung fühlten sich viele Menschen in der arabisch-islamischen Welt ausgegrenzt. Denn, wenn allein der Westen mit seinen Errungenschaften, inklusive den beiden Türmen, pauschal die Zivilisation darstelle, dann müssten nach dieser Logik nicht nur die Attentäter, sondern auch deren Herkunftsländer beziehungsweise deren Religion die „Unzivilisiertheit“ verkörpern.

Es war keine Seltenheit, dass nach dem 11. September 2001 Araber in Europa und Amerika von Verwandten in der Heimat gefragt wurden, ob sie auf offener Straße angegriffen werden. Die – wenn auch kurze – Verhaftung des arabischen Autors Ilyas Khoury (im Übrigen ein libanesischer Christ) im Jahr 2002 bei einem Besuch in den USA, nachdem er von seinem Hotel aus ein Fax auf Arabisch zu schicken versuchte, markierte einen von

vielen Höhepunkten der „Hysterie“ im Hinblick auf die Araber im Westen. Der 11. September bedeutete für Millionen Araber und Muslime in Europa, Amerika, Kanada und Australien den Beginn von Generalverdacht, Rasterfahndung und Anfeindungen seitens der Exekutive, der Massenmedien und oft erheblicher Anteile der Mehrheitsgesellschaft.

Kurzum: Es war der Beginn einer neuen Dimension von Islamophobie. Die heftigen Kopftuch-Debatten, der Karikaturen-Streit und die Erstarkung rechtspopulistischer Kräfte sind nur die Spitze des Eisberges in einer Zeit, die durch Nachrichten über Verhaftungen, Terrorprozesse und Terrorwarnungen gekennzeichnet war. Diese Kluft zwischen „den Arabern“ und „dem Westen“ zeigte sich auch auf der Staatenebene: Verbündete wie Saudi-Arabien wurden, was bis dahin unvorstellbar war, zum Gegenstand der lauten öffentlichen Kritik. Andere Staaten wie etwa Syrien oder Libyen, zu denen der Westen bis dahin immer auf Distanz ging, wurden – wenn auch inoffiziell, indirekt und nur für kurze Zeit – zu Helfern im Kampf gegen den Terrorismus. Weitere Staaten wie Ägypten, Marokko oder Jordanien sahen sich zu umstrittenen Sicherheitsmaßnahmen fast gezwungen – wie etwa der Entführung von Verdächtigen, dem Errichten von Geheimgefängnissen oder dem bei der eigenen Bevölkerung wenig populären Austausch von Geheimdienstinformationen mit israelischen Stellen.

Nirgends auf der Welt waren und sind die Folgen des 11. September 2001 so sichtbar und spürbar wie in den arabischen Ländern und in den Beziehungen dieser Länder – und deren Minderheiten im Ausland – zum Westen. Es gibt sicherlich objektive Faktoren, die diese Tatsache zum Teil erklären. Schließlich stammen die Attentäter und deren Ideologie aus der arabisch-islamischen Welt. Dennoch sind viele mit der arabisch-islamischen Welt und dem 11. September zusammenhängende Phänomene nicht zu verstehen, ohne die Reaktionen der USA im Speziellen und des Westens im Allgemeinen zu betrachten. Erst seit der Rede des US-Präsidenten Barack Obama in Kairo im Jahr 2009, in welcher er einen Neuanfang in den Beziehungen zwischen den USA und der arabisch-islamischen Welt versprach, kann die Rede vom Anfang vom Ende der Nachbeben des 11. September in der arabisch-islamischen Welt sein.

Gemma Pörzgen

## Präsident Putin überrascht mit tatkräftiger Unterstützung

Der russische Staatspräsident Wladimir Putin gehörte nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu den ersten Anrufern im Weißen Haus. Der Kremlchef machte sehr schnell deutlich, dass seine Regierung im „Kampf gegen den

**Gemma Pörzgen**

Geb. 1962; Journalistin in Berlin.  
gemma.poerzgen@gmx.net

Terrorismus“ an der Seite Washingtons stehe. Sein überraschendes Angebot an den damaligen US-Präsidenten George W. Bush war, die USA bei der Gegenwehr in Afghanistan logistisch zu unterstützen. Sogar ein Austausch geheimdienstlicher Informationen und die Teilnahme an internationalen Rettungsaktionen schienen kein Tabu mehr zu sein. „Putin tritt dem Westen bei“, titelte damals der Moskauer Korrespondent der Zeit Michael Thumann seine Analyse einer dramatischen Wende der russischen Außenpolitik: „Zum ersten Mal seit 1945 haben Russen und Amerikaner einen gemeinsamen Feind“, schrieb er.<sup>1</sup> In fast täglichen Telefonaten mit Bush sei Putin zu einem der engsten Verbündeten gegen den Terror herangewachsen. „Moskau versorgt die Amerikaner mit Informationen über Lager und Infrastruktur der Terroristen. Die Geheimdienste tauschen sich aus. Amerikanische Flugzeuge mit humanitärer Hilfe dürfen über Russland nach Zentralasien fliegen. Putin hat nichts dagegen einzuwenden, dass Usbekistan den US-Luftstreitkräften Flughäfen zur Verfügung stellt“, so Thumann weiter.

In einer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001 wurde deutlich, dass Putin im gemeinsamen „Kampf gegen den Terrorismus“ die entscheidende Chance sah, um die Gegensätze des Kalten Krieges zu überwinden und einen grundlegenden Wandel im Verhältnis zwischen Moskau und dem Westen herbeizuführen. In der gleichen Rede warb Putin gleichzeitig um Verständnis für die Terrorismusbekämpfung im eigenen Land:

<sup>1</sup> Michael Thumann, Putin tritt dem Westen bei, in: Die Zeit, (2001) 42.

„Infolge von Explosionen bewohnter Häuser in Moskau und in anderen großen Städten Russlands kamen Hunderte friedlicher Menschen ums Leben. Religiöse Fanatiker begannen einen unverschämten und großräumigen Angriff auf die benachbarte Republik Dagestan, nachdem sie die Macht in Tschetschenien ergriffen und einfache Bürger zu Geiseln gemacht hatten. Internationale Terroristen haben offen – ganz offen ihre Absichten über die Schaffung eines neuen fundamentalistischen Staates zwischen dem Schwarzen und Kaspischen Meer angekündigt, das sogenannte Khalifat oder der Vereinigten Staaten des Islam.“<sup>F</sup>

## Moskauer „Großmachtrhetorik“

Putin hatte schnell erkannt, dass die Unterstützung des Kampfes gegen den Terror ihm die Anerkennung des Westens sicherte. Vor allem in Washington erlangte Moskau neue Bedeutung, der vermeintliche Triumph über die zerfallene Sowjetunion trat angesichts der Terrorgefahr in den Hintergrund. Dank seiner militärischen Möglichkeiten, den Erfahrungen aus dem sowjetischen Afghanistan-Krieg und dem russischen Einfluss in Zentralasien schien Russland den USA plötzlich als bedeutsamer strategischer Partner. Vorbei schien die Zeit, als Kongressabgeordnete in Washington sich fragten, warum Russland im Weltgeschehen angesichts schwindender militärischer und wirtschaftlicher Macht eigentlich noch wichtig sei. „Russland gewinnt den Status einer Großmacht zurück“, titelte die Regierungszeitung „Rossijskaja Gazeta“ und erklärte dies ihren Lesern folgendermaßen: „Es mag zynisch erscheinen, doch es waren die tragischen Ereignisse in den USA vom 11. September, welche die westliche Welt dazu veranlasst haben, erneut die Beziehungen zu Russland zu suchen.“<sup>F</sup>

Putins Angebote überraschten nicht nur in Washington. Schließlich gehörte innerhalb der Moskauer Eliten, aber auch innerhalb der Bevölkerung ein offener Anti-Amerikanismus zum guten Ton. Auch nach dem Ende der

<sup>F</sup> Rede online: [www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/putin/putin\\_wort.html](http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/putin/putin_wort.html) (24. 5. 2011).

<sup>F</sup> Zit. nach: Rolf Peter/Claudia Wagner, Rußland und der „Kampf gegen den Terrorismus“, in: Osteuropa, (2001) 11–12, S. 1253.

Sowjetunion hatte sich Moskaus Außenpolitik vor allem durch den Gegensatz zu Washington definiert, sei es im Kosovo-Konflikt 1999, in der Ablehnung der Nato-Osterweiterung oder des geplanten Raketenabwehrsystems der USA in Osteuropa. Putin setzte darauf, diese „Großmachtrhetorik“ nun dadurch zu bedienen, dass er stärker auf die Partnerschaft mit den USA, anstatt auf die frühere Gegnerschaft setzte. Auf diese Weise versuchte er den Abstieg in die Bedeutungslosigkeit nach dem Zerfall der Sowjetunion auszugleichen und Russland wieder zur Großmacht zu formen.

„In Russland hat man den 11. September eigentlich nicht verstanden“, schildert der Islamwissenschaftler Alexej Malaschenko vom Moskauer Carnegie Center die Reaktionen in der Bevölkerung.<sup>F</sup> „Er wirkte auf viele wie ein Katastrophenfilm.“ Er habe im eigenen Bekanntenkreis erlebt, wie viele Menschen sich heimlich freuten, dass es die Amerikaner getroffen hatte. „Viele Russen haben gesagt, dass die USA selbst schuld sind und es verdient haben“, erinnert sich Malaschenko. Er spricht von einer widersprüchlichen Reaktion: „Einerseits fanden viele, es sei eine gerechte Strafe für die USA, andererseits gab es natürlich Mitgefühl für die Opfer.“ Viele, vor allem ältere russische Bürger hatten die US-Politik als arrogant erlebt und waren gekränkt darüber, wie sich die US-Regierung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als Sieger des Kalten Krieges zu profilieren versuchte. „Darin zeigt sich ein Minderwertigkeitsgefühl der Russen“, sagt Malaschenko. „Natürlich will Russland zu den Großmächten gehören und bei G8 oder G20 eine entscheidende Rolle spielen.“ Putin sei es mit seiner Strategie der Verbrüderung mit den USA gelungen, dies wieder zu erreichen: „Putin hat das schwache Russland von den Knien wieder hochgehoben auf Augenhöhe mit den USA.“

## Auswirkungen auf den Nordkaukasus

Der Krieg gegen den internationalen Terrorismus lag auch aus anderen Gründen im nationalen Interesse der Moskauer Führung. Die Vergeltungsaktion der US-Truppen in Afghanistan nach dem 11. September half dabei, die eigene „Bekämpfung von Terroristen“ in Tschetschenien nach außen und im eigenen

<sup>F</sup> Im Interview mit der Autorin.

Land zu legitimieren. „Wenn die Zivilbevölkerung bei der Anti-Terroroperation in Afghanistan Schaden erleidet, dann ist dies nicht den Staaten der Anti-Terrorcoalition anzulasten, sondern den Machthabern, die diese Menschen in Geiselnhaft halten“, machte Putin bei einem Auftritt in Brüssel die angeblichen Parallelen deutlich.<sup>5</sup> „Genauso war es auch in Tschetschenien.“ Auch in der russischen Bevölkerung habe die Sicht vorgeherrscht, dass vor allem islamische Extremisten aus dem Ausland den Tschetschenien-Konflikt schürten.

Das Bekenntnis Moskaus zum gemeinsamen Kampf gegen den Terror diene dazu, sich westliche Unterstützung für den eigenen Kampf gegen Terroristen zu sichern. Malaschenko bringt es auf diese Formel: „Wir haben Terrorismus, Ihr habt Terroristen.“ So habe man versucht, den Tschetschenien-Konflikt auf einen einfachen Nenner zu bringen. Russland hatte aufgrund der Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien viel Kritik im Westen geerntet. Nun verhalf die Teilnahme an der neuen Terrorallianz Moskau dazu, von den eigentlichen Problemen abzulenken. Mit Erfolg: Die Kritik an der Moskauer Tschetschenien-Politik verstummte merklich. In Berlin versicherte Bundeskanzler Gerhard Schröder seinem Freund Putin, er wolle den Tschetschenien-Krieg künftig differenzierter bewerten.<sup>6</sup>

Malaschenko vermisst bis heute in der Moskauer Führung konstruktive Ansätze für eine Lösung. Längst hat sich der Ursprungskonflikt in Tschetschenien auf den ganzen Nordkaukasus ausgeweitet. Die sozialen und ethnischen Spannungen nehmen ebenso zu wie die Zahl der Terrorakte. Auch Moskau war wiederholt Ziel von Anschlägen – zuletzt mit dem Selbstmordanschlag in der Ankunftshalle des Flughafens Domodedovo im Januar 2011: „In Moskau nimmt man die Probleme der Region nur als einen Krieg mit Banditen wahr“, rügt Malaschenko. Auch die russischen Zeitungen übernehmen undifferenziert die politischen Vereinfachungen von „Terroristen“ und „Banditen“, ohne sich mit den vielschichtigen Ursachen der Konflikte zu beschäftigen. „Die USA kämpfen in Afghanistan, aber bei uns sieht es schlimmer aus, weil der Nordkaukasus Teil unseres Landes ist.“ Nach Einschätzung von Experten befindet sich die Strategie zur rus-

sischen Terrorbekämpfung nach einem Jahrzehnt in einer „konzeptionellen Sackgasse“.<sup>7</sup>

## Neue Bedeutung Zentralasiens

Nach dem 11. September gewannen auch die zentralasiatischen Staaten für die US-Politik an strategischem Interesse. Da die früheren Sowjetrepubliken in unmittelbarer Nachbarschaft Afghanistans liegen, wurde vor allem Usbekistan zum wichtigen Partner der USA in der Terrorismusbekämpfung.<sup>8</sup> Auch Kirgistan und Tadschikistan unterstützten den „Krieg gegen den Terror“. Trotz der Annäherung Moskaus an Washington wurde dieses US-Engagement in einer wichtigen Einflusszone russischer Politik, dem „Nahen Ausland“, von einigem russischen Misstrauen begleitet. Dies zeigte sich vor allem in Äußerungen russischer Militärs. So kritisierte Generalstabschef Anatolij Kwaschnin die Nutzung von Militärbasen in Zentralasien durch US-Militär noch, als die Truppen längst in Usbekistan waren.<sup>9</sup>

Anders als in Kirgistan sah die usbekische Führung in der Annäherung an Washington eine Chance, sich stärker vom Moskauer Einfluss zu emanzipieren. Doch die enge Partnerschaft zwischen den USA und Usbekistan veränderte sich nach dem Massaker im usbekischen Andijan im Mai 2005, als Regierungstruppen mehrere hundert Zivilisten erschossen. Während das Regime von Präsident Islam Karimow behauptete, es habe sich um einen von Islamisten geplanten Staatsstreich gehandelt, hagelte es Kritik aus dem Ausland. Als die US-Regierung sich sogar an der Evakuierung von Flüchtlingen aus Andijan beteiligte, war Karimow so verärgert, dass er am 29. Juli anordnete, die US-Truppen müssten innerhalb von 80 Tagen das Land verlassen. Obwohl die usbekische Regierung versuchte, Moskau zu substanziellen Sicherheitsgarantien zu bewegen, war der Kreml nicht dazu bereit, in den Konflikt einzugreifen und dadurch einen möglichen Machtgewinn in der Region auszukosten. Auch im Juni 2010 zeigte sich

<sup>7</sup> Aglaya Snetkov, Terrorismus in Russland: von einer existenziellen Bedrohung zum Sicherheitsrisiko und einer konzeptionellen Sackgasse, in: Russland-Analysen vom 20. 5. 2011.

<sup>8</sup> Vgl. Rainer Freitag Wirminghaus, Zentralasien und der Kaukasus nach dem 11. September, in: APuZ, (2002) 8, S. 3.

<sup>9</sup> Vgl. M. Thumann (Anm. 1).

<sup>5</sup> Zit. nach: M. Thumann (Anm. 1).

<sup>6</sup> Vgl. ebd.

die Moskauer Zurückhaltung in der Region, als die kirgisische Übergangspräsidentin Rosa Otunbajewa unmittelbar nach dem Ausbruch von Unruhen im kirgisischen Osch die russische Führung darum bat, einzugreifen und der Regierung in Bischkek zu Hilfe zu kommen. Beide Beispiele deuten darauf hin, dass Moskau inzwischen nicht mehr eine dominante Rolle in Zentralasien anzustreben scheint.<sup>10</sup>

## Verpasste Chance

Der Russland-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin Alexander Rahr wertet den 11. September 2001 heute als verpasste Chance der USA in der Annäherung an Russland.<sup>11</sup> „Ich finde, dass die Amerikaner die Russen brüskiert haben“, sagt er. Statt sich für die Unterstützung im Kampf gegen den Terror zu bedanken und sich auf die Jagd nach dem Al Qaida-Chef Bin Laden zu konzentrieren, habe Washington den Kampf ausgeweitet. Dabei spielte auch eine Rolle, dass hinter dem „Kampf gegen den Terror“ der USA immer deutlicher zu erkennen war, dass Washington sich maßgeblichen Einfluss in Regionen zu sichern suchte, die für die Energiesicherheit der USA in der Zukunft von zentraler Bedeutung waren.

Mit dem Irak-Krieg 2003 als „Kampf ums Öl“ kam es zum erneuten Bruch zwischen Moskau und Washington. Erst mit Präsident Barack Obama und Dmitrij Medwedjew gelang eine neue Annäherung. Malaschenko spricht davon, dass Moskau heute auf eine „Politik des Pragmatismus“ in der Region setze und Rudimente der alten Annäherungspolitik wieder deutlich würden. Dabei sei es ganz im eigenen Interesse Moskaus, den Kampf gegen den Terror zwar zu unterstützen, aber jede eigene direkte Einmischung zu vermeiden. „Ohne die USA wäre Afghanistan noch gefährlicher für Russland. Es ist deshalb angenehm, dass die USA dort für uns kämpfen“, sagt Malaschenko. Moskau sei dem heute weder wirtschaftlich noch militärisch gewachsen.

<sup>10</sup> Vgl. Christian Wipperfürth, Nach dem „Reset“. Russland und der Westen in Zentralasien, in: Zentralasien-Analysen vom 21. 9. 2010.

<sup>11</sup> Im Interview mit der Autorin.

Geert J. Somsen

# Der arabische Frühling und das Ende der „Antithese des 11. September“

## Essay

Der 11. September 2001 hat ein Jahrzehnt geprägt. Er beeinflusste die Geopolitik und veränderte auch unsere Sichtweisen: Neben den Kriegen im Irak und in Afghanistan beeinflussten die Angriffe durch Al Qaida sowohl in den USA als auch in europäischen Ländern die öffentlichen Debatten und das politische Klima. Fast zehn Jahre kreisten die von Publizisten und Politikern geführten Diskussionen um ein zentrales Thema: die Vorstellung einer fundamentalen Unvereinbarkeit westlicher Werte mit dem Islam.

**Geert J. Somsen**

Ph. D., geb. 1968; Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Fachbereich Geschichte, Fakultät für Kultur- und Soziale Wissenschaften, Universität von Maastricht, P. O. Box 616, 6200 MD Maastricht/Niederlande. g.somsen@maastrichtuniversity.nl

Die Idee eines „Kampfes der Kulturen“ findet sich in vielen Überlegungen wieder, am deutlichsten jedoch im beispiellosen Aufstieg populistischer Parteien mit explizit anti-islamischer Agenda. Viele dieser Parteien befinden sich in kleineren Ländern Europas (wie die Dänische Volkspartei, die niederländische Partei für die Freiheit, die Schweizerische Volkspartei), doch auch in den USA und in Frankreich verzeichnen sogenannte Islamkritiker großen Zulauf. Sicherlich ist die Entstehung dieser Bewegungen nicht ausschließlich als Reaktion auf den 11. September 2001 zu verstehen, verdanken sie ihren „Erfolg“ doch auch einer bereits länger anhaltenden Abneigung gegenüber der Einwanderung aus nichtwestlichen Ländern. Doch verliehen ihnen die Angriffe vom 11. September einen ungeahnten Auftrieb und – was vielleicht noch

*Übersetzung aus dem Englischen von Dr. Daniel Kiecol, Köln.*

wesentlicher ist –: Es gelang ihnen, ihre innenpolitischen Anliegen wirksam mit der vermeintlich weltweiten Bedrohung durch den Islam zu verknüpfen. Der niederländische Politiker Geert Wilders hielt Reden am Ground Zero in New York, in denen er vor der „islamischen Gefahr“ warnte. Seine Partei für die Freiheit nennt widerspenstige junge Immigranten „Straßenterroristen“ und spielt damit auf ihre „großen Brüder“ von Al Qaida an.

Doch beschränkte sich die Wirkung des 11. September nicht auf diese Bewegungen und Parteien. Die damit verbundenen Aspekte beeinflussten den gesamten politischen Diskurs. Mein eigenes Land, die Niederlande, ist hierfür ein gutes Beispiel. Einst war das Land (wenn auch nicht immer gerechtfertigt) bekannt für seine Toleranz, nun ist es zur „Brutstätte“ für Populismus und Islamfeindlichkeit geworden. Meinungsführer wie Pim Fortuyn, Ayaan Hirsi Ali, Theo van Gogh und Geert Wilders starteten eine „Islam-Debatte“, die den niederländischen Äther und die heimischen Zeitungen seit Jahren dominiert. Auch traditionelle Parteien sahen sich gezwungen, darauf zu reagieren, und übernahmen Forderungen der Populisten, um nicht zu viele Wählerstimmen zu verlieren. Dies führte zu einem Gesetzesentwurf zum Verbot von Burkas sowie zu Vorschlägen für ein Verbot muslimischer Parteien und muslimischer Bücher – und für die Einführung einer Kopftuch-Steuer. Eine parlamentarische Abstimmung über das Verbot nach muslimischen Regeln durchgeführter (wie auch koscherer) Schlachtungen steht bevor. Zudem kam es zu Unruhen und politisch motivierter Gewalt – was die Idee nährte, dass sich Muslime und westliche Gesellschaften in der Tat in einem unvermeidlichen Konflikt befänden.

Leicht lassen sich Beispiele aus anderen Ländern hinzufügen: Frankreich verbot Frauen in öffentlichen Ämtern das Tragen von Kopftüchern. Die Schweiz befragte ihre Bürgerinnen und Bürger, ob Minarette in ihre Landschaft passen. In den USA meinten einige, dass ihr Präsident Barack Obama heimlich ein Muslim sei. Auch wenn nur wenige diesen Mutmaßungen Glauben schenkten, war doch die dahinter stehende Prämisse, dass er, „wenn er ein Muslim wäre“, ungeeignet sei, das Land zu regieren. Selbst in Deutschland, lange ein Vorbild an politischer Korrektheit in den öffentlichen Debatten, wurde kürzlich die Diskussion darüber eröffnet, ob *Deutschland sich abschaffe*.

Auch dem Werk von Thilo Sarrazin liegt die Annahme zugrunde, dass sich westliche Werte dort, wo islamische Werte im Vormarsch seien, im Niedergang befänden.

## „Antithese des 11. September“

Omnipräsent war die Antithese „Islam versus Westen“ nach dem 11. September 2001 vor allem im Hinblick auf die Diskussionen um den Begriff der „Integration“. Ging es bei diesem Begriff lange Zeit um die Frage, auf welche Art sich die sozioökonomische Situation von Einwanderern verbessern ließe, verlagerten sich die Diskussionen in der vergangenen Dekade fast ausschließlich auf die kulturelle Dimension: Fremde Lebensformen müssen denen der Mehrheitsgesellschaft angeglichen werden. Das noch in den 1990er Jahren vorherrschende Ideal der multikulturellen Gesellschaft – das Ideal, dass jede und jeder nach ihrer und seiner Façon glücklich werden solle, solange Verfassungsnormen nicht verletzt würden – machte der Überzeugung Platz, dass sich einige Aspekte von Einwandererkulturen niemals mit westlichen Werten in Übereinstimmung bringen lassen werden. Die Einwanderer, die damit gemeint sind, sind jedoch nicht irgendwelche, sondern fast ausschließlich muslimische. In den Niederlanden wird die größte Gruppe der Einwanderer von zurückkehrenden niederländischen Auswanderern gebildet, gefolgt von polnisch- und chinesischstämmigen (Türkeistämmige nehmen den fünften Platz ein, Marokkanischstämmige den siebten – insgesamt also etwa nur ein Zehntel im Vergleich zu den niederländischen Rückwanderern). Die größeren Gruppen tauchen in den Integrationsdebatten aber kaum auf. Nur wenige Kommentatoren mahnten die eingewanderten Chinesen an, ihre patriarchalen Vorstellungen aufzugeben oder bestanden darauf, dass auch die Polnischstämmigen die Rechte von Homosexuellen zu respektieren hätten. Stattdessen dreht sich die Debatte im Wesentlichen um die Integration von Muslimen, was die von vielen angenommene Spannung zwischen „dem Islam“ und „uns“ widerspiegelt.

Die andere Seite der Integrationsdebatte ist die stärkere Reflexion über unsere eigene Kultur und dessen, wofür sie eigentlich steht: Was genau sind die Werte, auf deren Übernahme wir die Muslime verpflichten wollen? In vielen Ländern hat diese Frage bereits zu

intensiven Auseinandersetzungen mit der eigenen nationalen Identität geführt.

Zu diesen kam es beispielsweise auch im Rahmen der Diskussionen über die „Präambel“ der EU-Verfassung in den Jahren bis 2005. In dem kurzen Text sollte die europäische Zivilisation als Ganzes charakterisiert werden, wobei die große Frage die war, was darin alles Erwähnung finden soll: Ist Europa eher im Christentum verwurzelt oder ist es doch die Tradition der Aufklärung, der wir die europäischen Werte verdanken? Im Hinblick auf Letzteres: Wäre es dann eher die Aufklärung der Toleranz und religiösen Liberalität oder die eines strikten Säkularismus? Die Meinungen hierüber gingen weit auseinander, doch Kern der Debatte war die Annahme, dass es Werte gibt, die als typisch europäisch anzusehen sind. Daraus wurde von einigen gefolgert, dass es dann im Umkehrschluss auch Kulturen geben müsse, die eben diese Werte nicht hervorgebracht haben, und deren Angehörigen sie entsprechend „beigebracht“ werden müssten.

Der 11. September beeinflusste selbst die akademischen Diskurse: Philosophen verabschiedeten sich vom postmodernen Relativismus und wandten sich der Frage zu, wofür die Moderne und die Modernität eigentlich stehen; Kriminologen fügten den von ihnen untersuchten Variablen nun auch Ethnizität und Religiosität beziehungsweise den religiösen Hintergrund hinzu. Das gesamte Feld der Kulturwissenschaften begann, sein Untersuchungsobjekt in einem neuen Licht zu sehen: Galt Kultur zuvor als Ausdruck von positiver Vielfalt, sah man sie nun als potenzielle Quelle von Konflikten. Vielleicht am deutlichsten änderte sich die Wahrnehmung bei Historikern: Zeigte ihr bedeutendstes Werk der 1990er Jahre noch, in welcher Weise nationale Identitäten – meist aus strategischen Gründen – politisch und kulturell konstruiert werden, sahen sie sich zu Beginn des neuen Jahrhunderts gefordert, zu eben dieser Konstruktion selbst beizutragen, indem auch sie an einer erneuten „Vergegenständlichung“ der nationalen Geschichte mitarbeiten sollten.<sup>1</sup> Viele von ihnen wirkten bereitwillig daran mit, auch wenn dieser erneuerte Nationalismus deutlich politisch motiviert und zweifellos ein Produkt der Integrations-

<sup>1</sup> So haben niederländische Historiker einen „Kanon der Niederlande“ erarbeitet und geholfen, den Plan für ein erstes Nationalmuseum zu entwickeln.

debatten war – der Integration von Muslimen versteht sich. Auch die Wissenschaftsgeschichte blieb von diesen Entwicklungen nicht unberührt: Auseinandersetzungen gab es etwa über die Frage, inwieweit die modernen Wissenschaften vom Islam beeinflusst wurden. Ebneten die berühmten islamischen Gelehrten des Mittelalters den Weg für die wissenschaftliche Revolution oder scheiterten sie beim Versuch, ebendiese zu vollbringen? Auch hier steht hinter allem die Frage nach dem Verhältnis des Islams zur westlichen Moderne. Es fällt auf, dass zu den lautstärksten Vertretern der oben genannten Antithese sowohl Islamkritiker als auch islamistische Extremisten gehörten: Wenn es etwas gibt, in dem Geert Wilders und Al Qaida übereinstimmen, dann darin, dass es tatsächlich einen Kampf der Kulturen gibt – sowie dass der Islam unvereinbar ist mit westlichen Werten. Und zwischen diesen beiden Polen sind wir alle gefangen.

## Botschaft des arabischen Frühlings

Erst jetzt beginnt sich die Situation langsam zu verändern: Die These einer fundamentalen Unvereinbarkeit klingt nicht mehr so selbstverständlich. Recht unerwartet scheint das Mantra der Gegensätzlichkeit von Islam und westlichen Werten seine Magie einzubüßen. Ermöglicht wurde dieser Wandel nicht durch den Tod Osama bin Ladens – sein Führungsanspruch war schon lange vor seiner Erschießung im Abstieg begriffen. Auch lag es nicht an Barack Obama – seine Reden versprachen bessere Beziehungen und eine Versöhnung, doch seine Außenpolitik vermochte diesen Anspruch bislang nicht einzulösen. Was tatsächlich die seit dem 11. September postulierte Antithese unterminierte, sind die Volksaufstände des gegenwärtigen arabischen Frühlings. Die Revolutionen in Tunesien und Ägypten sowie die anti-autoritären Aufstände in anderen arabischen Staaten sind es, die deutlich machen, dass die Dichotomie zwischen Islam und westlichen Werten nicht stichhaltig ist.

Seit Monaten ist die Welt Zeuge, wie sich einfache arabische Menschen gegen ihre autoritären Regimes auflehnen. Zu ihren wichtigsten Forderungen gehören Freiheit, Demokratie und Menschenrechte: das Recht, offen ihre Meinung zu sagen, ohne damit Gefahr zu laufen, eingesperrt oder gefoltert zu werden; nicht in ständiger Angst vor dem Staat zu leben; eine Regierung,

von der sich ihre Bürger tatsächlich vertreten fühlen. Wenn dies nicht nach „westlichen Werten“ klingt, was dann? Einige Kommentatoren argumentierten, dass das, was die Demonstranten wirklich im Sinn hätten, Islamismus und die Einführung der Scharia seien. Davon war aber in den Straßen von Tunis nicht viel zu sehen. Andere meinten, dies alles geschehe zu früh, und dass die arabische Kultur noch nicht bereit sei für Freiheit und Demokratie. Das aber ist nur schwer mit der Tatsache in Übereinstimmung zu bringen, dass die Protestierenden ihr Leben für diese Ideale aufs Spiel setzen. Dazu Nicholas Kristof, Reporter der New York Times, der dabei war, als die Menge in Kairo sich gegen einen übermächtig scheinenden Gegner erhob: „Wie können wir behaupten, diese Menschen seien nicht bereit für eine Demokratie, für die sie bereit sind, zu sterben?“<sup>¶</sup>

Die meisten der Millionen, die in den Straßen Arabiens marschieren, sind Muslime. Und es scheint nicht so, als handelten sie gegen ihren Glauben, wenn sie Freiheit und Demokratie einfordern. Auch sind es keine islamistischen Regierungen, gegen die sie sich erheben, sondern fast alle der arabischen Autokratien (mit Ausnahme Saudi-Arabiens) sind säkulare Staaten. Nicht der Islam war es, der diese Regimes aufrechterhielt und der es ihnen ermöglichte, die Freiheit zu unterdrücken und die Menschenrechte zu verletzen. Vielmehr half der Westen selbst mit durch seine schon Jahrzehnte währende Unterstützung der autoritären Machthaber: Mubarak erhielt Milliarden US-Dollar aus den USA, Ben Ali unterhielt gute Beziehungen mit Frankreich, in Bahrain liegt die Fünfte Flotte der US Navy und Saudi-Arabien kaufte kürzlich Waffen im Wert von 70 Milliarden US-Dollar (mehr als das Zehnfache des gesamten Militärbudgets des Iran) von seinen amerikanischen Alliierten. Diese Liste ließe sich fortsetzen. So ziemlich der einzige arabische Diktator ohne westliche Unterstützung ist Syriens Präsident Baschar al Assad. Selbst der Außenseiter Gaddafi pflegte vertrauliche Beziehungen zu Staatsmännern (und Intellektuellen) aus Großbritannien, Italien und Frankreich. Sollte der Westen diese Despoten je zu Reformen gedrängt haben, waren seine Forderungen wenig erfolgreich. Niemals aber brachte dies den Westen dazu, seine Unterstützung zurückzuziehen. So scheint die seit dem

11. September postulierte Antithese doppelt widerlegt worden zu sein: Während Muslime für „westliche Werte“ kämpfen, versagen westliche Staaten, wenn es darum geht, diese ihrerseits durchzusetzen. Freiheit und Demokratie werden von islamischen Bevölkerungen eingefordert, während eben diese Werte ihnen von Alliierten des Westens vorenthalten wurden.

All dies geschieht vor den Augen der Öffentlichkeit: Ein Millionenpublikum verfolgte die Live-Reportagen von BBC World oder Al Jazeera vom Tahrir-Platz in Kairo. Die Folge ist, dass sich die öffentliche Wahrnehmung wandelt: Im vergangenen Jahrzehnt bestand das Stereotyp des politischen Muslim aus einem bärtigen Mann mit einem Sprengstoffgürtel. Nun sehen wir viel vertrauere Typen – Jugendliche, Geschäftsleute, Hausfrauen –, die Forderungen erheben, mit denen auch wir uns identifizieren können. Zur gleichen Zeit veröffentlicht die Presse Bilder westlicher Staatsmänner in vertrauter Pose mit ihren Diktatorenfreunden: Sarkozy umarmt Ben Ali oder Barroso trifft Gaddafi. Tony Blair verteidigte gar seinen „alten Partner“ Mubarak als „sehr mutig und eine Kraft des Guten“.<sup>¶</sup> In diesem Sinne können auch die zögerlichen Reaktionen Barack Obamas in den ersten Wochen der Proteste interpretiert werden: Mehr als Bewunderung für den Mut der Protestierenden äußerte er Lob für die Zurückhaltung des in den USA ausgebildeten ägyptischen Militärs – also dafür, dass sie nicht sofort auf die Aufständischen schossen.

Das vielleicht deutlichste Zeichen für das Aufbrechen der „Antithese des 11. September“ ist das Schweigen derer, die zuvor den Gegensatz zwischen Islam und Westen am meisten propagiert hatten. Al Qaida scheint wie vom Donner gerührt angesichts der Rebellion in den arabischen Ländern. Und die westlichen Islamkritiker tun sich mit einer Antwort ebenso schwer. Ihre Argumentation läuft hauptsächlich darauf hinaus, dass dies keine demokratischen Revolutionen seien, sondern letzten Endes die Bildung fundamentalistischer Staaten nach sich ziehen würden. Es mag sein, dass sie damit einen wunden Punkt ansprechen: Noch ist völlig offen, wohin die politischen Veränderungen führen werden, und

<sup>¶</sup> Nicholas D. Kristof, *Unfit for Democracy?*, in: New York Times vom 12. 2. 2011.

<sup>¶</sup> Zit. nach: Chris McGreal, *Tony Blair: Mubarak is 'immensely courageous and a Force for Good'*, in: The Guardian vom 2. 2. 2011.

es ist alles andere als sicher, dass wir schon bald überall im Nahen Osten voll entwickelte liberale Demokratien haben werden. Doch wenn sich die Dinge schlecht entwickeln, werden diese Kritiker keinen Moment zögern, den Islam für das Scheitern verantwortlich zu machen. Nicht erwähnen werden sie dagegen die ökonomische Instabilität und den Analphabetismus der Wahlbürgerinnen und Wahlbürger oder die konter-revolutionären Kräfte der Regimeeliten aus vorrevolutionärer Zeit, die noch immer über beträchtlichen Einfluss verfügen. In den Augen der Islamkritiker gibt es nur eine Gefahr für die Demokratisierung: den muslimischen Glauben. Damit meinen sie möglicherweise, sich die eine Hälfte der beschworenen Antithese bewahren zu können: die Idee, dass sich der Islam nicht mit demokratischen und liberalen Werten verträgt.

Die andere Hälfte jedoch – dass der Westen der natürliche Bewahrer dieser Werte ist – wird von der Politik unserer Regierungen gegenüber dieser Region stetig widerlegt. In ihrem Selbstverständnis als Verteidiger von Freiheit und Demokratie fiel den Islamkritikern bemerkenswert wenig ein zur westlichen Unterstützung der arabischen Diktaturen. Selbst zu dem Fall, in dem diese Unterstützung einer *islamisch-fundamentalistischen* arabischen Diktatur zukommt, Saudi-Arabien, war von den Islamkritikern nichts zu hören. Die einzig plausible Erklärung hierfür ist, dass diese Beziehungen ignoriert werden, wenn sie sich nicht in den sich ergänzenden Gegensatz „Westen versus Islam“ einfügen lassen.

## Lektionen für die Zukunft

Ein genauerer Blick auf die Beziehungen zwischen westlichen Staaten und arabischen Diktaturen lohnt sich. Dabei wäre es zu einfach, zu sagen, dass die Welt eben ein schlimmer Ort ist, und dass westliche Regierungen nun mal gezwungen seien, manchmal Geschäfte mit Regimes zu machen, die ihnen nicht gefallen. Diese Ansicht würde die bisherige Intensität und die Auswirkungen dieser Beziehungen unterschätzen.

Ägypten ist hierfür ein gutes Beispiel: Das Mubarak-Regime empfing nicht nur jährliche Zahlungen zwischen einer und zwei Milliarden US-Dollar (hinzu kamen Waffen im etwa gleichen Wert). Die militärischen und politi-

schen Eliten des Landes wurden jahrzehntelang in den USA ausgebildet. Dafür wurde den USA ein privilegierter Zugang zum Suez-Kanal gewährt. Und seine Folterkammern bot Mubarak ihnen zur freien Verfügung freundlicherweise gleich mit an. Die Kooperation der USA mit einigen repressiven arabischen Regimes bei Folterungen von des Terrorismus verdächtigten Menschen – sowohl vor als auch nach dem 11. September 2001 – gelangte allzu lange nicht ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit. Menschen, die in Afghanistan oder auf den Straßen europäischer Städte gefasst wurden, wurden in ägyptische, jordanische, marokkanische und sogar syrische Gefängnisse gebracht, wo sie gefoltert wurden.<sup>f</sup> Als Verbindungsmann der Amerikaner, der diese Praktiken in Ägypten verantwortete, fungierte der Chef des Geheimdienstes Omar Suleiman.<sup>f</sup> Eben dieser Mann war es auch, der inmitten der Proteste auf dem Tahrir-Platz als Mubaraks Vize-Präsident eingesetzt wurde, um einen „geordneten Übergang“ zur Demokratie zu garantieren. Es kann nicht überraschen, dass dies nicht der Mann war, auf den die Aufständischen gewartet hatten.

Diese Aspekte müssen berücksichtigt werden, wenn wir uns nun der Zukunft zuwenden. Schließlich können wir nicht so tun, als hätte all dies nicht stattgefunden. Westliche Staatsmänner und Staatsfrauen würden ihre früheren Verbindungen zu den ins Schwanken geratenen Diktaturen heute gern vergessen machen. Obama nahm in seiner erst kürzlich gehaltenen Rede zum Nahen Osten jedenfalls keinen Bezug auf die „Schattenseiten“ des US-Engagements in der Region, was den Anschein erweckte, als gebe es sie nicht. Nur ein kurzer Hinweis ließ aufhorchen: Als er auf den „Verdacht“ der einfachen Leute in Arabien einging, „dass die Vereinigten Staaten ih-

<sup>f</sup> Die Folterpraktiken wurden ausführlich dargestellt von Amnesty International, Human Rights Watch, dem Europarat und einer Reihe von Einzelstaaten, deren Bürger, Städte oder Flughäfen von den Aktionen betroffen waren. Vgl. unter anderem die Zeugenaussage von Tom Malinowski, Washington Advocacy Director von Human Rights Watch, in: *Extraordinary Rendition, Extraterritorial Detention, and Treatment of Detainees*, Juli 2007, online: [www.fas.org/irp/congress/2007\\_hr/rendition2.pdf](http://www.fas.org/irp/congress/2007_hr/rendition2.pdf) (7. 6. 2011).

<sup>f</sup> Vgl. Jane Mayer, *Who is Omar Suleiman?*, in: *The New Yorker* vom 29. 1. 2011; Lisa Hajjar, *Suleiman, the CIA's Man in Cairo*, 7. 2. 2011, online: <http://english.aljazeera.net/indepth/opinion/2011/02/201127114827382865.html> (7. 6. 2011).

ren Interessen auf Kosten von anderen Gesellschaften“ nachgingen. Der Rest seiner Rede war voll von Hoffnungen und Plänen Amerikas in seiner „natürlichen“ Rolle als Sachwalter von Freiheit und Demokratie. Auf einmal befanden sich die „ureigenen Interessen“ der USA wieder in völliger Übereinstimmung mit diesen erhabenen Zielen.<sup>16</sup>

Es ist eine Sache, wenn Politiker ein selektives Gedächtnis haben, denn schließlich sind ihre Absichten letzten Endes vor allem rhetorischer Natur. Eine ganz andere Sache aber ist es, wenn unabhängige Experten über die bisherige Rolle des Westens im Nahen Osten schweigen. In einem kürzlich in der Zeitschrift „Foreign Policy“ erschienenen Artikel wird die These aufgestellt, dass die arabische Demokratisierung lediglich von der Veränderung ihrer eigenen Mentalität abhänge: „Die Araber lassen sich nun begeistert auf eine Kultur des Aktivismus und der Selbstbestimmung ein, im Gegensatz zu der bislang

dominanten Passivität und Opferhaltung.“<sup>17</sup> Anschließend wird die westliche Rolle in der Region ausschließlich aus der Perspektive eines entwicklungspolitischen Geberlandes diskutiert. Ähnliche Analysen lassen sich von Carl Gershman, dem Präsidenten des National Endowment for Democracy, finden. Er stellt ein komplexes Paket von Ratschlägen vor, was wir tun können, „um sicherzustellen, dass die Autokratien diese demokratische Kettenreaktion nicht ersticken“.<sup>18</sup> Die Option, die in den vielen Kommentaren und Analysen allerdings nicht erwähnt wurde, ist die, dass wir aufhören müssen, Autokratien zu unterstützen, welche die Demokratisierung zu ersticken versuchen. Den westlichen Regierungen muss sehr viel genauer auf die Finger geschaut werden, so sehr, dass sie sich gezwungen sehen, ihre Außenpolitik nach ethischen Maßstäben auszurichten.

<sup>16</sup> Vgl. Remarks by the President on the Middle East and North Africa, 19.5.2011, online: [www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/05/19/remarks-president-middle-east-and-north-africa](http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/05/19/remarks-president-middle-east-and-north-africa) (7.6.2011).

<sup>17</sup> David Ignatius, What Happens When the Arab Spring Turns to Summer?, in: Foreign Policy vom 22.4.2011.

<sup>18</sup> Carl Gershman, The Fourth Wave, in: The New Republic vom 14.3.2011.

## einheitspreis 2011

[www.einheitspreis.de](http://www.einheitspreis.de)

10 Jahre einheitspreis

Sie engagieren sich für die Einheit von Ost und West in Deutschland und Europa?

Dann **bewerben Sie sich jetzt** für den „einheitspreis - Bürgerpreis zur Deutschen Einheit“ 2011. Oder schlagen Sie Kandidaten vor.

Der Preis ist dotiert. Die Preisverleihung erfolgt am 2. Oktober 2011 in der Bundesstadt Bonn.

**Jetzt online bewerben**  
unter [www.einheitspreis.de](http://www.einheitspreis.de)

**oder Unterlagen anfordern bei:**  
Bundeszentrale für politische Bildung

Stichwort: **einheitspreis**

Friedrichstraße 50, 10117 Berlin  
[info@einheitspreis.de](mailto:info@einheitspreis.de)



Die Ministerpräsidentin  
des Landes Nordrhein-Westfalen



demokratie  
leben

Landeszentrale  
für politische Bildung  
Nordrhein-Westfalen



und Partner

bpb  
Bundeszentrale für  
politische Bildung

# APuZ

Nächste Ausgabe 28–30/2011 · 11. Juli 2011

## Gemeingüter

*Volker Stollorz*

Elinor Ostrom und die Wiederentdeckung der Allmende

*Silke Helfrich · Felix Stein*

Was sind Gemeingüter?

*Roland Tichy · Ulrike Guérot*

Vom eigenen Garten zur weltweiten Ressourcenverteilung

*Gerhard Scherhorn*

Die Welt als Allmende

*Erik Gawel*

Die Allmendeklemme und die Rolle der Institutionen

*Werner Meinefeld*

Umweltschutz im Alltag:  
Probleme im Umgang mit Gemeingütern

*Leonhard Dobusch · Sigrid Quack*

Auf dem Weg zu einer Wissensallmende?

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn



### Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz  
Dr. Asiye Öztürk  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring (Volontärin)  
Telefon: (02 28) 9 95 15-0  
[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

Redaktionsschluss dieses Heftes:  
22. Juni 2011

### Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurahsenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

### Satz

le-tex publishing services GmbH  
Weißenfelsstraße 84  
04229 Leipzig

### Abonnementservice

**Aus Politik und Zeitgeschichte** wird  
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**  
ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-  
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-  
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 7501 4253  
Telefax (069) 7501 4502  
[parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

### Nachbestellungen

IBRo  
Kastanienweg 1  
18184 Roggentin  
Telefax (038204) 66 273  
[bpb@ibro.de](mailto:bpb@ibro.de)  
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit  
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen  
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

*Markus Kaim*

## 3–9 Internationale Sicherheitspolitik nach dem 11. September

Die Staaten des internationalen Systems passen ihre Politiken, Institutionen und Instrumente an die „neue“ Bedrohung des islamistischen Terrorismus an. Doch der transnationale Terrorismus ist heute lediglich ein Risiko unter vielen anderen.

*Marwan Abou-Taam*

## 9–14 Folgen für die deutschen Sicherheitsgesetze

Die Sicherheitsgesetze wurden befristet, weil sie hinsichtlich ihrer Einschnitte in die Grundrechte nicht unproblematisch sind. Die Öffentlichkeit muss angemessen über sie informiert werden, um den gesellschaftlichen Konsens zu gewährleisten.

*Martin Kahl · Johann Schmid · Patricia Schneider*

## 14–24 Zur Bekämpfung von Terrorakteuren und Aufständischen

In der Auseinandersetzung mit Terrorakteuren ist es wichtig, zu ihrer Delegitimierung beizutragen, ohne eine Selbstdelegitimierung zu befördern sowie Aufstands- und Bekämpfung von der Bekämpfung terroristischer Gruppen zu unterscheiden.

*Jana Puglierin · Christoph Schwarz*

## 25–31 Ende der amerikanischen Supermacht?

Die US-Politik seit dem 11. September 2001 habe dazu geführt, dass die USA ihre einzigartige Machtposition im internationalen System langfristig nicht mehr behaupten können. Doch alle Abgesänge haben sich bislang stets als voreilig erwiesen.

*Marcel Hartwig*

## 31–37 Der 11. September im nationalen Bewusstsein der USA

„9/11“ führte die westliche Welt in den „Globalen Krieg gegen den Terror“. Dieser Beitrag untersucht den Stellenwert des 11. September im nationalen Bewusstsein der USA und fragt nach der Funktion der Erinnerung an diesen Tag.

*D. K. Gamino · M. de los Reyes García Márkina ·  
A. Suliman · G. Pörzgen*

## 37–49 Der 11. September als globale Zäsur?

Ob der 11. September 2001 eine Zäsur war oder nicht ist strittig. Fest steht aber, dass er eine globale Wirkung hatte. In diesem Beitrag werden Wahrnehmungen aus Lateinamerika, Nahost, Russland und Indonesien dargestellt.

*Geert J. Somsen*

## 49–54 Arabischer Frühling und die „Antithese des 11. September“

Die „Antithese des 11. September“ – dass der Islam unvereinbar mit westlichen Werten sei – hat ihre Überzeugungskraft verloren. Der arabische Frühling zeigte uns ein anderes Bild „der Muslime“ und „des Westens“.